

ZIVILVERTEIDIGUNG

Forschung - Technik - Organisation - Recht

Sowjetische Truppen

besetzen die

Tschechoslowakei

Mittwoch, 21. August 1968

EXTRABLATT

MÜNCHEN

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

heute

Heute früh: Panzer rollen über die Grenze • Bomber landen auf den Flugplätzen • Auch Truppen der Sowjetzone marschieren auf Prag

Prag, 21. August

Truppen der Sowjetunion, Polens und der Zone sind nach einer Meldung von Radio Prag in der Nacht zum Mittwoch in die Tschechoslowakei eingedrungen. Wie Radio Prag heute früh meldet, begann der Einmarsch am Dienstagabend um 23.20 Uhr. Wie Radio Prag heute meldete, wurden Regierung, Nationalversammlung und das Zentralkomitee der kommunistischen Partei zu sofortigen Sitzungen zusammengerufen.

Weder Regierung noch Partei waren von dem Einrücken von Truppen des Warschauer Paktes unterrichtet worden.

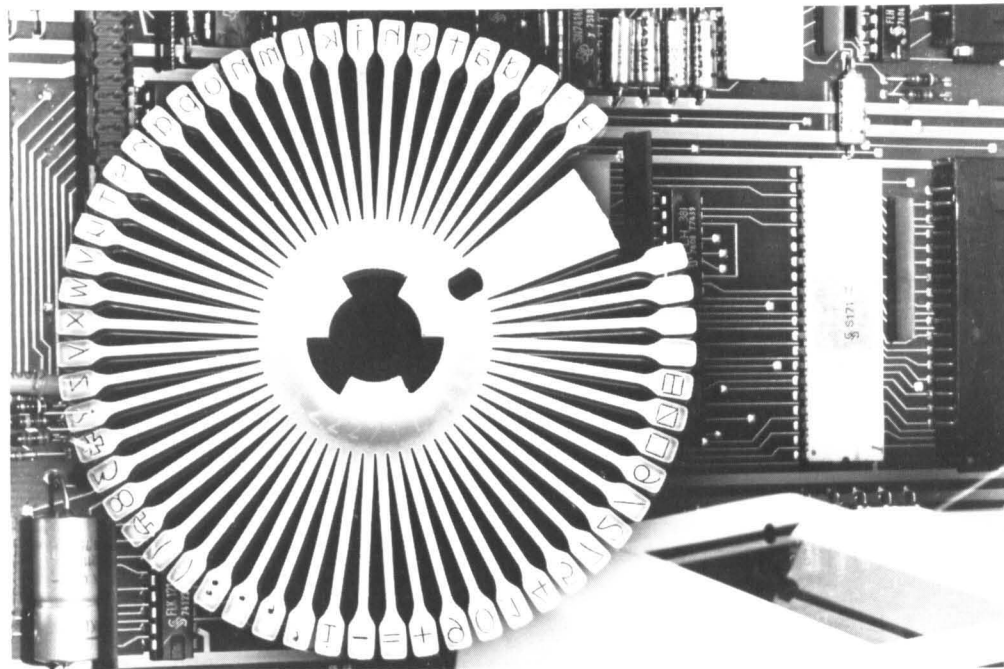
Die Frontlinie hat die Besetzung der Rufe in der Nacht zum Mittwoch in der Tschechoslowakei. Die Truppen der Sowjetunion, Polens und der Zone sind nach einer Meldung von Radio Prag in der Nacht zum Mittwoch in die Tschechoslowakei eingedrungen. Wie Radio Prag heute früh meldet, begann der Einmarsch am Dienstagabend um 23.20 Uhr. Wie Radio Prag heute meldete, wurden Regierung, Nationalversammlung und das Zentralkomitee der kommunistischen Partei zu sofortigen Sitzungen zusammengerufen.

Jahrestag! Vor zehn Jahren legten Warschauer Pakt-Truppen den Prager Frühling auf Eis. Sie disziplinierten - noch ohne Kubas Hilfe - die aufmüpfigen Tschechen und Slowaken per Nacht- und Nebel-Offensive. Mehr darüber in diesem Heft. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Ungleichgewicht der Kräfte von Ost und West und mit den erstaunlichen Aktivitäten der Sowjets im Bereich der zivilen Verteidigung. Für Skatspieler unter den Lesern: Moskaus Trumpf-As in der Hinterhand ist ein jederzeit voll intaktes Hinterland.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat gefordert, Sicherheitspolitik müsse als Friedenspolitik weltweit angelegt sein, damit es gelinge, Kernwaffen und andere Waffen eines Tages ganz abzuschaffen. Wer Feindbilder pflege, der werde selbst als Feind angesehen. Ab Seite 5.



Schnelle und reibungslose Datenübermittlung ist eine wichtige Voraussetzung für die Effektivität auch der zivilen Verteidigung. Die Typenscheibe unten gehört zur Generation der „flüsternden“ Fernschreiber. Ausführlich informiert darüber unser Bericht „Telex auf leisen Sohlen“.



Das erste Buch über das MRCA



**232-Seiten-Broschur in großzügiger
Ausstattung, reich an Schaubildern, DM 38.-**

Seit 1976 wird das deutsch-britisch-italienische Kampfflugzeug MRCA Tornado produziert. Ein 50-Milliarden-Mark-Objekt. Das „größte Rüstungsprojekt seit Christi Geburt“, wie Helmut Schmidt sagte. Dem Buch von Alfred Mechtersheimer dient es als Beispiel, um die Bedingungen der west-deutschen und europäischen Rüstungspolitik zu untersuchen. Der Autor dringt mit seiner

Analyse in die Entscheidungszentren ein und legt überraschende wie erschütternde Tatbestände frei. Gleichzeitig vermittelt er aufschlußreiche Einblicke in die Praxis der westeuropäischen Kooperation und in das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Das Buch bietet zweierlei: gediegene Sachinformation und sachlich begründete Provokation.

ZIVILVERTEIDIGUNG

Forschung - Technik - Organisation - Recht

Internationale Fachzeitschrift
für alle Bereiche der zivilen Verteidigung
Vereinigt mit „ZIVILSCHUTZ“
International Standard Serial Number
ISSN 0044-4839

7-9 III. Quartal 1978 IX/42

Herausgeber
Rolf Osang

Redaktion
Werner A. Fischer

Verlag, Redaktion und Vertrieb
OSANG VERLAG
5340 Bad Honnef 1
Postfach 16 69 · Telefon: 0 26 44 / 43 12
Sitz der Redaktion:
5465 Erpel/Rhein, In der Lache 1

Bezugsbedingungen
Einzelpreis DM 16,00
Jahresbezugspreis DM 64,— (In- und
Ausland) plus Porto und
Versandkosten. Kündigung des
Abonnements spätestens drei Monate
vor Jahresende
Bestellungen:
beim Buchhandel oder beim Verlag

Zahlungen
Ausschließlich an
OSANG VERLAG, 5340 Bad Honnef,
Postscheckkonto Stuttgart 303 47-700
Stadtsparkasse Bad Honnef,
Konto 114546

Anzeigenverwaltung
Interscal Bad Honnef
Werbeagentur
5340 Bad Honnef 1
Postfach 1669 · Telefon: 0 26 44 / 43 12

Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste V/77 gültig

Alle Rechte, auch für Auszüge und
Übersetzungen, vorbehalten

Die gezeichneten Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers
oder der Redaktion dar

Für unverlangt eingesandte Manuskripte
und Illustrationen keine Gewähr

Sonderdrucke
Sonderdrucke einzelner Beiträge dieser
Ausgabe sind lieferbar. Der OSANG VER-
LAG erteilt auf Anfrage detaillierte Auskünfte

Gesamtherstellung:
Mintzel-Druck · 8670 Hof/Saale

Soeben erschienen:

Krisenquadrat Mittelost

Herausgeber: Christoph von Imhoff

Dreißig Autoren berichten in diesem Buch über ein Stück unserer Erde, dessen äußere Grenzen vom Tschad-See nach Trient, von der Adria bis zum Aral-See, von Südrussland nach Mogadischu und vom afrikanischen Horn bis nach Fort Lamy reichen.

Zu den Autoren gehören: Gerhard Konzelmann, Peter Meyer-Ranke, Günther Rühle, Ulrich Kienzle, Yehuda Ariel, Heinz Metlitzky, Lothar Rühl, Udo Steinbach, Carl E. Buchalla, Thankmar von Münchhausen, Werner Holzer u. Rudolf Chimelli. Es sind Wissenschaftler von Rang und bekannte Korrespondenten großer deutscher Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten.

312 Seiten, Paperback, DM 23,60

OSANG VERLAG · POSTFACH 1669 · 5340 BAD HONNEF 1

- | | | |
|-------|--|------------------------------|
| 5 | „Wer Feindbilder und Vorurteile pflegt, der wird selbst als Feind angesehen werden“ | Helmut Schmidt |
| <hr/> | | |
| 11 | Zivilverteidigung in der Mauser | Stefan Arndt |
| <hr/> | | |
| 17 | Geiseln für den Frieden? | Wolfram von Raven |
| <hr/> | | |
| 19 | Das Ungleichgewicht Ost/West wächst | Heinz Peter Ptak |
| <hr/> | | |
| 27 | Moskaus Ziel: Ein intaktes Hinterland in der Hinterhand | Dr. Michael Csizmas |
| <hr/> | | |
| 35 | Die Kunst, nach einem A-Angriff das Überleben in den Griff zu bekommen | Haarland/Chester/Wigner |
| <hr/> | | |
| 41 | Drucklufthebung – Ein neues Förderverfahren für Trinkwassernotbrunnen | Wolfram Such/Wilfried Hampel |
| <hr/> | | |
| 51 | Telex auf leisen Sohlen | Andreas Armbrust |
| <hr/> | | |
| 59 | CSSR 1968 – So wurde der Prager Frühling auf Eis gelegt | Werner A. Fischer |

Patentberichte in der nächsten Ausgabe

Fotos auf der Titelseite: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Helmut Schmidt) und Siemens (Typenscheibe des Fernschreibers 1000)

General Robert Close

Europa ohne Verteidigung?

Alfred
Mechtersheimer

MRCA TORNADO

Geschichte und Funktion des größten
westeuropäischen Rüstungsprogramms

Closes Kassandraruf schlug ein wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Überall in der westlichen Welt rotierten die Sicherheitsexperten. Können die Sowjets wirklich binnen 48 Stunden am Rhein sein, wie es der belgische General behauptet?

Die Antworten fielen unterschiedlich aus. Nach der Lektüre dessen, was Close mitzuteilen hat, gibt es aber nur eine: Ja. Paperback, zahlreiche Abbildungen,

322 Seiten

28 DM

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat es das „größte Rüstungsprogramm seit Christi Geburt“ genannt. Fest steht: Italien, Großbritannien und die Bundesrepublik müssen tief in die Tasche greifen, um das MRCA-Projekt zu finanzieren. 50 Milliarden Mark soll es kosten. Ist dieser ungeheure Aufwand für die Entwicklung eines einzigen Flugzeuges gerechtfertigt? Mechtersheimer geht der Frage nach und gelangt zu überraschenden Antworten. Aber auch andere Probleme, die mit dem MRCA zusammenhängen, interessieren ihn. Weshalb zum Beispiel erhält die Luftwaffe ein ganz anderes Flugzeug als gefordert? Warum wurden militärische Forderungen der Europapolitik geopfert? Wer ist für die Folgekosten in Milliardenhöhe verantwortlich? Welche Rolle spielen die Interessen von Parteien, Ministern und Generälen? Das Buch informiert und provoziert, es gibt Anstöße und stimmt nachdenklich, es stellt unbequeme Fragen und enthält unbequeme Antworten. Paperback, zahlreiche Tabellen und Abbildungen, 232 Seiten

Klaus-
Dieter
Schwarz
(Herausgeber)

38 DM

Osang Verlag

534 Bad Honnef 1
Postfach 1669

SICHER HEITS POLITIK

Analysen zur politischen und militärischen Sicherheit

DAS PARLAMENT urteilte:
„Das Niveau der Beiträge ist hoch und reflektiert den Stand der westlichen strategischen Diskussion. Der Band ist eine Bereicherung der sicherheitspolitischen Literatur in der Bundesrepublik.“ Ganzleinenband mit Schutzumschlag, Großformat, 498 Seiten

46 DM

**„Wer Feindbilder
und Vorurteile pflegt,
der wird selbst als
Feind angesehen werden“**



Helmut Schmidt vor den Vereinten Nationen ➞

In einer aufsehenerregenden und mit großem Beifall aufgenommenen Rede hat Bundeskanzler Helmut Schmidt am 25. Mai dieses Jahres vor der 10. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen in New York die Grundelemente einer als Friedenspolitik weltweit angelegten Sicherheitspolitik umrissen. Nachfolgend veröffentlichen wir wesentliche Teile seiner Ausführungen, deren Klarheit einen bedeutsamen Akzent in der sicherheitspolitischen Diskussion auch unseres Landes setzen kann. Daß diese Diskussion mit unterschiedlichen Argumenten, wenn auch

gleichgroßem Engagement geführt wird und geführt werden kann, dokumentieren einige Beiträge dieser Ausgabe der ZIVILVERTEIDIGUNG. Ohne Zweifel aber werden alle Anstrengungen um die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt — ein Anliegen, auf das die zivile Verteidigung zielorientiert hinarbeiten muß — nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn sich in den Köpfen der Partner und Kontrahenten der Spruch des Kanzlers festsetzt: „Wer Feindbilder und Vorurteile pflegt, der wird selbst als Feind angesehen werden.“

Für mein Land und seine Bürger sage ich: Wir wünschen uns — und wir tun alles in unserer Kraft Stehende —, daß die Völker dauerhaft zum Frieden finden. Wir wünschen dies, weil wir unter der Erfahrung von zwei Weltkriegen mit ihren millionenfachen Opfern leben. Und wir wünschen dies, weil es uns auf das unmittelbarste berührt, daß heute weite Gebiete der Welt unter militärischen Konflikten zu leiden haben.

Ich spreche für ein Land, das keine Großmachtspolitik betreiben kann und keine betreiben will. Mein Land ist sich aber seiner Mitverantwortung für den Frieden bewußt. Unsere Vertragspolitik hat auf vielfältige Weise unseren Verzicht auf Gewalt völkerrechtlich konkretisiert. Er bleibt auch in Zukunft unsere Richtschnur.

Kernwaffen und Frieden

Seit der Erfindung der Kernwaffen ist die Menschheit in ein neues Zeitalter eingetreten. Es unterscheidet sich von allen vorhergehenden fundamental. Die von den Kernwaffen bewirkte Revolution der Kriegführung hat für Krieg und Frieden neue Bedingungen geschaffen.

Jeder Konflikt zwischen nuklear gerüsteten Staaten oder Allianzen ist mit einem allen geschichtlichen Beispielen unvergleichbaren Risiko verbunden.

Dieses Risiko beschränkt sich nicht auf kriegführende Staaten, sondern es erfaßt deren Nachbarn, darüber hinaus ganze Kontinente und im extremen Fall eines globalen Krieges mit nuklearen Massenvernichtungswaffen die Erde als Ganzes — und zwar voraussichtlich mit katastrophalen Folgen für mehrere Generationen.

Wir haben seitdem unter einem System der nuklearen Abschreckung auf Gegenseitigkeit zwischen den Weltmächten gelebt. Dreieinhalb Jahrzehnte nuklearen Friedens können noch keine endgültige Antwort auf die Frage geben, wie ein Friede ohne Furcht ermöglicht werden kann. Diese Zeitspanne ist zu kurz, um schon historische Schlußfolgerungen zu ziehen.

Immerhin hat der bewaffnete Friede seit 1945 in einer Epoche gehalten, die von tiefen Gegensätzen und Interessenkonflikten zwischen den Inhabern der nuklearen Macht angefüllt war.

Jedoch sind die Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle seit dem Zweiten Weltkrieg, die mit dem Baruch-Plan

begannen, weit hinter den Erwartungen der Völker zurückgeblieben.

Es sind allerdings einige wichtige Ergebnisse erzielt worden — beim Atomversuchsstopp, bei der Nichtverbreitung von Kernwaffen, bei der Begrenzung der strategischen Kernwaffenrüstungen. Die von den Vereinten Nationen zu Beginn dieses Jahrzehnts proklamierte „Abrüstungsdekade“ verläuft nicht ohne Erfolg.

Hingegen ist das Resultat im Bereich konventioneller Streitkräfte und Rüstungen bisher enttäuschend. Außerhalb des Abschreckungssystems und der von Kernwaffen gedeckten Bündnisse haben politische Konflikte seit 1945 in vielen Teilen der Welt zu einer längeren Reihe neuer Kriege geführt, die mit modernen, nicht-nuklearen Waffen hoher Zerstörungskraft ausgekämpft wurden.

Im Interesse des Friedens brauchen wir heute eine umfassende politische Sicherheitspartnerschaft. Nur so kann ein Prozeß wirklicher Begrenzung und Minderung der Rüstung in Bewegung gesetzt werden.

Grundelemente der Sicherheitspolitik

Aus vier Elementen setzt sich das Konzept zusammen, dessen Verwirklichung für einen stabileren Frieden erforderlich ist:

- Erstens: einer Politik des politischen, strategischen und militärischen Gleichgewichts
- Zweitens: einer Politik der Entspannung, der Konflikteindämmung und des Interessenausgleichs
- Drittens: der Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung und
- Viertens: der Voraussehbarkeit, der Berechenbarkeit des politischen und militärischen Verhaltens.

Die Erfahrung zeigt allerdings, daß es in einer Welt voller Mißtrauen und tiefgreifender Konflikte keine einfachen und keine schnellen Rezepte gibt, um diese vier Grundelemente stabiler Sicherheitspartnerschaft zu erreichen. Abrüstung wird es nur dort geben, wo es genug Vertrauen gibt, und Vertrauen nur dort, wo es Sicherheit gibt.

Sicherheitspolitik muß als Friedenspolitik heute weltweit angelegt sein, wenn sie Erfolg haben soll. Was im Nahen Osten, im

östlichen Mittelmeer, in Afrika oder in Südostasien passiert, das geht uns alle an, weil es die Entspannung und das langsam wachsende gegenseitige Vertrauen belasten — ja, es sehr ernstlich in Frage stellen kann.

Es genügt nicht, den Blick allein auf die Kernwaffen zu richten. Weltweite Vereinbarungen der Nuklearmächte unter sich können den Ausbruch konventionell geführter regionaler Kriege nicht verhindern. Solche Kriege können bis zum Zusammenstoß der Großen eskalieren.

Das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Verbot der Anwendung oder Androhung von Gewalt muß deshalb für den Einsatz aller Waffen, sowohl nuklearer wie konventioneller, gelten. Wer als erster zu den Waffen, gleich welcher Art, greift und das Mittel des militärischen Angriffs einsetzt oder mit ihm droht, verletzt dieses Verbot. Ich wiederhole: Dieses Verbot ist umfassend, es gilt ganz, oder es gilt gar nicht. Wer es nur auf den Ersteinsatz bestimmter Waffen konzentrieren will, der muß sich die Frage stellen lassen, ob er es etwa für weniger verboten hält, wenn mit anderen Waffen angegriffen würde. Soll ein Land, das von einem konventionell hochgerüsteten Nachbarn bedroht ist, vom Gewaltverbot weniger geschützt sein als andere?

Regionale Vereinbarungen über konventionelle Streitkräfte und Rüstungen müssen deshalb gleichrangig und gleichzeitig mit den Bemühungen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung betrieben werden. Nicht nur in Europa, sondern in allen Regionen.

Gleichgewicht

Gleichgewicht ist das wichtigste Prinzip, von dem alles Bemühen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auszugehen hat. Solange eine Weltregierung mit Weltpolizei und Waffenmonopol utopisch erscheint, bleibt die Stabilisierung des Gleichgewichts unsere zentrale Aufgabe. Gleichgewicht ist heute für eine Strategie zur Sicherung des Friedens unerlässlich.

Versuche, Rüstungsbegrenzungen zu vereinbaren, die nicht auf die Herstellung eines stabilen Gleichgewichts abzielen, bieten wenig Aussicht auf dauerhaften Erfolg. Rüstungsbegrenzungen müssen deshalb den Zweck verfolgen, ein stabiles Gleichgewicht der Kräfte auf niedrigerer Ebene herzustellen.

Wenn auch die bisherigen Fortschritte bei der Rüstungsbegrenzung bescheiden sind, so haben sie doch auch ein wichtiges strategisches Ergebnis gebracht: die Großmächte haben ihr eigenes Sicherheitsbedürfnis neu definiert. Sie erkennen eigenen einseitigen Zuwachs an nuklearer Macht nicht mehr automatisch als einen Gewinn an eigener Sicherheit. Ich halte dies für einen Fortschritt.

Es schafft Unsicherheit, wenn man einen potentiellen Gegner wachsender Unruhe aussetzt. Die Sorge vor zunehmender Unterlegenheit oder vor Unwägbarkeiten, Furcht oder politische Fehleinschätzungen können einen sich unterlegen fühlenden oder wahnenden Staat zu Kurzschlüssen verleiten. Je mehr sich diese Erkenntnis ausbreitet und auch rüstungspolitische Folgerungen gezogen werden, desto eher wird es gelingen, dem Prinzip des Kräftegleichgewichts die notwendige Anerkennung zu verschaffen.

Gleichgewicht ist keineswegs eine einmalige, sondern vielmehr eine ständige Aufgabe. Wirtschaftliche und soziale Veränderungen können Instabilität bewirken und damit neue Gefahren. Dieser Aspekt darf nicht vernachlässigt werden.

Militärisches Gleichgewicht muß sich notwendigerweise in totaler arithmetischer Identität bei allen Arten von Streitkräften und Waffen ausdrücken. Aber die Parität muß insgesamt sicherheitspolitisch hergestellt sein. Sie muß auch von den Völkern psychologisch als solche verstanden und akzeptiert werden können.

Gleichgewichtspolitik kann sich keineswegs auf den militärischen Bereich beschränken. Vielmehr ist das Streben nach Gleichgewicht im außenpolitischen, im ökonomischen und im sozialen Felde notwendig — für den Frieden im Innern unserer Staaten wie zwischen den Staaten.

Crisis Management

Selbst bei beiderseitigem Willen zu Gleichgewicht und Entspannung können akute, unvorhergesehene Konflikte eine krisenhafte Gefahr auslösen. Deshalb ist die Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung nötig. Sie erfordert zunächst, daß die Kommunikation zwischen den Konfliktparteien zu keiner Stunde abbricht. Die Staatsmänner der Welt müssen miteinander reden, sie müssen sich zu diesem Zwecke kennen!

Crisis Management erfordert den politischen Willen

- Erstens: Provokationen zu vermeiden
- Zweitens: die eigenen Optionen unmißverständlich zu machen
- Drittens: gefährliche Situationen durch Kompromißbereitschaft zu entschärfen und
- Viertens: den Beteiligten die Wahrung ihres Gesicht zu ermöglichen.

Die jüngste Geschichte liefert mehrere Beispiele für gelungene Krisenbeherrschung. Ich denke z. B. an die Berlin-Krise 1961 und an die Kuba-Krise 1962.

Die Meisterung dieser schweren Krisen hat übrigens langfristige Wirkungen gehabt. Sie hat das Umdenken der großen Kernwaffenmächte eingeleitet und die psychologischen Grundlagen für die Politik der Entspannung und Abrüstung geschaffen. Ohne die Erfahrung dieser Krisen, die erstmals zur direkten Konfrontation der Nuklearmächte geführt hatten, wären der Teilweise Teststoppvertrag, der Nichtverbreitungsvertrag und SALT nur schwer realisierbar gewesen.

Weil auch die erfolgreichste Friedenspolitik plötzliche Konflikte niemals ganz ausschließen kann, müssen wir durch ständig zu verbessernde Methoden des Crisis Management dafür sorgen, daß Konflikte beherrschbar bleiben.

Berechenbarkeit

Je größer die Berechenbarkeit des politischen und militärischen Verhaltens der Beteiligten ist, um so geringer wird die Gefahr akuter Krisen. Erste Voraussetzung für Berechenbarkeit ist Offenheit und Durchsichtigkeit.

Die Sorge vor unangenehmen oder gefährlichen Überraschungen kann nur durch mehr Transparenz der militärischen, aber

Friedenspolitik

auch der rüstungswirtschaftlichen Machtmittel wesentlich gemindert werden. Es ist ein großer Fortschritt in der Bildung gegenseitigen Vertrauens, daß bei SALT und in den Wiener Verhandlungen inzwischen die konkreten Daten und Zahlen des militärischen Potentials beider Seiten offengelegt werden.

Offenlegung der Streitkräfte der Beteiligten ermöglicht eine zuverlässige Beurteilung der militärischen Optionen der jeweils anderen Seite und ihrer Handlungsmöglichkeiten. Eine eindeutige Datenbasis kann jenes Vertrauen erzeugen, das zu gegebener Zeit auch eine verifizierte und ausgewogene Senkung der militärischen Ausgaben ermöglichen soll.

Auch die Einhaltung von geschlossenen Abkommen muß durchsichtig gemacht werden. Die eigene Sicherheit wächst, wenn dem Sicherheitsbedürfnis des anderen auf diese Weise Rechnung getragen wird.

Das für Sicherheit und Frieden notwendige Grundelement der Vorhersehbarkeit muß allerdings sehr viel weiter reichen als nur bis zur Transparenz der militärischen Fähigkeiten. Es sollte vor allem für die Grundrichtung der Ziele der politischen Strategien der Staaten gelten. Je besser die anderen Beteiligten die zukünftige Entwicklung vorausberechnen können, um so geringer die Gefahr der Überraschung, um so größer die Sicherheit. Wer unberechenbar handelt, der kann dadurch Gefahren auslösen.

Begrenzung nuklearer Rüstung

SALT I war die erste effektive Begrenzung nuklearer Rüstung. Sie wurde nur möglich, weil dank der Satelliten das Problem internationaler Verifikation in diesem Falle beiseite gelassen werden konnte. Wir hoffen, daß ein erfolgreicher Abschluß von SALT II alsbald gelingt. Auch die beiden Großmächte haben sich im Nichtverbreitungsvertrag ausdrücklich zu einem Abbau ihrer Nuklearrüstungen verpflichtet. Wir müssen sie beim Wort nehmen.

Der Nichtverbreitungsvertrag hat sich bei der Begrenzung nuklearer Rüstung durchaus bewährt. Er hat bisher die geographische Verbreitung von Kernwaffen im wesentlichen aufgehalten.

Nichtverbreitungspolitik darf allerdings kein Hemmschuh sein für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Für viele Staaten, die keine ausreichenden Energiequellen besitzen, ist Kernkraft unverzichtbar. Der Nichtverbreitungsvertrag sichert im Artikel 4 den Unterzeichnerstaaten ausdrücklich die friedliche Nutzung zu. Diesen verbrieften Anspruch, der bei der Zustimmung unseres Parlaments zu dem Vertrag ausschlaggebend war, erhalten wir ohne Abstriche aufrecht.

Mit wachsender Nutzung der Kernenergie müssen allerdings die internationalen Vorkehrungen gegen Mißbrauch verstärkt werden; dies gilt insbesondere für den Umgang mit Plutonium. Dafür müssen wirksame Verbesserungen des gegenwärtigen Nichtverbreitungsregimes von breitem internationalen Konsens getragen sein. Dieser Vertrag — ein wichtiges Instrument der Nichtverbreitungspolitik — könnte sonst gefährdet werden.

Rüstungsbegrenzung in Europa

In Europa hat in diesem Jahrzehnt die Entspannung wesentliche Fortschritte gemacht. Die Ostverträge der Bundesrepu-

blik Deutschland, das Viermächte-Abkommen über Berlin und die KSZE-Schlußakte von Helsinki haben das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Verbot der Anwendung und Androhung von Gewalt konkretisiert.

Heute besteht in Europa ein höheres Maß gegenseitigen Vertrauens als in den vorangegangenen Jahrzehnten. Dies ist, so hoffe ich, auch für andere Regionen eine ermutigende Erfahrung. Sie ist das Ergebnis einer gemeinsamen Anstrengung, an der außer den beiden Weltmächten alle Staaten der beiden Bündnisse und ebenso auch die neutralen und blockfreien Staaten Europas konstruktiv beteiligt waren.

Dies hat jedoch bisher die Tatsache nicht ändern können, daß sich in Europa die stärksten Ansammlungen von Waffen und Soldaten einander gegenüberstehen. Es kommt jetzt darauf an, ein militärisches Gleichgewicht auf niedrigerer Ebene herzustellen und dadurch die Sicherheit zu stabilisieren.

Bei den seit fünf Jahren in Wien laufenden MBFR-Verhandlungen streben wir gemeinsam mit unseren Verbündeten an, Parität durch ausgewogene Reduzierungen zu schaffen. Das Ergebnis der Verhandlungen sollen übereinstimmende kollektive Gesamthöchststärken beider Seiten sein.

Während des kürzlichen Besuches des sowjetischen Generalsekretärs Breschnew in meinem Lande ist zum erstenmal in einer zwischen Ost und West vereinbarten Erklärung die Feststellung getroffen worden, beide Seiten hielten es für wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebe und daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen.

Auch wir halten diese Erklärung für einen wichtigen konzeptionellen Beitrag zur Sicherung des Friedens. Dies auch deshalb, weil die Sowjetunion darin ihre Bereitschaft bekundet hat, auch über in den SALT-Verhandlungen bisher nicht erfaßte Waffen — zum Beispiel über Mittelstrecken-Waffen — zu sprechen.

Diese Waffen sind, ihrer enormen Vernichtungskraft wegen, für Europa und für andere Regionen eine ebenso existentielle Bedrohung wie für die Großmächte die strategischen Interkontinentalwaffen. Sie dürfen deshalb in einem ausgewogenen System des militärischen Gleichgewichts nicht außer Betracht bleiben.

Deutsche Beiträge zur internationalen Sicherheit

Eingedenk der verheerenden Konsequenzen, die der von Hitler entfesselte Zweite Weltkrieg für unser Volk und für viele europäische Völker bedeutete, kann niemand unser existentielles Interesse an Rüstungskontrolle und Abrüstung in Zweifel ziehen.

Mein Land hat bereits 1954 auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen verzichtet. Wir haben uns damit einverstanden erklärt, daß die Einhaltung dieser Verpflichtung international überwacht wird.

Die Bundesrepublik Deutschland hält den Abschluß eines Übereinkommens über ein effektives und umfassendes C-Waffen-Verbot für besonders vordringlich. Sie begrüßt es, daß sich die Sowjetunion und die USA in bilateralen Gesprächen um eine gemeinsame Initiative bemühen.

Sie ist überzeugt, daß sich ein internationales Verifikationssystem unter Einschluß von Ortsinspektionen so ausgestalten läßt, daß die legitimen Interessen von Industrie und Forschung nicht beeinträchtigt werden.

Unsere Erfahrungen als Staat, der auf die Herstellung chemischer Waffen verzichtet und sich hierzu einer internationalen Kontrolle unterworfen hat, sprechen dafür, daß entsprechende Kontrollen wirksam, wirtschaftlich unschädlich und ihre Kosten zumutbar sein können.

Die Bundesrepublik Deutschland hofft, daß die Ausarbeitung eines Vertrages über ein Verbot aller Kernwaffentests bald möglich sein wird. Wir sind bereit, an der seismologischen Verifikation eines umfassenden Teststopps mitzuwirken; unsere Einrichtungen stellen wir zur Verfügung.

Dem Ziel der Sicherheit durch Gleichgewicht dient der Verteidigungsbeitrag, den die Bundesrepublik Deutschland der Nordatlantischen Allianz als einer ihrer Partner leistet. Dieses kollektive Verteidigungsbündnis ist — angesichts der Gesamtlage Europas — für die Sicherheit meines Landes unerläßlich.

Stärkung des internationalen Vertrauens

Angesichts der Schwierigkeiten, zu schnellen Fortschritten der internationalen, vereinbarten Rüstungsbegrenzung zu gelangen, halte ich eine Offensive der Vertrauensbildung für notwendig. Sie ist auch durchaus möglich.

Die vertrauensbildenden Maßnahmen der Schlußakte von Helsinki haben sich bewährt. Ich meine, sie sollten in Europa für alle verbindlich gemacht werden. Wir begrüßen deshalb die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten, die in diese Richtung weisen. Darüber hinaus könnten vertrauensbildende Maßnahmen in allen Teilen der Welt dazu dienen, die politischen Voraussetzungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle zu verbessern. Sie sollten jeweilig regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen. Dabei ist zu denken an die Ankündigung militärischer Übungen, den Besuchsaustausch zwischen Angehörigen der Streitkräfte und die Einladung von Beobachtern zu militärischen Übungen. Solche regionalen Vereinbarungen könnten die Grundlage für eine künftige weltweite Konvention über vertrauensbildende Maßnahmen bilden. Wir begrüßen es, daß die vertrauensbildenden Maßnahmen in dem Entwurf für das gemeinsamen Aktionsprogramm enthalten sind.

Die Verwirklichung von Vertrauen kann sich selbstverständlich nicht auf den Bereich der militärischen Sicherheit beschränken. Der Abbau von Mißtrauen, Furcht und Feindschaft ist eine umfassende und universale Aufgabe. Dies ist eine Perspektive, die in die Zukunft weist und die Jugend angeht. Es liegt an uns Älteren, diese Perspektive den jungen Menschen in unseren Ländern nahezubringen. Hier liegt eine Aufgabe von großer Tragweite, die sich die Vereinten Nationen zu eigen machen sollten. Wir sind bereit, einen materiellen Beitrag zu einem Programm der Vereinten Nationen zu leisten, das der Verständigung unter den jungen Generationen aller Völker dient. Wir werden dazu im Laufe dieses Jahres auf Grund unserer bilateralen Erfahrungen einen Vorschlag unterbreiten.

Rüstungsbegrenzung und Entwicklung

Im Zusammenhang mit dieser Sondersitzung ist vielfach hingewiesen worden auf das Mißverhältnis zwischen den Aufwendungen für militärische Zwecke auf der einen und für Zwecke der landwirtschaftlichen, infrastrukturellen und industriellen Entwicklung der großen Mehrzahl der Staaten der Welt auf der anderen Seite. Diese Hinweise sind berechtigt; die Tatsachen lösen berechtigte Sorge aus. Es gibt leistungsfähige Staaten, die ein großes militärisches Potential besitzen, die dafür einen ungewöhnlichen finanziellen Aufwand treiben — gleichwohl aber auf dem Felde des Transfers von Kapital und Technologie an Entwicklungsländer nur völlig Unzureichendes leisten.

Waffenlieferungen können keinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung ersetzen. Im Gegenteil:

Das Ausmaß des Transfers von Waffen ist zu einem internationalen Problem ersten Ranges geworden. Präsident Carter hat das Verdienst, im vergangenen Jahr mit großem Nachdruck hierauf hingewiesen zu haben. Die Regelung des internationalen Rüstungstransfers muß bei unseren Bemühungen um Rüstungsbegrenzung einen wichtigen Rang bekommen.

Initiativen hierzu werden dann erfolgreich sein, wenn sich Lieferländer und Empfängerländer gemeinsam auf Zurückhaltung einigen. Zu diesem Zweck unterstützen wir den Vorschlag des Aktionsprogramms, die damit zusammenhängenden Probleme zu untersuchen. Ich spreche mich besonders dafür aus, daß alle am Rüstungsexport beteiligten Staaten sich zur Offenlegung ihrer Lieferungen verpflichten.

Gefahren entstehen allerdings nicht nur durch staatliche Rüstungslieferungen, sondern auch durch kommerzielle Verwertung ausgesonderten militärischen Materials; die Möglichkeiten zur Kontrolle des privaten Handels mit Rüstungsgütern müssen daher in die Untersuchung einbezogen werden.

Ich benutze diese Gelegenheit, um die Politik meines eigenen Landes auf diesem Felde zu kennzeichnen. Wir gewähren grundsätzlich keine Entwicklungshilfe für den Waffenexport. Nur in insgesamt geringfügigen Ausnahmefällen erlauben wir überhaupt Waffenlieferungen an Staaten außerhalb unseres eigenen Bündnisses; nach den Analysen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts haben deutsche Waffenlieferungen an die Dritte Welt nur drei Hundertstel Prozent unseres Sozialprodukts betragen; der Anteil an unserer Gesamtausfuhr betrug nach unseren Feststellungen zwei Zehntel Prozent. In internationale Spannungsgebiete lassen wir Waffenlieferungen grundsätzlich nicht zu.

Andererseits haben wir unseren Entwicklungshaushalt in massiver Weise erhöht; er beträgt mehr als ein Zehntel unserer Verteidigungsanstrengungen. Wenn dies jeder Staat der Welt von sich sagen könnte, ginge es vielen Menschen in den Entwicklungsländern besser. Wer über seine Verteidigungsnotwendigkeiten hinaus rüstet, der schränkt seine Möglichkeiten zu materieller Hilfe an andere ein.

Materielle Not, Hunger und Armut sind vielerorten unerträglich. Nur eine gesunde wirtschaftliche und soziale Entwicklung dient dem Frieden. Soziale Gerechtigkeit ist nicht nur eine innerstaatliche, sondern eine internationale Notwendigkeit. Wenn es uns gelingt, die Rüstungen zu begrenzen und den Aufwand

Friedenspolitik

für militärische Zwecke einzuschränken, so werden dadurch Mittel für zusätzliche Transferleistungen zugunsten der Entwicklungsländer frei werden.

Mein Land wird auch in Zukunft das Ausmaß seiner Entwicklungshilfe steigern. Ich ziehe allerdings vor, statt von Hilfe von wirtschaftlicher Kooperation zu reden. Wir sind nämlich gegenseitig aufeinander angewiesen. Deshalb erwarten wir, daß Solidarität vergolten wird mit Solidarität.

Zusammenfassung

Wir sehen die Aufgabe darin, die Rüstung — Kernwaffen wie andere Waffen — im Gleichgewicht und nachprüfbar zu begrenzen, gezielt und ausgewogen zu verringern und hoffentlich eines Tages ganz abzuschaffen. Vollständige und international kontrollierte Abrüstung ist das Ziel.

Dieser Prozeß bedarf zu seinem Erfolge einer umfassenden Sicherheitspolitik, für die die folgenden Richtpunkte gelten:

- Politisches, strategisches und militärisches Gleichgewicht;
- Entspannung, Konflikteindämmung und Interessenausgleich;
- Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung;
- Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit des politischen und militärischen Verhaltens.

BHW: Wir sind die Bausparkasse für Deutschlands öffentlichen Dienst.

Fragen Sie nach den BHW-Extras!

Die BHW-Extras sind die Vorzugsleistungen des BHW für Deutschlands öffentlichen Dienst. So kommen auch die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen zu Haus- und Wohnungs-

eigentum. Weil BHW-Spar- und Tilgungsraten extra niedrig sind und weil die Zinskonditionen günstiger sind. Vorteile, die es sonst nirgendwo gibt. Fragen Sie uns!

BHW die Bausparkasse für
Deutschlands öffentlichen
Dienst · 325 Hameln

Nach dieser Orientierung arbeiten wir engagiert und initiativ in Genf und in Wien an den dortigen Verhandlungen. Diese Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung hat die Chance, die Glaubwürdigkeit der internationalen Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle sichtbar zu machen. Wir hoffen, daß sie diese Chance wahrnimmt. Voraussetzung dazu ist, daß wir gemeinsam in der Lage sind, die anstehenden Probleme offen, aber unpolemisch zu diskutieren und unsere Beschlüsse im Konsensus zu fassen. Damit würden wir die Fähigkeit bekunden, im weltweiten Rahmen zur Festigung des Friedens und der Sicherheit zusammenzuarbeiten.

Hierzu machen wir folgende Vorschläge:

- Erstens: Unserer Erfahrungen bei der Kontrolle unseres Verzichts auf Herstellung von C-Waffen stehen anderen Nationen zur Verfügung
- Zweitens: Wir stellen unsere seismologischen Einrichtungen für die Verifikation eines vollständigen Teststopps bereit
- Drittens: Wir treten ein für eine Beschränkung des internationalen Transfers von konventionellen Waffen
- Viertens: Wir treten ein für die Schaffung von Vertrauen durch größere Transparenz bei militärischen Aufwendungen und bei militärischen Aktivitäten
- Fünftens: Wir werden unser Ziel erst erreicht haben, wenn die Völker selbst Vertrauen zueinander haben. Hierbei wird es besonders auf die Jugend ankommen. Deshalb treten wir dafür ein, daß die Vereinten Nationen sich konkret damit befassen, wie die Jugend der Völker in nähere Kontakte zueinander gebracht werden kann.

Allumfassende Konzepte zur weltweiten Abrüstung haben nach aller Erfahrung keine Aussicht auf Erfolg. Wir brauchen statt dessen viele einzelne Fortschritte — einen nach dem anderen. Und alle im zähen Willen zum Ausgleich der Interessen.

Wer den Kompromiß prinzipiell verwirft, der taugt nicht zum Frieden. Wer anderen nicht entgegenkommen will, der wird selbst kein Entgegenkommen finden. Wer Feindbilder und Vorurteile pflegt, der wird selbst als Feind angesehen werden.

Es gibt viel zu viele Feindschaften auf der Welt. Was wir statt dessen brauchen, ist Partnerschaft. Sie muß aus der Erkenntnis entspringen, daß keiner allein seine Sicherheit und seinen Frieden sichern kann.

Die geschichtlichen Erfahrungen der Völker unterscheiden sich voneinander, ihre Ideologien noch viel stärker. Mich hat das Erlebnis des Weltkrieges zum engagierten Mitglied einer politischen Bewegung meines Volkes gemacht, die seit 115 Jahren für Rüstungsbegrenzung kämpft. Seit zwanzig Jahren habe ich mich mit Zähigkeit, mit Realismus und mit Engagement für dieses Ziel verwendet.

Weil ich weiß: die Schrecken der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen. Wir Deutschen wissen: Dies zu verhindern, ist zu einem wichtigen Teil unsere Aufgabe.

ZIVIL: VERTEIDIGUNG *in der* Mausen

Erfahrungen
auf verschiedenen
Verwaltungsebenen
Referiert
von Stefan Arndt

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) ist bundesweit eine Diskussion darüber im Gange, wie sich der Katastrophenschutz - und damit auch die Zivilverteidigung - effektiver gestalten läßt. Schon im Herbst 1977 hat die Bundesregierung, wie der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Andreas von Schoeler, in einer Rede vor Mitarbeitern des Bonner Bundesamtes für Zivilschutz ausführte, den Zeitpunkt für gekommen erachtet, „das mit dem Katastrophenschutzgesetz im Jahre 1968 geschaffene einheitliche Hilfeeinsatzinstrument von Bund, Ländern, Kommunen und Hilfsorganisationen einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen“.

Zu dieser sorgfältigen Prüfung gehört auch, daß man sich mit den Problemen vertraut macht, die auf den verschiedenen Verwaltungsebenen auftreten oder auftreten können. Einen

interessanten Einblick bietet da das Protokoll einer Anhörung von Vertretern der verschiedenen Verwaltungsebenen zu Fragen der Zivilverteidigung durch die Arbeitsgruppe „Gesamtverteidigung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 13. März 1978.

Als Sachverständige wurden gehört: Regierungspräsident *Philipp Meyer* (Würzburg), Kreisdirektor *Freiherr von Rotberg* (Freiburg), Landrat *Dr. Steigerwald* (Bad Neustadt), Landrat *Dr. Norbert Heinen* (Montabaur), Landrat *Feuchtinger* (Regen), Kreisdezent *Vahlhaus* (Kleve), Stadtdirektor *Dr. Jacobs* (Siegburg) und Stadtverordneter *Riegel* (Bonn).

Als Gäste waren zugegen: Ministerialrat *Nast-Kolb* (München), Brigadegeneral *Wilhelm Grunewald* (Sandhausen), Generalmajor *Ulrich Hantel* (Bonn), Dr. *Paul Wilhelm Kolb* (der

ZV kontrovers

Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Bonn) und Günter Nonninger (Nettetal).

Ob die Antworten der Sachverständigen auf die Fragen der Arbeitsgruppenmitglieder repräsentativ für die Erfahrungen sind, die überall im Bundesgebiet auf den von ihnen vertretenen Verwaltungsebenen gesammelt worden sind, kann hier nicht beurteilt werden. Unzulässig wäre es in jedem Fall, von einigen Schwachstellen im System der zivilen Verteidigung auf die gesamte zivile Verteidigung zu schließen.

Manches von dem, was die Sachverständigen - teilweise wohl auch aus dem Stegreif - zu Protokoll gegeben haben, wird nicht unbedingt das Wohlgefallen derer erregen, die nicht geneigt sind, die Zivilverteidigung als ein System zu sehen, das stetem Wandel unterlegen ist (auf der militärischen Seite ist man da, schon weil Internationalität dazu zwingt, wesentlich flexibler). Andererseits wird der, der aufmerksam liest, sehr schnell herausfinden, daß es den Experten vor allem um eines ging: um mehr Effektivität in dem Bemühen, der Bevölkerung einen optimalen zivilen Schutz angedeihen zu lassen.

Nachfolgend soll versucht werden, das Ergebnis der Anhörung schwerpunktorientiert zu ordnen. Als roter Faden durch das Labyrinth der auf immerhin 86 Seiten protokollierten Erfahrungen bieten sich die von der Arbeitsgruppe, der der Bundestagsabgeordnete Paul Gerlach vorsah, gestellten fünf „einführenden Grundsatzfragen“ an. Sie lauteten:

1. Welche Bedeutung messen Sie aus der Sicht Ihrer Verwaltungsebene und aufgrund der geostrategischen Lage Ihres Verwaltungsbezirks den Fragen der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes zu?
2. Werden die derzeitigen gesetzlichen, administrativen und finanziellen Vorgaben dieser Bedeutung gerecht?
3. Wie beurteilen Sie aus Ihrer Sicht
 - die Organisationsstruktur,
 - die Ablaufstruktur,
 - die Führungsstruktur?
4. Welche Hilfsmittel bzw. Hilfsorganisationen stehen Ihnen zur Verfügung?
 - Wie beurteilen Sie den Einsatzwert der Einheiten und Einrichtungen?
 - Wie ist das Verhältnis der Verwaltung
 - a) zu den Hilfsorganisationen,
 - b) zu den zuständigen militärischen Stellen?
 - Welchen Stellenwert hat die Zivilverteidigung in der Verwaltungsarbeit?
 - Wie spielt sich die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) ab?
5. Wie beurteilen Sie den Zustand der präventiven Vorsorge
 - Selbstschutz,
 - Schutzraumbau,
 - Nahrungsmittelbevorratung,
 - stationäres Sanitätswesen?

Grundsatzfrage Nr. 1: Welche Bedeutung messen Sie aus der Sicht Ihrer Verwaltungsebene und aufgrund der geostrategischen Lage Ihres Verwaltungsbezirks den Fragen der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes zu?

Um es vorweg zu sagen, das sollte wohl keine Gretchenfrage sein; denn es waren nicht Vertreter jener Kreise zur Anhörung geladen worden, die sich der Zivilverteidigung gegenüber indifferent oder gar ablehnend verhalten. Mag sein auch, daß die Frage nicht richtig gestellt war. Die meisten Antworten darauf gingen nämlich weit über das hinaus, was - augenscheinlich - erwartet worden war.

Meyer-Würzburg beispielsweise glaubte wohl, man wolle von ihm erfahren, ob der Katastrophenschutz funktioniere. Er müsse differenzieren, sagte er. Der allgemeine Katastrophenschutz in Bayern sei, soweit er das beurteilen könne, in Ordnung. Er funktioniere. Aber es ginge den Fragern ja um den erweiterten Katastrophenschutz, der im Zusammenhang mit dem Zivilschutz und damit im Rahmen der Gesamtverteidigung gesehen werden müsse. Hier befallte ihn ein Unbehagen.

Zunächst: „Dieser Komplex hat im Verwaltungsvollzug auf der Ebene eines bayerischen Regierungspräsidiums eine untergeordnete Bedeutung. Etwa 0,5 Person, also eine halbe Arbeitskraft pro Tag, wird mit diesen Fragen innerhalb des zuständigen Sachgebiets beschäftigt.“ Darin eingeschlossen sei auch noch die Verwaltungsarbeit für die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt.

Und das Unbehagen - weshalb? „Es erklärt sich aus der militärischen oder geostrategischen Lage meines Regierungsbezirks Unterfranken. Er lag früher militärstrategisch uninteressant im Herzen Deutschlands, fernab von allen möglichen Fronten; jetzt liegen wir offen gegen Thüringen, 125 km Zonengrenze am sogenannten Thüringer Balkon, da, wo keinerlei natürliche Grenze oder irgendein Hindernis wäre. In einem eventuellen Verteidigungsfall müssten wir damit rechnen, in das vordere Kampfgebiet zu geraten ... Und deshalb bekommt der erweiterte Katastrophenschutz - und der Zivilschutz natürlich - einen besonderen Stellenwert.“

Soweit die erste Antwort auf die Grundsatzfrage Nr. 1. Der Ordnung halber sei darauf hingewiesen, daß an dieser Stelle jeweils nur markante Auszüge aus den Stellungnahmen der Sachverständigen gebracht werden können.

Sehr präzise von Rotberg-Freiburg: „Dem erweiterten Katastrophenschutz kommt vorwiegend auf Grund der grenznahen Lage des Kernkraftwerks Fessenheim, des französischen Kernkraftwerks, das etwa 200 m jenseits unserer Kreisgrenze liegt, die gleichzeitig die Grenze zu Frankreich ist, im Landkreis erhöhte Bedeutung zu. Die Nähe des Kernkraftwerks und seine räumliche Verbindung zum NATO-Flugplatz Bremgarten beunruhigen unsere Bevölkerung wegen der möglichen Gefahren im Frieden und im Verteidigungsfall. Bei aller Einsicht für die Fragen der Zivilverteidigung steht hier der Katastrophenschutz vor allem wegen seiner akuten Bedeutung und dem weithin öffentlichen Interesse an erster Stelle.“

Dr. Steigerwald-Kreis Rhön/Grabfeld knüpfte an die Ausführungen von Meyer-Würzburg an. Nicht ohne Grund. Sein Landkreis liegt im Regierungsbezirk Unterfranken. Zur geostrategischen Lage: „Wir haben von den 125 km Zonengrenze des Regierungsbezirks Unterfranken allein 115 km. Wir sind entweder Durchmarschgebiet oder aber vorderstes Kampffeld, je nachdem die Verteidigungskonzeption aussieht, je nachdem wie auch der Angriff aussehen wird.“ Dementsprechend sei auch die Einstellung zum Katastrophenschutz und zur Zivilverteidigung differenziert. „Man ist geneigt, zu sagen: Wir machen nicht allzu viel. Die Bevölkerung zumindest steht auf diesem Standpunkt, und da schließe ich sogar Funktionsträger wie Bürgermeister mit ein.“

Dr. Steigerwald hat so etwas wie Resignation beobachtet. Die Leute sagen: „Es wird entweder nicht kommen, oder wenn es kommt, dann sind wir sowieso die ersten, die dran glauben müssen.“ Ergo: Man könne nichts tun. „Das macht die Arbeit in der Zivilverteidigung und im erweiterten Katastrophenschutz in Friedenszeiten für die Verwaltung so unendlich schwer. Kommt noch hinzu, daß wir als extremer Zonenrand-Landkreis primär ganz andere Aufgaben sehen für unsere Bevölkerung. Wir haben eine starke Abwanderung, wir haben hohe Arbeitslosenquoten. Wenn man heute auf der Verwaltungsebene

dafür werben würde, die Zivilverteidigung, den Katastrophenschutz mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken, würde man mit sehr starken Kritiken zu rechnen haben."

Dr. Heinen-Westerwaldkreis: Sein Kreis liege geostrategisch im rückwärtigen Verteidigungsgebiet. Er werde von einer Reihe bedeutender Verkehrsverbindungen durchzogen, sowohl in Nord/Süd- als auch in West/Ost-Richtung. „Dieser tatsächlichen Lage entspricht die Einschätzung des Zivilschutzes in der Bevölkerung, bei den Politikern und weitgehend auch in der Verwaltung in gar keiner Weise."

Ähnliche Erfahrungen wie Dr. Steigerwald hat *Feuchtinger-Regen* gesammelt. Sein Landkreis grenze mit 40 km an die Tschechoslowakei und stehe damit „sozusagen an vorderster Front". Trotzdem: „Die Bedeutung der Zivilverteidigung ist auch bei uns in der Bevölkerung nicht in dem Ausmaß verwurzelt, in dem man das eigentlich erwarten müßte. Fragen der Strukturverbesserung, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet; das Bemühen, die Abwanderungswelle der Bevölkerung zu stoppen; der Versuch, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, um die wirtschaftliche Struktur zu verbessern, stehen seit vielen Jahren im Vordergrund der Bemühungen. Wenn wir nun versuchen, Fragen der Zivilverteidigung mehr in das Bewußtsein der Bevölkerung zu bringen, dann ist die Resonanz darauf sofort 'Es scheint also bei uns an der Grenze etwas mulmig zu werden', und wir erreichen nur das Gegenteil von dem, was wir in erster Linie möchten, nämlich eine Konsolidierung der Lage innerhalb der Bevölkerung an dieser Grenze."

Vahlhaus-Kleve: Von der Lage seines Kreises her müßte die Bedeutung der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes sehr hoch sein - allein wegen der militärischen Anlagen, der bereits vorhandenen und noch geplanten Kohle- und Atomkraftwerke und weil er im V-Fall Auffanggebiet für gelenkte und un gelenkte Fluchtbewegungen sei. Zivilverteidigung und Katastrophenschutz würden dementsprechend „ernst gesehen und relativ ernst betrieben." Natürlich gelinge nicht alles im erforderlichen Maße, aber das sei „allgemeine Tendenz".

Dr. Jacobs-Siegburg: „Ich glaube, daß bei uns sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Verbänden und Organisationen sehr viel guter Wille vorhanden ist. Ich glaube auch, sagen zu können, daß wir im Grunde über eine ausreichende Zahl von Helfern verfügen, wobei wir verständlicherweise uns ganz besonders auf die Feuerwehr verlassen können. Ich möchte auch meinen, daß unter den Organisationen und Verbänden ein gutes Verhältnis besteht, das aber nach meiner Meinung nicht ausreicht, in einem ernstesten Katastrophenfall den Dingen gerecht zu werden. Es fehlt an der praktischen Zusammenarbeit und an der praktischen Koordinierung. Von daher bin ich der Auffassung, daß von oben eigentlich recht wenig kommt."

Es kämen zwar immer wieder Aufforderungen, den Katastrophenplan oder die Katastrophenabwehrpläne auf den neuesten Stand zu bringen, manchmal gingen sie aber an der Praxis vorbei. Beispiel: „Wenn in Katastrophenabwehrplänen die medizinische Versorgung sichergestellt werden soll, dann ist teilweise vorgesehen, daß vom Katastrophenort der Abtransport der Verletzten in Zwischenstationen zu erfolgen hat, auch um gerüstet zu sein für die Erfassung und all dergleichen mehr. In der Praxis dürfte sich das aber nach meiner Meinung ganz anders abwickeln. In der Praxis werden sicher Feuerwehr und die anderen freiwilligen Organisationen bemüht sein, die Leute so schnell wie möglich in die Krankenhäuser am Ort und der Umgebung zu schaffen, wo die medizinischen Einrichtungen teilweise nach neuesten und modernsten Erkenntnissen vorhanden sind. Umwege, wie sie in Plänen teilweise noch

vorgesehen sind, bedeuten für mich erhebliche zeitliche Verzögerungen."

Riegel-Bonn: „Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Einrichtung von Ausschüssen für zivile Verteidigung den Kommunen zur Pflicht gemacht, und so besteht im Rat der Stadt Bonn seit über zehn Jahren ein derartiger Ausschuß, den ich jetzt seit 1975 leite... Wenn man berücksichtigt, daß Bonn als Sitz der Bundesregierung und des Parlaments, vieler auswärtiger diplomatischer Missionen und gleichzeitig aber als Stadt auf beiden Seiten des Rheins, als Schnittpunkt mehrerer Bundesstraßen zu sehen ist, dann wird von dieser Bedeutung her die Aufgabe für die Verwaltung in einem Katastrophen- oder Verteidigungsfall deutlich. Auf der anderen Seite fehlen uns aber die, und jetzt nicht nur dem Ausschuß, sondern der Verwaltung, Informationen, die eigentlich notwendig sind, um sich auf diese Dinge vorzubereiten."

Ich darf auf ein Beispiel hinweisen. Wir haben vor etwa zwei Jahren vom Regierungspräsidenten in Köln einen Straßenplan zugeleitet bekommen, dem wir zustimmen sollten. Wir haben die Zustimmung nicht gegeben, weil uns einfach die Informationen fehlten. Wir wußten nicht, welche Straße in einem Verteidigungsfall etwa der Bund für sich zur Verfügung haben will, welche Möglichkeiten er für das Herauslösen der diplomatischen Missionen vorsieht. Und als wir diese Fragen stellten, blieb jede weitere Kunde uns gegenüber aus; wir haben nichts wieder von der Sache gehört, und möglicherweise wird es dabei auch bleiben."

Grundsatzfrage Nr. 2: Werden die derzeitigen gesetzlichen, administrativen und finanziellen Vorgaben dieser Bedeutung gerecht?

Die kürzeste Antwort gab *von Rotberg-Freiburg:* „Die gesetzlichen, administrativen und finanziellen Vorgaben werden dieser Bedeutung in keiner Weise gerecht."

Differenzierter *Meyer-Würzburg:* Die derzeit geltenden Gesetze seien im großen und ganzen eine brauchbare Grundlage. Wünschenswert: Verbesserungen und Ergänzungen, zum Beispiel zu den Sicherstellungsgesetzen, und die Aufhebung der haushaltsrechtlichen Sperrgesetze. Zwingend notwendig: ein Gesundheitssicherstellungsgesetz.

Der unterfränkische Regierungspräsident regte außerdem an, alle Gesetze zu einem Gesamtgesetz zusammenzufassen. Das werde im übrigen auch vom bayerischen Innenministerium gefordert.

Zu den „administrativen Vorgaben" meinte er, die unteren Vollzugsbehörden, also die Kreisverwaltungsbehörden, die Landratsämter und auch die kreisfreien Städte, könnten ihren gesetzlichen Aufgaben sachgerecht und zweckmäßig nachkommen, „ohne daß man ständig von oben hineinreglementiert". Er möchte empfehlen, „daß auch die Bundesbehörden sich einmal mit dem Begriff Funktionalreform befassen".

Die „finanziellen Vorgaben"? *Meyer-Würzburg:* „Gesetze und deren Vollzug können eben nur so gut sein, wie es die Bereitstellung der benötigten Mittel ist."

Dr. Steigerwald-Kreis Rhön/Grabfeld führte aus: „Die gesetzlichen Grundlagen sind meines Erachtens ausreichend, um den Problemen Rechnung zu tragen. Administrativ muß ich meinem Vorredner Recht geben: Man nimmt die vielen Verwaltungsanweisungen in der Behörde und auch in den zuständigen Organisationen insofern nicht ernst, als sie zu umfangreich und zu schwierig zu lesen sind, weil sie im Einzelfall auch einen Riesenballast von Anweisungen beinhalten. Die finanziellen Vorgaben sind nach meiner Auffassung nicht entsprechend der Dringlichkeit, auf dem Gebiet der

Zivilverteidigung etwas zu unternehmen. Wir bekommen kaum entsprechende Finanzausstattungen von seiten des Staates. Auf Kreisebene ist bis dato keine Mark bewegt worden, wir haben aus Landkreismitteln bislang nichts zur Verfügung gestellt, und so, wie es bei uns ist, ist es in vielen anderen Landkreisen in Unterfranken. Die finanzielle Seite sollte auch etwas ausgeweitet werden auf die personelle Situation. Solange es nicht möglich ist, Katastrophenschutz und Zivilverteidigung mit mehr hauptamtlichen Personal auszustatten, wird sich auf diesem Gebiet nicht allzuviel tun."

Zu den „gesetzlichen Vorgaben“ meinte Dr. Heinen-Westerwaldkreis, da sehe er die wenigsten Probleme. Für die materielle Bereitstellung seien ausreichende gesetzliche Grundlagen vorhanden. Was den Ablauf und die Organisation angehe, wohl auch. Allerdings bekenne er sich ebenfalls dazu, die gesetzlichen Grundlagen möglichst zusammenzufassen, um ein Gesetzgebungswirrwarr zu verhindern. Das gleiche gilt in noch stärkerem Maße für die Fülle von Verwaltungsvorschriften.

Die „administrativen Vorgaben“? Dr. Heinen: „Nicht ausreichend.“ Es seien bei ihm drei Mitarbeiter mit diesen Fragen beschäftigt, „allerdings nicht drei Mitarbeiter ständig, sondern nur am Rande, und es trifft auch das zu, was eben gesagt worden ist, daß schon mal Mitarbeiter dafür herangezogen werden, die bisweilen für, ich möchte mal sagen, prominentere Aufgaben sich nicht eignen“. Das hänge mit der allgemeinen Einschätzung der Aufgabe zusammen.

Die „finanziellen Vorgaben“? Dr. Heinen: „Absolut unzureichend.“ Kreiskommunale Mittel seien bis jetzt in gar keiner Weise eingesetzt worden, es zeichne sich auch nicht ab, daß sie eingesetzt würden. „Die Bemühungen, entsprechende Mittel seitens des Landes oder Personal seitens des Landes zu bekommen, sind bisher gescheitert.“

Feuchtinger-Regen ließ dahingestellt, ob die gesetzlichen und die administrativen Vorgaben der Bedeutung der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes entsprechen. Ausnahmen: das — noch fehlende — Gesundheitssicherstellungsgesetz. Nur damit könnten die eigentlichen personellen Grundlagen geschaffen werden, um die ärztliche Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Ansonsten seien es die finanziellen Vorgaben, die angesprochen werden müßten.

Ähnlich Vahlhaus-Kleve. In seinem Kreis herrsche allerdings der Eindruck vor, daß gerade die administrative Seite etwas überbetont werde. „Man muß schon einige Lust bewahren, und manches wird auch übersehen, das will ich ganz ehrlich sagen. Wir müssen uns oftmals bemühen bei den Hilfsorganisationen, weil man doch den Eindruck hat, es macht denen keine Freude mehr. Sie fühlen sich ohnehin im Stich gelassen. Auch wenn ich zugebe, daß eine ordnende Hand sein muß, es kann auch übertrieben werden.“

Die „finanziellen Vorgaben“? Vahlhaus-Kleve: „Äußerst schlecht.“ Von dem angestrebten Verhältnis 1:20 sei man weit entfernt. „Die Folge davon, um nur einen Bereich herauszugreifen, veraltete Fahrzeuge, veraltetes Gerät. Wenn man einen Wagen braucht, dann ist er in der Garage, und wenn man fragt: Weshalb ist der schon drei Monate bei euch?, dann sagt man uns: Ja, dann schafft ihr es mal, für den alten Borgward noch Ersatzteile zu beschaffen. Das hat zur Folge, daß die Einsatzkraft dieser Fahrzeuge, teilweise auch dieser Hilfsorganisation, nicht das ist, was man sich davon verspricht.“

Dr. Jacobs-Siegburg zur Grundsatzfrage 2: Es stehe ihm nicht zu, sich ein Urteil darüber zu erlauben, ob seine Kreisverwaltung ausreichend Vorsorge getroffen habe. Er wisse aber, daß der Rhein-Sieg-Kreis die Dinge mit Ernst betreibe. „Aber bisher hat es in meiner 25jährigen Tätigkeit bei der Stadt

Siegburg ein einziges Sandkastenspiel gegeben, und zwar ausgelöst durch die Erfahrungen der Waldbrände in Niedersachsen. Letztlich, glaube ich, kommt doch die Verantwortung wieder auf die Hauptverwaltungsbeamten zurück, mit Recht teilweise, und von daher hat man sich genötigt gesehen, mal eine theoretische Übung im Sandkasten durchzuspielen. Sie reicht für meine Begriffe nicht aus, nun das Zusammenspiel aller beteiligten Kräfte ausreichend sicherzustellen.

Für unseren Bereich haben wir uns bemüht, dasselbe nachzuvollziehen; aber ich muß gestehen, daß es uns in der gesamten Praxis erst einmal gelungen ist, eine große theoretische Übung durchzuführen unter Hinzuziehung aller beteiligten Kräfte, wo das Zusammenspiel aller eingesetzten Verbände und Organisationen einmal sichtbar werden sollte."

Grundsatzfrage Nr. 3: Wie beurteilen Sie aus Ihrer Sicht

- die Organisationsstruktur,
- die Ablaufstruktur,
- die Führungsstruktur?

Unter den Antworten auf diese Frage ist die von Rotberg-Freiburg hervorzuheben. Er umriss, was ihn bewegte, so ausführlich wie präzise und kritisch: „Die heutige Katastrophenschutzorganisation wird den Anforderungen in Katastrophenfällen nicht gerecht. Nahezu 10 Jahre Erfahrung mit dem Katastrophenschutzgesetz zeigen, daß der Bund und die Länder die gesteckten Ziele, nämlich den Aufbau eines leistungsfähigen Katastrophenschutzes gegenüber den Behörden sowie den Trägerorganisationen, nicht durchsetzen konnten. Ein ausreichender Schutz der Bevölkerung erscheint uns daher derzeit nicht gewährleistet. Es fehlt bei den Trägerorganisationen, die den Katastrophenhilfsdienst tragen, der entsprechende straffe organisatorische Aufbau.“

Ein wirksamer Katastrophenschutz ist mit freiwilligen Organisationen nur begrenzt möglich, es fehlen geschlossene, mobile Katastrophenschutzeinheiten für den überörtlichen Einsatz bei größeren Katastrophen, die größere Räume umfassen, wie wir es uns z.B. vorstellen könnten bei der Katastrophenschutzplanung für ein Kraftwerk.

Die gegenwärtigen Organisationsformen reichen im Einsatz nur im Rahmen für die Nachbarschaftshilfe aus. Wirksamer Katastrophenschutz wird behindert einmal durch unterschiedliche oder fehlende Katastrophenschutzgesetze in den Ländern und unterschiedliche Organisationsformen in den Trägerorganisationen. Der lange Instanzenweg mit einer verbürokratisierten Verwaltung, einer Vielfalt von Vorschriften, wird von den Trägerorganisationen weder bewältigt noch befolgt; dies ist einfach für die Trägerorganisationen unmöglich, da sie eine Fülle von anderen Aufgaben haben; es handelt sich ja in der Regel um eingetragene Vereine, die hier mitwirken.

Neben vielen Einzelerlassen, Gesetzen, sind zur Zeit ca. 20 Verwaltungsvorschriften und ca. 30 Stärke- und Ausstattungsnachweise zu befolgen. Leider fehlen aber bis heute noch größtenteils hierzu Musterausbildungspläne. Diese Flut von Vorschriften hemmt die Flexibilität der Katastrophenschutzeinheiten und der Trägerorganisationen.

Die Organisationen machen zwar von den Freistellungsmöglichkeiten vom Wehrdienst Gebrauch, sind aber nicht immer bereit, hieraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen; das heißt, die Aufstellung und die Ausbildung geschlossener Katastrophenschutzeinheiten durchzuführen. Es ist bisher nicht gelungen, die Katastrophenschutzorganisationsverwaltungsverfahren in den den Katastrophenschutz tragenden Verbänden durchzusetzen, nämlich auf dem Gebiet der

personellen Aufstellung, der Ausbildung und vor allen der Abrechnung.

Die Trennung des Katastrophenschutzdienstes in Verstärkungseinheiten, Ergänzungseinheiten, Einheiten für den Friedenskatastrophenschutz und Organisationsteile, die andere satzungsgemäße Aufgaben, je nach ihren Vereinen, in den Hilfsorganisationen zu erfüllen haben, ist einfach zu kompliziert, um hier Erfolg zu haben.

Die Katastrophenschutzausstattung ist veraltet. Ersatz für abschreibungsreifes Gerät wird kaum beschafft. Oft fehlen die in den Stärke- und Ausrüstungsnachweisungen vorgesehenen Spezialfahrzeuge und -geräte, soweit sie nicht unter beträchtlichen Opfern von den Organisationen eingebracht worden sind.

Das Beschaffungsprogramm des Bundesamtes für Zivilschutz zur Komplettierung und Ersatzbeschaffung konnte bisher nicht verwirklicht werden. Die Stärke- und Ausrüstungsnachweise bezeichnen einen Großteil der Ausstattung als F 1-Gerät, das vor Beginn der Ergänzung vorhanden sein muß, die sogenannte Ergänzungsquelle. Und F 2-Ausstattung, die nicht unbedingt vorhanden sein muß. Die Stärke- und Ausrüstungsnachweise setzen die Beschaffung der mit F 1 und F 2 bezeichneten Ausstattung der Helfer auf Kosten der Trägerorganisationen voraus, wozu diese oftmals gar nicht in der Lage sind. Weiteres wichtiges Gerät soll erst im Verteidigungsfall beordert werden.

Es steht infolgedessen weder zu Ausbildungszwecken noch für Katastropheneinsätze im Frieden zur Verfügung.

Das Weißbuch der zivilen Verteidigung strebt ein angemessenes Verhältnis der Ausgaben der Zivilverteidigung zur äußeren Verteidigung von 1 zu 20 an. Zur Zeit ist das Verhältnis, wenn ich das richtig sehe, 1 zu 60 und die Tendenz ist allgemein abfallend. Es muß angestrebt werden und erscheint auch realisierbar, die zivile Verteidigung in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes und der Länder und durch Mit ausschöpfung der Investitionsprogramme wieder auf den Stand von 1970 zu bringen, damals war das Verhältnis 1 zu 44. Hierbei sollten die notwendigen Beschaffungsprogramme für den Katastrophenschutz und den Schutzraumbau Vorrang haben.

Die Aufgaben der Zentralwerkstätten könnten zu vernünftigen Einsparungen auf die Instandsetzungsstufe 3 sowie die Überwachung der Geräte und Fahrzeuge in den Standorten beschränkt werden. Die Durchführung der Instandsetzungsarbeit auf dem zivilen Sektor sollte überprüft werden. Weite, zeitraubende und kostspielige Überlandfahrten könnten so eingespart werden und die Fahrzeuge schneller wieder dem möglichen Einsatz und der Ausbildung zugeführt werden.

Monatelange Instandsetzungszeiten könnten so sicherlich auf Wochen zusammenschrumpfen.

Die Zuständigkeiten der Stadt- und Landkreise dürfen nicht durch Einzelanweisungen in neuen Regelungen beschnitten werden. Die Hauptverwaltungsbeamten müssen die Gesamtverantwortung auch weiterhin tragen, die Aufsicht führen und die Koordination des friedensmäßigen Katastrophenschutzes und des Katastrophenschutzes im Verteidigungsfall garantieren.

Der Katastrophenschutz muß im Bereich der Sicherheit und Ordnung der Kreispolizeibehörde als der verantwortlichen Stelle der Katastrophenschutzbehörde verbleiben. Sicherlich könnten die privaten freiwilligen Organisationen je nach ihrer örtlichen Leistungsmöglichkeit und ihrer Bereitschaft, nämlich wenn sie die besondere Eignung zugesprochen bekommen können, mehr Verantwortung übernehmen. Inwieweit dies aber möglich ist, kann nur örtlich durch den zuständigen Hauptverwaltungsbeamten beurteilt und entschieden werden.

Man sollte hier dem Hauptverwaltungsbeamten seine bisherige Entscheidungsfreiheit belassen.

Zur Verwaltungsvereinfachung müssen die vielen für den Katastrophenschutz erlassenen Dienstvorschriften durchforstet und abgebaut werden, da sie unten kaum gelesen und befolgt werden. Das ist einfach eine Überforderung dieser Einheiten, das ist gar nicht praktisch durchzuführen, daß auf all diese Dinge Rücksicht genommen wird. Die Flut von Einzelregelungen muß durch Rahmenregelungen ersetzt werden. Dienstvorschriften, die für Führung und Ausbildung dringend notwendig sind, fehlen heute leider noch immer."

Dr. Heinen-Westerwaldkreis mochte sich der herben Kritik des Freiburgers von Rotberg nicht anschließen. Die mehr theoretische Organisationsstruktur sei, so wie sie sein solle, im Modell sicherlich befriedigend. „Ob sie in der Praxis tatsächlich funktioniert, ist für meine Begriffe lediglich eine Frage der Einübung. So wie sie konzipiert ist, ist sie gut. Ich bin insbesondere der Meinung, daß die im Katastrophenschutzgesetz vorgesehene Organisation mit dem Beraterstab der Hauptverwaltungsbeamten sehr zweckmäßig ist. Auch die Herausgabe und Ablichtung des Katastrophenschutzkalenders ist sicherlich zweckmäßig, und man kann vielleicht sagen, in einigen Gebieten sogar vorbildlich. Dasselbe gilt für die Ablaufstruktur und für die Führungsstruktur."

Grundsatzfrage Nr. 4: Welche Hilfsmittel bzw. Hilfsorganisationen stehen Ihnen zur Verfügung? Wie beurteilen Sie den Einsatzwert der Einheiten und Einrichtungen? Wie ist das Verhältnis der Verwaltung a) zu den Hilfsorganisationen, b) zu den zuständigen militärischen Stellen? Welchen Stellenwert hat die Zivilverteidigung in der Verwaltungsarbeit? Wie spielt sich die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) ab?

Die Antworten auf die Grundsatzfrage Nr. 4, die sich als ein wahrer Fragenkatalog entpuppte, der eigentlich eher ein neues Weißbuch erfordert hätte, um ihm gerecht zu werden, fielen außerordentlich ausführlich aus. Unmöglich, sie an dieser Stelle so umfassend zu zitieren, wie es notwendig wäre. Es sei deshalb versucht, lediglich auf einige wichtige Punkte einzugehen.

Zunächst *Meyer-Würzburg*: „Dem Regierungspräsidium stehen überhaupt keine Einsatzeinheiten oder Hilfsmittel unmittelbar zur Verfügung. Wir haben die friedensmäßig bestehenden, teilweise im Vollzug des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes verstärkten und ergänzten Einheiten des Brand- und Katastrophenschutzes, die Feuerwehren, die vier Sanitätseinheiten, THW, Regieeinheiten usw., ABC-Dienst, Fernmeldedienst, Betreuungsdienst, aber die sind alle nicht uns zugeordnet, sondern den Kreisverwaltungsbehörden.

An Einrichtungen stehen die Sprechfunkausstattung der Kreisverwaltungsbehörden zur Verfügung, dann haben wir für die sanitäre Betreuung ein Sanitätsmittellager im Regierungsbezirk; wir haben auch ein Hilfskrankenhaus, allerdings nur den operativen Trakt geschützt, der Betten trakt wäre schon wieder nicht geschützt! Wir sollen bekommen und es soll ausgebaut werden: die Funkmeldeausstattung. Da tut sich allmählich was, auch auf der Ebene des Regierungspräsidiums. Dann natürlich können wir auf die Landespolizei und sonstige Behörden zurückgreifen, eine Katastrophenzentralwerkstatt steht zur Verfügung, bei uns hat der Regierungsbezirk allein eine solche, eine Bundesdienststelle. Andere Regierungsbezirke müssen sich zu zweit teilen in solch eine Werkstatt.

ZV kontrovers

Im großen und ganzen sind die fast ausschließlich aus ehrenamtlichen Helfern bestehenden Hilfsorganisationen bereit und auch befähigt, ihre vermehrten und besonderen Aufgaben in einem vorwiegend konventionellen Verteidigungsfall wahrzunehmen. Hierzu bedarf es aber noch einer zusätzlichen Sachausstattung, die natürlich vom Bund her zu tragen wäre und auch auf dem entsprechenden Stand gehalten werden müßte. Und auch personell dürfte eine wesentliche Aufstockung über den derzeitigen Sollstand hinaus erforderlich sein, einschließlich einer Reserveplanung.

Bei einer personellen Einsatzfähigkeit von erfahrungsgemäß 2/3 bis 3/4 des derzeitigen Sollstandes, das ist bei uns auch der Iststand, reicht der derzeitige Helferbestand nicht aus für eine länger andauernde Einsatzbereitschaft, insbesondere auch nicht rund um die Uhr.

Das Verhältnis zu den Hilfsorganisationen wie auch zu den Stellen der Territorialverteidigung, also VBK und VKK, ist gut. Wir haben übrigens, das ist zu bedauern, in Unterfranken nur ein einziges Verteidigungskreiskommando. Die überwiegende Mehrzahl unserer Landkreise und kreisfreien Städte ist insoweit nicht versorgt, hat keinen Ansprechpartner auf Kreisebene.

Zusammenspiel und die Koordination zwischen militärischer und ziviler Führung – dazu möchte ich meinen, daß da auf viel höherer Ebene noch sehr viel verbesserungsbedürftig ist. Wenn irgendwie die Bundeswehr oder auch das Verteidigungsbezirkskommando oder gar die Amerikaner etwas Besonderes machen wollen, dann geht das, wenn nicht gerade über Bonn oder über Washington, auf jeden Fall mindestens zum Korps, oder nach München, das ist sehr, sehr schwierig. Was also von uns nicht unmittelbar geregelt werden kann, findet ganz bestimmt erst nach Kriegsende statt.

Stellenwert der Zivilverteidigung in der Verwaltung: Darüber sprach ich schon; es ist ein verschwindend geringer Stellenwert. Eigentlich habe ich nur zwei kommunale Einheiten, das ist die Stadt Schweinfurt und der Landkreis Main/Spessart, die eigentlich mehr tun, als ihnen gemeinhin abverlangt wird, bei allen anderen tut sich herzlich wenig.

Dieser geringe Stellenwert liegt mit Sicherheit darin begründet, daß gerade auch von der politischen Seite, vom Bund her, nicht die nötige Aufmerksamkeit erfolgt, und daß eben nicht genügend auf diese Dinge hingewiesen wird. Und das hat zur Folge, daß dieser Aufgabenbereich in der Verwaltung natürlich ein Schattendasein führt."

Auch zur Grundsatzfrage 4 hatte von *Rotberg-Freiburg* eine präzise Antwort parat: „Der Einsatzwert der Einheiten und Einrichtungen ist ungenügend und äußert begrenzt. Es fehlen vor allem personelle Ausstattungsgegenstände sowie Fahrzeuge und Gerät. Alle Hilfsorganisationen sind durch Berater im Stab des Hauptverwaltungsbeamten, soweit es unseren Landkreis betrifft, vertreten. Sie sind bereits vor drei Jahren durch den Landrat bestellt und formell berufen worden. Im allgemeinen finden im Landkreis alle 6 bis 8 Wochen Besprechungen in diesem Beraterstab statt, bei denen alle anstehenden Probleme und Organisationen besprochen werden. Das zuständige Verteidigungskreiskommando nimmt grundsätzlich an allen Besprechungen im Landratsamt teil, und umgekehrt nimmt das Landratsamt bei entsprechenden Besprechungen beim Verteidigungskreiskommando teil. Der Stellenwert der Zivilverteidigung entspricht den allgemeinen Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes. Das heißt konkret: Er wird, meine ich, in diesem Amt ernst genommen und auch mit dem entsprechenden Schwung betrieben."

Dr. Steigerwald-Kreis Rhön/Grabfeld: „Das THW ist nach meiner Auffassung die am ehesten organisierte und intakte Organisation. Die übrigen Organisationen, die sich hier noch mit einzuschalten hätten, sind personell und was die Ausstattung betrifft nicht auf dem laufenden; sie entsprechen nicht dem, was erwartet werden könnte. Beim THW ist sowohl der Instandsetzungszug vorhanden, die Instandsetzungstruppen, Bergungszug, Verpflegungstrupp, Materialerhaltungstrupp.

Am Landratsamt selbst haben wir beim Hauptverwaltungsbeamten eine Fernmeldezentrale, die voll besetzt ist, die auch, und das muß ich auch sagen, voll funktionsfähig arbeitet. Die sachliche Ausstattung entspricht dem, was gefordert wird; der Stab beim Hauptverwaltungsbeamten ist besetzt und kann im Ernstfall nach unserer Auffassung auch arbeiten. Brandschutz – die Einheiten der Feuerwehren sind entsprechend dem Stellenwert, den die Feuerwehr in Bayern besitzt, durchaus in der Lage, im V-Fall ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Hilfsorganisationen wie BRK und MHD: Ich bin selbst Vorsitzender eines Kreisverbandes des Bayerischen Roten Kreuzes; wir hätten nach Plan 4 Sanitätseinheiten zu stellen, es steht derzeit keine; weil die Bevölkerung und auch diese Organisationen, das gilt ähnlich für den MHD, diesen Fragen nicht die notwendige Bedeutung beimessen. Die Sachausstattung beim Roten Kreuz, aber auch beim MHD, ist weit hinter dem zurück, was an sich gefordert werden müßte. Wir bekommen gerade die Ausstattung zustande, die für den zivilen Katastrophenschutz notwendig erscheint, für den Rettungsdienst notwendig ist, ansonsten ist nichts vorhanden. Wenn darüber hinaus versucht wird, durch den K-Beauftragten im Kreisverband etwas in bezug auf erweiterten Katastrophenschutz auf die Beine zu stellen, dann geschieht das mit ausgemustertem Material vom Bundesgrenzschutz. Hier werden also 18 Jahre alte Fahrzeuge noch einmal regeneriert; ob es ein Küchenwagen ist, ob es ein Pritschenwagen ist, der im Ernstfall Material befördern könnte; es fehlt auch an den notwendigen Medikamenten bzw. an der Ausstattung mit Verbandmaterial. Wenn ich daran denke, daß in jeder Gemeinde ein Verbanddepot vorhanden ist, wenn ich aber dann den Zustand dieser Verbandkästen und Verbandkoffer sehe – wir haben das konkret vor kurzem gemacht – dann muß man sagen, daß hier doch Verhältnisse bestehen, die in einem wirtschaftlich trotz allem fluktuierenden Staat natürlich nicht angemessen sind.

Das Verhältnis der Verwaltung zu den Hilfsorganisationen ist an sich gut. Aus meinem Beispiel sehen Sie ja, daß der Hauptverwaltungsbeamte gleichzeitig Vorsitzender des Roten Kreuzes ist; das gibt es in Unterfranken in anderen Landkreisen in ähnlicher Form, oder aber es sind Bedienstete des Landkreises, die Vorsitzende vom Roten Kreuz sind oder vom MHD. Beispielsweise Chefärzte, die ja angestellt oder beamtet bei einer Kreisverwaltungsbehörde sind. Zu den militärischen Stellen, soweit sie vorhanden sind, VBK in jedem Falle, allerdings ist der Kontakt zu sporadisch, nachdem für uns die Entfernung 85 km zum Sitz des VBK beträgt. Das VKK ist nicht vorhanden.

Der Stellenwert der Zivilverteidigung in der Verwaltungsarbeit: Aufgrund der finanziellen Situation unseres Landkreises, aber auch der meisten anderen Landkreise in Bayern, hat natürlich die Zivilverteidigung einen geringen Stellenwert. Die Beschlußgremien würden kaum dazu zu bewegen sein, finanzielle Mittel in den Etat einzustellen, wenn andere Aufgaben der Daseinsvorsorge noch nicht in befriedigender Weise gelöst sind, wenn also hier die Prioritäten noch anders gelagert sind.

Fortsetzung auf Seite 67

Geiseln

Wolfram
von Raven
definiert
einen
strapazierten
Begriff

für den

Frieden?

Johannes Hammer von der Bürgerinitiative Selbstschutz vor dem Atomtod hat am 15. Juni in Viernheim eine Deutsche Schutzbaugemeinschaft gegründet. Auch wer sich nicht in allen Punkten mit ihm identifiziert, muß dem guten „Bunker“-Menschen von Viernheim Respekt zollen. Er wirbelt, daß es eine Lust ist, zuzusehen. Und er faszinierte damit unter anderem Dr. Dregger (MdB). Der kabelte: „Die Gründung der Deutschen Schutzbaugemeinschaft ist Antwort und Herausforderung zugleich. Antwort darauf, daß die Bevölkerung nicht bereit ist, sich mit der ihr zugedachten Geiselrolle abzufinden.“ Donnerwetter! Haben die bösen Sozialliberalen unserer Bevölkerung etwa eine Geiselrolle zugedacht? Wenn ja, welchem glücklichen Umstand haben wir es zu verdanken, daß die an si-

cherheitspolitischen Fragen nicht immer sonderlich interessierte Bevölkerung dahinterkam und – mehr noch – sich zu einer Art Widerstand aufraffte? Konkret gefragt: Was ist denn eine Geiselrolle überhaupt? In einschlägigen Diskussionen häufig unter der Flagge „Ich bin der Weisheit letzter Schluß“ auf falschen Pfaden anzutreffen, macht sie sich in der „strategischen Weltliteratur“ ausgesprochen rar. Nun kann man sich nach einem alten Schülerwitz „an allem gewöhnen, auch am Dativ“, nur daran nicht, daß eindeutige Begriffe wahllos in Argumentationslücken gestopft werden. Wir haben deshalb Wolfram von Raven, dessen Urteil Kenner schätzen, gebeten, die Geiselrolle so zu beschreiben, wie sie einzig und allein gesehen werden muß.



Definition

Mehr als Stiefkind der Sicherheitspolitik geboren, leidet die Zivilverteidigung unseres Landes nicht nur seit eh und je an finanzieller Unterernährung, die sie weder leben noch sterben läßt; sie ist auch von einer gleichsam ideologischen Krankheit befallen, die sich aus europäischen Mißverständnissen amerikanischer Vorstellungen entwickelt und ausgebreitet hat. Denn der Widerstand, der sich zumal gegen den Schutzbau richtet, wird seit einer geraumen Weile von einigen Denkschulen der Friedensforschung mit der These begründet, daß es — um der Kriegsverhinderung willen — gelte, die Bevölkerung ungeschützt sozusagen in einer Geiselrolle zu halten, um dem Gegner, der sich ansonsten vielleicht zu einem Präventivangriff gereizt fühlen würde, quasi ein lebendiges Faustpfand zu bieten.

Diese Idee, die zunächst ohnehin ziemlich absurd klingen mag, resultiert aus einer durchaus logischen Überlegung, die sich allerdings ausschließlich auf das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bezieht, also allein von der Tatsache ausgeht, daß sich die beiden Supermächte wohl mit Kernwaffen auf lebensgefährdende Weise bedrohen, aber mit Streitkräften klassischen Charakters nicht umzubringen vermögen. Nicht daher aus der Furcht vor dem konventionellen Kampf, der ihre Sanktuarien ja nicht berühren würde, sondern aus der Angst vor dem atomaren Schlag, der ihre Länder verwüsten und ihre Völker vernichten dürfte, bildeten die USA und die UdSSR ihre Potentiale zu einem „Gleichgewicht des Schreckens“ aus, dessen Wirksamkeit mit der schlichten Formel „Wer als erster schießt, stirbt als zweiter!“ in einprägsamer Deutlichkeit erklärbar erscheint.

Es kommt mithin für Washington wie für Moskau auf die Fähigkeit an, noch im Sterben zu töten, verlangt von beiden jedoch ebenso den Verzicht auf das Vermögen, töten zu können, ohne hernach sterben zu müssen. Die Amerikaner wie die Sowjets brauchen demgemäß unverwundbare Vergeltungswaffen, damit sowohl die eine als auch die andere Seite in der Lage ist, den „ersten Schlag“, der ihr Gebiet getroffen hat, durch einen „zweiten Schlag“ auf das Terrain des Gegners heimzuzahlen. Nach den Erfordernissen dieses

Systems, das der beiderseitigen Sicherheit dient, sind die zwei Supermächte darüber hinaus gezwungen, ihre Wohnzentren verwundbar zu lassen, weil sonst der „zweite Schlag“ nicht befürchtet werden müßte, der „erste Schlag“ folglich gewagt werden könnte. Beide Seiten haben nach den Gesetzen der Logik ihre Nationen als Geiseln zu stellen, die als Garanten gegen den Krieg den Frieden verbürgen.

Da manche Maßnahmen, die scheinbar lediglich der Defensive - ob in der aktiven Luftabwehr oder im passiven Luftschutz - gelten, in der reinen Atomstrategie der USA und der UdSSR die Offensive begünstigen, mußten die Amerikaner den Aufbau eines Raketen-

Auf das Verhältnis USA - UdSSR gemünzt:

„Wir leben heutzutage in einer gemeinsamen Welt voller Geiseln, welche die Gewähr bieten sollen, daß die Reaktion auf einen Angriff schnell und schrecklich wäre. Gäbe es diese Geiseln auf beiden Seiten nicht oder wären sie gegen einen nuklearen Gegenschlag besser geschützt, dann würde die ganze Konstruktion der Abschreckung zusammenbrechen.“ Ian Smart

Abwehr-Systems der Sowjets zu verhindern versuchen. Sie konnten den Vertrag von 1972, der derartige Rüstungen auf eine marginale Möglichkeit beschränkt, indessen nur dadurch erreichen, daß sie mit dem amerikanischen „Safegard“-Projekt die Sinnlosigkeit des sowjetischen „Galosh“-Vorhabens demonstrierten. Ebenso hätten die Vereinigten Staaten das Reglement ihrer Balance-Konzeption gefährdet gesehen, wenn Informationen, wonach die Sowjetunion ihren Bevölkerungsschutz zu beträchtlicher Dimension erweiterte, schon bestätigt worden wären.

Noch ist dennoch unsicher, ob sich Moskau zu Washingtons Doktrin bekehrt hat, ob es also auf die SALT-Offerte eingeht, den Zustand der gegenseitigen Lähmung zur beiderseitigen Sicherheit dauerhaft zu stabilisieren. In der Sprache der Verhaltensforschung beschrieben, geht es dabei um eine Kombination von Drohgeste und Demutsgebärde, anders ausgedrückt: um ein Ritual, das darin besteht, daß jeder dem anderen die Verteidigungsfähigkeit und die Angriffsunfähigkeit signalisiert.

Die multinationale Strategie der NATO, die unseren Kontinent sichern soll, bleibt im Positiven wie im Negativen zwar abhängig von der nationalen Strategie der USA gegenüber der UdSSR, ist mit ihr aber nicht identisch, sondern hat eigene Bedingungen. Im Gegensatz zu Amerika wird Europa nicht bloß atomar, sondern auch konventionell bedroht, ohne das Vermögen zu besitzen, die Drohung mit einer Gegendrohung zu neutralisieren. Das Bündnis kann auf die atomare Deckung der transatlantischen Bundesgenossen nicht verzichten, muß im Rahmen des Konzepts der „flexible response“ indessen zugleich in hinlänglichem Maße mit konventioneller Kraft aufwarten. Während die Angriffsunfähigkeit des Paktes durch die Disparität der Kapazitäten von Ost und West außer Zweifel steht, bedarf seine Verteidigungsfähigkeit stets des Beweises.

Die westliche Abschreckung, die gegen den östlichen Versuch der Einschüchterung gesetzt wird, verlangt die Glaubwürdigkeit eines unkalkulierbaren Risikos der atomaren Eskalation ebenso wie die Glaubwürdigkeit einer kalkulierbaren Chance des konventionellen Kampfes. Nach Helmut Schmidts treffender Bemerkung soll der Soldat kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen. Kann er aber kämpfen, wenn ihn zwar seine materielle Ausstattung dazu tauglich macht, seine moralische Bereitschaft aber beeinträchtigt wird, weil die Frage nach dem Schutz seiner Familie gegen die Wirkung herkömmlicher Waffen ohne Antwort bleiben muß? Der Mangel an ziviler Verteidigung - wie auch ein Defizit an militärischen Mitteln - bedeutet eine Einladung zum Angriff, der besonders die Bundesrepublik treffen würde, da sie geographisch am östlichen Rand des westlichen Territoriums liegt, politisch den Schwerpunkt des Konfliktfeldes bildet, wirtschaftlich die Kernregion unseres Erdteils ausmacht.

Die amerikanische Theorie, die den Bürgern die Funktion von Geiseln zuteilt, erweist sich - obwohl sie für die strategischen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR stimmt - als ein bedenklicher Irrtum, wenn sie auf die europäische Praxis übertragen wird. Von ihren Verfechtern wohl ehrlich gemeint, allerdings meist überaus fanatisch vorgetragen, wurde sie längst zum bequemen Vorwand der Untätigkeit.



**Das Ungleichgewicht
Ost/West wächst ➔**

Gesamtverteidigung

Bericht von Heinz Peter Ptak

Diplom-Volkswirt und Brigadegeneral a. D.

Personalveränderungen in den Spitzenstellen der Verteidigung bewirken auch Unterbrechung, Verlangsamung oder gar Aufgabe von erarbeiteten Auffassungen und Plänen oder deren Abänderung; — so jedenfalls versteht hierzulande der Staatsbürger als Nachrichtenkonsument oftmals die nach solchen Neuernennungen fälligen Erklärungen und Kommentare hoher Mandatsträger. Bis zu einem gewissen Grade stimmt dieses Bild mit den entstandenen Vorgängen tatsächlich überein. Dieses sowohl im Warschauer Paktbereich als auch innerhalb der Verteidigungsallianz NATO.

Allerdings trifft dieses Urteil für den WP eben nur sehr bedingt zu, weil dort die Handhabung im Sicherheitsbereich viel leichter ist. Dort gibt es so gut wie keine Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des zivilen Konsums. Erste Priorität behalten stets die lange festgelegten Ziele der sowjetischen Sicherheitspolitik und die zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Schritte. Alle anderen Staatsressorts richten sich danach aus.

Ein weiterer Vorteil des Warschauer Pakts liegt in seinen zentralistisch strukturierten politischen und militärischen Führungssystemen. Moskauer Führungsdenken sowie die daraus resultierenden Entschlußfassungen und Maßnahmen dominieren glasklar im russischen Imperium. Eigene Meinungen eines WP-Mitglieds können gehört, vielleicht auch berücksichtigt werden, ausschlaggebend bleibt aber stets die „Große Zentrale Moskau“.

Personelle Neubesetzungen in den Spitzenfunktionen des WP bewirken daher bestenfalls Akzentverschiebungen in Sekundärbereichen. Hingegen bleiben Pflege und Ausbildung der offensiven Elemente ÜBERRASCHUNG sowie ANGRIFF als tragende Grundlagen des politischen und militärischen Führungsdenkens von Personalwechseln stets unberührt. Auch die allmählich nachrückenden Angehörigen der jüngeren Generation, die nicht mehr Kriegserfahrungen besitzen, haben an den offensiven Grundlagen des Sicherheitskonzepts der UdSSR bislang nichts geändert. Viel-

mehr läßt sich feststellen, daß gerade Verantwortungshalter jener „neuen Generation“ sich mit ganz besonderem Elan für die Verwirklichung der zugewiesenen Aufgaben einsetzen.

Eine durchaus verständliche Entwicklung, wenn man die seit drei Generationen andauernde Erziehung der Sowjetmenschen mit den beachtlichen Erfolgen der großrussischen Anstrengungen in allen Lebensbereichen in Beziehung setzt.

Das in der UdSSR geschaffene, in den letzten Jahrzehnten vielfältig weiterentwickelte und verfeinerte System von Privilegien bietet persönlichem Streben interessanten Anreiz und sicher auch Befriedigung. Verbesserung des Vorhandenen, höhere Effizienz von Strukturen und Mitteln zu erreichen — und dies nicht nur im Bereich der Sicherheit — und für die dabei erzielten Leistungen sodann Anerkennung sowie Privilegien zu erhalten, hat Menschen zu allen Zeiten gereizt. Und dies gilt nicht nur für das Groß-Russische Imperium.

Daraus wird auch verständlich, daß z. B. das bestehende besondere russische Ministerium für Zivilverteidigung mit seinen 72 000 Mitarbeitern seinen Teil des Strategischen Gesamtkonzepts der UdSSR mit Hochdruck voranbringt. Generaloberst Altun als Leiter des „Überlebensprogramms“ der UdSSR erhielt seit dem SALT-Abkommen mit den USA von 1972 erheblich mehr Gelder zur Durchführung seiner Aufgaben zur Verfügung gestellt. Fehlleistungen sowie Mängel blieben nicht aus beim Bau des Netzes atomsicherer Anlagen für Bevölkerung, Produktion und Bevorratung, bei Evakuierungsplänen und Übungen. Trotzdem wächst die Effizienz der Zivilverteidigung als Teilstück des Großrussischen Strategischen Gesamtkonzepts zu einer Stärke auf, die unübersehbar das nicht mehr zwischen Ost und West vorhandene Kräftegleichgewicht im Bereich strategischer Mittel und Möglichkeiten weiterhin zu Ungunsten des Westens verändert.

Dieses schon lange in der UdSSR vorhandene Strategische Gesamtkonzept funktioniert aber auch in den nicht-

militärischen Bereichen. Seine Durchführung muß als von Personalwechseln unabhängig bewertet werden.

Im NATO-Raum sieht die Situation demgegenüber schon strukturell erheblich anders aus. In der deutschen Öffentlichkeit erscheinen seit einiger Zeit Forderungen zur Formulierung einer „Gesamtverteidigung“, die streckenweise Verwirrung bewirken. Obwohl seitens der NATO seit langen Jahren hier ein sehr klar entwickeltes Konzept besteht, mag der Eindruck entstehen, daß selbst diese Grundlage fehlt und daher z. B. die deutsche Seite schleunigst eine eigenständige „Gesamtverteidigung“ zu entwickeln hätte.

Die Zeitschrift ZIVILVERTEIDIGUNG hat diesen zweifellos wichtigen Fragen breiten Raum eingeräumt. Neben manchen nicht zutreffenden, wenig klaren Beschreibungen brachten einschlägige Berichte (in den Heften 4/77 und 1/78) zahlreiche gute, auch leider zutreffende Feststellungen hinsichtlich der vielen Schwachstellen in diesem Bereich. Eine Zerpflückung dieser Darstellungen sowie eine Kommentierung der Einzelheiten wäre reizvoll, sie soll hier aber nicht erfolgen.

Sinnvoll und wichtiger erscheint jedoch eine Beschäftigung mit einigen Grundsatzzproblemen und deren richtige Beleuchtung bzw. Interpretierung. Dazu wird eine Behandlung von einigen Besonderheiten beige-steuert, weil diese bislang weniger erkannt sind und weil deren Stellenwert im Rahmen der NATO laufend wächst.

Dieses Vorgehen empfiehlt sich außerdem auch im Hinblick auf den neuen Verteidigungsminister auf der Hardthöhe. Aus seinen ersten, Überraschung hervorgerufenen impulsiven Erklärungen mit den nachgefolgten Änderungen war zu schließen, daß die so eminent wichtige *Umstrukturierung der Bundeswehr in verschiedenen Bereichen* in andere als die von den politischen und militärischen Fachleuten zunächst für erforderlich erachtete Richtungen laufen würde. Zwischenzeitlich dürfte das Gewicht der Tatsachen allerdings manche Re-Justierung bei der Bewertung von Notwendigkeiten und Möglichkeiten bewirkt haben. Mit anderen Worten: Das entstandene Kräfte-Ungleichgewicht zwischen Ost und West griff inzwischen in halb-militärische oder zivile Bereiche über, die teilweise nur

schwer erfaßbar sind, weil Zahlenvergleiche nicht gelingen oder in nur unzureichender Form erfolgen können. Trotzdem aber will die freie Welt ihrer postulierten Zielvorstellung *Fortführung der Entspannungspolitik auf der Grundlage eines wiederherzustellenden Kräftegleichgewichts zwischen NATO und WP* weiterhin folgen. Bei der Umsetzung dieses Ergebnisses des Washingtoner NATO-Gipfels 1978 wäre nun bedeutend mehr fällig als etwa „nur“ der Ausgleich des seit Jahren bestehenden Mißverhältnisses im konventionellen Bereich der Blöcke.

Tatsächlich ist das strategische Gesamtkonzept der NATO einem zunehmenden Druck aus Bereichen ausgesetzt, die in den Augen mancher Politiker leider einen oft nur sekundären oder noch geringeren Stellenwert zu haben scheinen.

Im Verlaufe dieses Aufsatzes werden daher **d r e i** besonders wichtige Bereiche herausgestellt, behandelt und als Leitschienen zur zusätzlichen Einführung in die zu modifizierenden Grundlagen eines Konzepts der Gesamtverteidigung angeboten.

Natürlich wird die in den einzelnen NATO-Ländern nach den letzten Gipfelentscheidungen nun fällige Änderung oder Neufestlegung der „Gesamtverteidigungsmaßnahmen“ — im Sinne einer annähernden Wiederherstellung des Kräftegleichgewichts Ost/West — erheblich von den eingetretenen Entwicklungen in nicht rein militärischen Sektoren berührt. Hier soll daran erinnert werden, daß alle deutschen Bundesregierungen die Grundforderung der „Gesamtverteidigung“ — daß nämlich die militärische und die zivile Verteidigung als ein Ganzes anzusehen sind — anerkannt haben (siehe NATO-MC 36/2 revised).

Nachdem die allgemein sichtbare, rein militärische Säule des deutschen Teilstücks des strategischen NATO-Konzepts während der vergangenen zwei Jahrzehnte in effektiver Weise gestaltet wurde, **muß nun die zivile Verteidigung als die andere Säule mit Nachdruck ausgebaut werden.** Folgt man der Bundestagsdrucksache BT V/3683, so hätte der 1968 beschlossene Planungsstand der deutschen Zivilverteidigung schon 1972 erreicht werden müssen. Wie aber sieht die Wirk-

lichkeit aus? Leider treffen viele Feststellungen von Rüdiger MONIAC über die Schwachstellen in unserer Zivilverteidigung zu. Auch das beachtliche Engagement von MENKE-GLÜCKERT mit den erzielten „kleinen Vorwärtsschritten“ vermochte im Grundsätzlichen nur wenig zu bewirken.

Zivilverteidigung als Bestandteil von Gesamtverteidigungsmaßnahmen erzwingt einen überragenden Stellenwert und Priorität, wenn man die folgende Untersuchung mit der Gewichtung der Tatbestände pragmatisch-kritisch prüft.

Lästige Wahrheiten — OKEAN 75 — globale Machtverschiebung

Die vielschichtigen und vielfältigen Probleme im Kräfteverhältnis Ost/West werden von der deutschen Öffentlichkeit mit einer anscheinend zunehmenden Gelassenheit zur Kenntnis genommen. Gelegentliche, von Publizisten oder von verantwortungsbeladenen zivilen oder militärischen Regierungs- oder NATO-Persönlichkeiten gebrachte einschlägige Darstellungen werden oft rasch verdrängt durch vordergründige andere Probleme, wie dies zum Beispiel Sorgen im nationalen Rahmen oder Gruppeninteressen sind, die, leichter faßbar, die persönliche Sphäre des einzelnen spürbar tangieren. Eine gewisse Gewöhnung an die entstandenen Verhältnisse im konkurrierenden Bemühen der großen Kräftegruppen dieser Erde ist zwar unerlässlich, auch nötig, sie mündet aber leicht in das gefährvolle „Laufenlassen“ der Dinge ein. Hier kommt hinzu, daß „man“, wir — die Gesellschaft also —, die oft nicht leicht durchschaubaren Varianten des globalen Konkurrenzkampfes der Gesellschaftssysteme unserer Erde meist bereitwillig den damit befaßten Stellen überläßt. Individuelle, auch egoistische Gruppeninteressen dominieren im überschaubaren Lebensbereich, was ein menschlich verständlicher Vorgang ist.

Dank NATO und EG haben die Bürger des demokratischen Teils der Erde — im ganzen gesehen — gute Jahrzehnte einer stetigen, nach vorne und oben gewachsenen Entwicklung hinter sich. Aus der entstandenen Gewohnheit heraus meint das uns innewohnende Wunschdenken nun, daß es mit dieser

Entwicklung „schon so weiter gehen wird“. Die Schwankungen um das Wachsen des Bruttosozialprodukts, Inflationsrate und Einkommen, Urlaubsplanungen etc. füllen das Denken so aus, daß alle sonstigen, nämlich die wirklichen globalen, aber elementaren Unsicherheiten unseres Daseins, einfach verdrängt werden.

Die lästigen Wahrheiten über eingetretene schwerwiegende Veränderungen auf unserem Globus erhalten so leicht das Etikett von Unkenrufen von Politikern und Offizieren, insbesondere dann, wenn es um die Neufestlegung der jeweiligen Finanzhaushalte in den einzelnen NATO-Ländern geht. Dabei liegen im Westen beinahe die letzten Einzelheiten zur Sicherheitspolitik offen. Wer will, vermag sich umfassend über die Verwendung der anfallenden Steuergelder zu informieren.

Der WP hingegen schottet sich ab; dort wird Einsichtnahme nur für Einzelheiten oder Teilbereiche gewährt, wenn dies in das „Gesamtspiel“ paßt. Tatsächlich nämlich werden die schon seit drei Jahrzehnten in der UdSSR und im WP getätigten Anstrengungen zur Erreichung von Kräfteverschiebungen auf unserer Erde Stück um Stück systematisch weitergeführt. Die Erfolge jener Großrussischen Politik — fälschlicherweise noch immer als Kommunistische Politik bezeichnet — sind inzwischen in vielen Bereichen und Räumen der Erde sichtbar.

Besonders während der letzten drei Jahre fehlte es nicht an massiven Warnungen und Hinweisen aus dem Munde verantwortlicher Spitzenführer der freien demokratischen Kräfte. Gerade in den USA, wo besonders unter sogenannten Intellektuellen und Publizisten gern eine bewußt verständnisvolle, konziliante, ja entgegenkommende Haltung zur UdSSR eingenommen wurde, wandelte sich die Einstellung ab 1975 grundsätzlich. Was war geschehen?

Die epochale russische Großübung „OKEAN 1975“, als erstes Manöver überhaupt gleichzeitig in fünf Weltmeeren durchgeführt, in Kombination von Seestreitkräften mit Luftwaffen- und Weltraumkampfmitteln sowie mit einer nie zuvor gesehenen Machtkonzentration russischer Kampfmittel vor den Küsten der USA, beeindruckte die Nordamerikaner zutiefst. Vielen wurde

Gesamtverteidigung

schlagartig klar, welche gewaltige Leistung die Russen für diese Machtentfaltung aufzubringen hatten. Die im Rahmen der Übung OKEAN von den Russen geübten simulierten Atomwaffenangriffe auf die USA, aus verschiedenen Dimensionen, bewirkten ein weiteres. Ein regelrechter Schock entstand in vielen Kreisen. Der stolze Ausspruch des Oberbefehlshabers der russischen Marine, Admiral GORCHKOW: „Die sowjetische Seemacht wird die Weltmeere benutzen, um im kommunistischen Interesse weiterzubauen“, beseitigte letzte Zweifel darüber, wer wo und auf welche Weise Machtpolitik weiterhin zu betreiben gedenkt.

Nun ließ sich nicht länger übersehen, daß der russischen Strategie die globale Dimension als höchst wirkungsvolle Potenz in vielen Teilen der Erde tatsächlich zugewachsen war.

Amerikas Auszug aus Fernost mit der anschließenden „Beinaheaufgabe“ von ganz Afrika, das Abschreiben von Angola sowie die 1975 in Kontinentalportugal für den Westen ebenfalls äußerst bedrohliche Situation erwiesen den Beginn eines Kräfteungleichgewichts OST/WEST. Entsprechende warnende, ja beschwörende Kommentare namhafter amerikanischer Persönlichkeiten, wie z. B. von Melvin LAIRD, Joseph ALSOP oder Davis REED, unter anderem in Readers Digest publiziert, — um nur einige zu nennen — wiesen die, ich möchte sagen: Neujustierung im Sicherheitsbewußtsein der US-Bevölkerung aus. Auch die Entdeckung des Wertes einer guten Zivilverteidigung gehörte dazu.

Werturteile von US-Politikern und Militärs zur Bedrohung durch den WP folgten in zunehmender Dichte. Zahlenvergleiche über Waffen und Ausrüstung in OST und WEST beherrschten viele US-Medien zeitweilig geradezu. Seither ließen sich zwar gewisse graduelle Unterschiede bei den Beurteilenden in der Bewertung der Sowjets ersehen, hinsichtlich des Aufbaus eines überdimensionalen russischen Angriffspotentials aber entstand Einhelligkeit, und zwar nicht nur unter den Fachleuten.

Zu addieren sind die öffentlichen Warnungen, die höchste NATO-Stelleninhaber wie Generalsekretär LUNS und SACEUR General HAIG sowie andere Oberbefehlshaber zur wachsenden Offensivstärke des WP an Regierungen

und Völker der NATO-Länder während der vergangenen zwei Jahre richteten.

General HAIG im Februar 1976: „Wir erleben den Eintritt der Sowjets in eine globale imperialistische Phase. Eine unaufhaltsame militärische Aufrüstung hat die Sowjets mit einer Schlagkraft ausgestattet, die weit über reine Verteidigungsnotwendigkeiten hinausgeht. Führung und Öffentlichkeit im Westen sollten sich dessen klar bewußt sein.“

Unter der Schockwirkung der nun nicht länger übersehbaren Entfaltung von russischer Offensivkraft und modernster sowjetischer Wissenschaft, letztere hochgezüchtet zur Durchsetzung einer prorussischen Veränderung im Kräftespiel der Erde, zogen die Verantwortlichen der US-Administration erste Konsequenzen. Das heißt, es wurden mehr Gelder für Verteidigung und Forschung bereitgestellt. Gleichzeitig erwartete die USA als Führungsmacht des Westens ein ähnliches Verhalten von den anderen Partnern der NATO. Parallel liefen in den Hauptpartnerländern der NATO jene Anstrengungen mit Hochdruck weiter, die mittels Rationalisierung im jeweiligen nationalen Sicherheitsraum Mittel freizusetzen suchten, um „mehr Sicherheit“, mehr Effizienz fürs Geld zu erreichen. Umschichtung der vorhandenen Finanzmittel wurde zu einem anderen laufend gebrauchten Begriff, wobei eine klare Definition dieser jeweiligen Umschichtungsabsicht sehr schwierig wurde.

WP-Stärken unbestätigt — NATO ohne globale Aufklärung — Krisenbeherrschung?

CINC-USAREUR- und CENTAG-OB General BLANCHARD, Heidelberg, bemühte sich, Wege aufzuzeigen sowie Akzente zu setzen, um die entstandenen Gegebenheiten und Zwänge einer breiteren Öffentlichkeit zu verdeutlichen. In der Winter-Nummer 1977 der „US-Strategie Review“ veröffentlichte er einen 8-Seitenbericht über Interoperability, Host Nation Support, Standardisierung und viele andere Sorgen. Besonderen Akzent erhielten auch die Logistik und die Zivilverteidigung.

Andere Medien griffen den Gesamtkomplex auf — mit unterschiedlicher Motivation — und versuchten daraus der Allgemeinheit Teilstücke oder Aus-

schnitte aus den immer komplexer werdenden Bereich der Sicherheit verständlicher zu machen. Rückblickend kann man sagen: Die Jahre 1976/77 waren gekennzeichnet durch öffentliche Zahlenspiele zum vitalen Problem „Kräftegleichgewicht oder Kräfteungleichgewicht“ OST/WEST. Divisionen und Panzerzahlen, Flugzeuge und Raketen, schwimmende Einheiten, auch Weltraumkampfmittel, manchmal sogar technische sowie menschliche Potenzen in Ost und West stellte man Lesern und Hörern vor. Ein gewisses neues Verständnis entstand in der Allgemeinheit für die Sicherheitserfordernisse — von der Bedeutung der Sache her ein durchaus begrüßenswerter Vorgang. Obwohl manche Berichterstatter zu differenzieren wußten, wurden in der Regel **zwei fundamentale Gegebenheiten** meist viel zu wenig herausgestellt:

1. Daß der Ausbau der sowjetischen Militärmacht auch weiterhin mit forcierten Bemühungen vorangetrieben wird, und dies nicht nur, um ein berechtigtes Sicherheitsinteresse abzudecken, sondern daß die Weiterentwicklung der russischen Macht und der Stärke des WP erfolgt, um die postulierten großrussischen Hegemonialziele zu verwirklichen. Nicht nur der schon zitierte Ausspruch des OB der russischen Seemacht weist dies aus. Russische Verhaltensweisen in Afrika und auf internationalen Konferenzen sprechen eine ebenso eindeutige Sprache.

2. Die wenigsten öffentlichen Berichterstatter dieser komplexen Zahlenspiele erinnerten daran, daß die im Westen gängig gewordenen Werte über die WP-Stärken zu keiner Zeit von Moskau bestätigt wurden. Auch die in allerjüngster Zeit erstmals von russischer Seite genannten Zahlengrößen zur eigenen Stärke (Teilwerte) ändern nur wenig an der prinzipiellen Bedeutung dieser Tatsache.

Während im NATO-Raum zutreffende Zahlen über Stärken, Einheiten, Verbände sowie über deren Ausrüstung einfach zu beschaffen sind, ja sogar offiziell angeboten werden (z. B. Weißbuch der Regierung), sind unsere Unterhändler immer auf Schätzungen, Schlußfolgerungen oder vielleicht nur auf spekulative Werte angewiesen. Von dieser Sachlage ausgehend, sollte daher allen jenen in der Öffentlichkeit kommentierten Zahlenspielen, Verglei-

Gesamtverteidigung

chen und Berechnungen der beiderseitigen Stärken mit großer Reserve, auch mit Skepsis entgegengetreten werden. Ganz sicher auf diesem Sektor ist, daß keine Überschätzung der vielfältigen russischen Offensivkraft vorliegt, eher trifft das Gegenteil zu.

Kommentare und Wertungen über, zum Beispiel, die russische Technologie oder die Industrie im allgemeinen wie im speziellen Teilbereich, welche meinen, eine mindere, vielleicht noch unmoderne nicht effiziente Kapazität der infrage kommenden russischen Industrie zu sehen, halten einer nüchternen Analyse meist nicht mehr stand. Sie sind vielfach gefährlich vereinfachend und leisten dem Prozeß der Gewöhnung an den inzwischen entstandenen Zustand Vorschub.

Gewöhnung führt bekanntlich leicht zur Abstumpfung der Wachsamkeit. Nicht umsonst prägten die Väter der NATO die Devise:

Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit.

Die Tatsachen im technologischen Bereich erweisen vielmehr, daß der sowjetische Industriearbeiters trotz mancher Fehlleistungen eben doch sehr bedeu-

tende Ergebnisse vollbracht hat und der Welt daraus noch manche Überraschungen bevorstehen dürften.

Hier stellt sich nun die Frage: Was können die Aufklärungsmittel der freien Welt an fundierten Werten über die Potenz des WP in ihrer gesamten Breite tatsächlich und verlässlich beschaffen und wie weit kann oder muß die Bevölkerung der NATO-Länder über diese Resultate — sowie zu welchem Zeitpunkt — informiert werden?

Vorweg wäre zunächst einmal vor Überschätzung der westlichen Aufklärungsmöglichkeiten sowie der seither gebräuchlichen Mittel zu warnen. Weite, Tiefe, geografische Gliederung des WP-Raumes begünstigen zweifellos russische Anstrengungen zu wenig einsehbarer Kräfteentfaltung in vielen Sektoren. Entsprechende Vorgänge und Veränderungen — nicht nur im militärischen Raum — des Großrussischen Reiches werden der westlichen Aufklärung, wenn überhaupt, nur mit großem Zeitverzug bekannt. Auch die immer besser werdende westliche Satelliten- sowie die elektronische Aufklärung vermögen hier nur partielle Änderungen zu bewirken. Man mag nur an

den vielfältigen Bereich der unterirdischen Möglichkeiten denken. Die für die UdSSR bestehenden günstigen potentiellen Gegebenheiten wurden durch eine langfristig angelegte Schaffung eines global arbeitenden Aufklärungssystems erheblich erweitert. Die russischen „Fischfang-Flottillen“ sind nur ein Glied in diesem vielfältig arbeitenden Instrumentarium.

Die demokratischen Länder haben nichts Vergleichbares. Auch die NATO besitzt keine eigene global arbeitende Aufklärung. Sie und die meisten NATO-Partner, auch die BR Deutschland, sind schon im Bereich der strategischen Aufklärung im wesentlichen auf die Ergebnisse der US-Aufklärung angewiesen. Eine globale Aufklärung oder gar Überwachung, wie sie die Russen betreiben, besitzt der Westen nicht. Die Überlegenheit des Ostens ist offensichtlich.

Betrachtet man nun die Struktur des WP-Systems mit den dort geläufigen Praktiken im politischen wie im militärischen Bereich, so ist schnell ersichtlich, daß Lagebeurteilung mit Willensbildung und Entschlußfassung von „oben nach unten“ verlaufen, d. h. von der großen

Der Warschauer Pakt in Zahlen

	Bevölkerung in Mio	Verteidig- haushalt in Mio US-Dollar	Verteidigungsaufwand		Wehrpflicht	Wehrsold eines ledig. Soldaten im Monat (umgerechnet in DM)	Mannschaftsstärke der Streitkräfte				Gesamt
			in % Brutto- sozial- produkt	pro Kopf und Jahr US-Dollar			Heer	Luftwaffe	Marine	Strateg. Raketen- truppen	
UdSSR	257.890	128000 (geschätzt)	11–13% (geschätzt)	492	Heer/Luftwaffe 2 Jahre Marine und Grenztruppen 2–3 Jahre	11,–	2100000	920000	500000	345000	3865000
Bulgarien	8.833	538	2.6	61	Heer/Luftwaffe 2 Jahre Marine 3 Jahre	8,–	120000	36000	9000		164000
CSSR	14.949	1614	3.5	108	2 Jahre	23,–	140000	45000			185000
DDR	17.264	2889	6.0	167	18 Monate	44,–	120000	35000	16000		171000
Polen	34.609	2438	3.6	70	Heer/Luftwaffe 2 Jahre Marine 3 Jahre	17,–	210000	68000	20000		298000
Rumänien	21.600	824	1.8	38	Heer/Luftwaffe 16 Monate Marine 2 Jahre	13,–	150000	33000	8500		191500
Ungarn	10.551	590	2.6	56	2 Jahre	64,–	80000	20000			100000

4974500

c ZIVILVERTEIDIGUNG 1978

Gesamtverteidigung

Zentrale Moskau aus befohlen werden und rasch in die gewünschte Richtung zu lenken sind. Bezogen auf Spannungs- und Krisenlagen, ist auch dieser Vorteil evident. Der WP kann allein kraft der Struktur seiner Staats- und Gesellschaftsordnung schnell, wirksam und nachhaltig die ganze Skala einer Lageentwicklung beeinflussen. Vom lautlosen Aufbau einer Krise — für den Westen meist optisch zunächst gar nicht wahrnehmbar — bis hin zur offenen und angeheizten Krise, gibt es viele Varianten und Erscheinungsformen.

Hier soll nur die enge Beziehung zwischen politischen und militärischen Krisenlagen und der Aufklärung in den Vordergrund gerückt werden. Die Phase: Krisenentstehung bis zur Krisenmeisterung hat in den letzten Jahren des Ringens um Erlangung eines globalen Übergewichts (aus Moskauer Sicht) bzw. um Aufrechterhaltung eines einigermaßen funktionierenden Gleichgewichts (aus der Sicht der NATO) einen sehr gewichtigen Zuwachs an Bedeutung erhalten und viel Kraft absorbiert. In Verbindung mit den effektiven oder weniger nützlichen Mitteln der Aufklärung entwickelte die „Krise“ ein Eigengewicht, das im politischen wie im militärischen Kräfte ringen laufend wächst.

Was versteht man unter einer Krise? Als Definition mag hier gelten: *Die Krise ist eine Entwicklung im politischen oder militärischen Interessenbereich von NATO- und WP-Ländern, die durch ihre Potenz sowie Unüberschaubarkeit zur Auseinandersetzung mit den Waffen führen kann.*

Folgt man dieser Definition, wird sofort offenbar, daß das Erkennen einer derartigen Entwicklung schwierig ist. Der permanente Spannungszustand, in dem wir zu leben gewohnt sind, macht ohnehin die Abgrenzung zwischen einer sogenannten „Normalsituation der Spannung“ und einer „Krise“ schwer erkennbar.

Bedeutung und Notwendigkeit der Aufklärung in möglichst vielen Ebenen sind für jede verantwortungsbewußt arbeitende Regierung eindeutig und erfordern eine permanente Weiterentwicklung von geeigneten Mitteln sowie deren Beschaffung. Die Öffentlichkeit bringt, weil sie richtig und zeitgerecht unterrichtet sein will, für

außerordentliche Anstrengungen in diesem Sektor viel Verständnis auf.

Die zahlreichen Beispiele einer Krisenentwicklung während der letzten Jahre haben der breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, daß bestimmte Vorgänge außerhalb Europas genauso wichtig sein können, wie z. B. eine Aufgabe von Positionen im Süden oder Südwesten der NATO. Eine Koordination europäischer Aufklärungsmittel genügt hier nicht mehr. Zur Minderung des Zeitverzugs bei Bearbeitung und Übermittlung erscheint vielmehr die straffe Zusammenfassung aller in den einzelnen NATO-Ländern gebräuchlichen Mittel dringend geboten.

Russische ZV hat strategischen Stellenwert — Offensivkapazität WP + ZV sind koordiniert — NATO-ZV bedeutungslos — Ohne ZV keine Operationfähigkeit der Streitkräfte

Auf den ersten Blick erscheint zwischen der ZV und den Möglichkeiten einer politischen Erpressung (im internationalen Kräftespiel) eine direkte Verbindung kaum zu bestehen. Ein gründliches Beschäftigen mit der Materie wandelt die Meinung dann schnell. Ausgehend von dem inzwischen in verschiedenen militärischen Sektoren vorhandenen Übergewicht der UdSSR/WP sowie den zielstrebigsten russischen Anstrengungen in möglichst vielen Bereichen, ein vorhandenes paritätisches Verhältnis zu eigenen Gunsten zu verändern, und den Erfahrungen, die aus dem „Kräftemessen“ der Supermächte während der letzten zwanzig Jahre entstanden, wächst die ZV in ihrer Bedeutung zu einer vielseitig brauchbaren Größe sichtbar weiter. Dies ist keine neue Erkenntnis. Weitblickende, aber real orientierte NATO-Planer machten alle Partner-Regierungen schon sehr früh auf den zunehmenden Stellenwert der ZV aufmerksam.

Eine vorhandene wirksame ZV oder eine nur geplante ZV können zum Beispiel in einer gezielt gelenkten Krisenphase den Kontrahenten nicht nur dem eigenen gerade verfolgten Ziel gefügig machen. Vor dem Hintergrund einer guten ZV läßt sich das eigene Risiko klarer und sorgfältiger kalkulieren. In der Hand einer im Weltmaßstab

auf Erfolg angewiesenen Führung läßt sich eine vorhandene effektive ZV auch in der international gebräuchlich gewordenen Spielart erpresserischer Verhandlungen hervorragend einsetzen. Diese Verwendbarkeit einer ZV als strategisches Mittel, im Verbund mit anderen strategisch wirksamen Mitteln, ermöglicht ihrem Besitzer oder Benutzer neue zusätzliche Perspektiven.

Von dieser Warte her gehört der forcierte Aufbau und Ausbau der russischen ZV gewertet. Sachverständige Kreise im Westen wissen, daß die Sowjets und ihre Satelliten auch im Bereich ZV seit Jahren führend sind und vielfältige Anstrengungen unternehmen, um diese Überlegenheit gegenüber den demokratischen Ländern zu steigern. Merkwürdigerweise bleiben die gelegentlich aufflackernden westlichen Re-Aktionen auf diese russischen Aktionen immer wieder stecken oder kommen erst gar nicht über einen versuchten Neuimpuls hinaus.

Trotz der in der NATO-Akte MC 36/2 revised vorhandenen und anerkannten Festlegungen verstehen viele Politiker unter Abschreckungsfähigkeit noch immer nur die Existenz einer schlagkräftigen Militärmaschinerie. General BLANCHARD erinnerte in seinem Aufsatz daran, daß der Erhalt der Operationsfähigkeit der Streitkräfte von einer guten und jederzeit verfügbaren ZV abhängt. Die Aufrechterhaltung der „Sicherheit im rückwärtigen Gebiet“, in der NATO-Terminologie *Rear Area Security*, läßt sich eben nur durch eine gute Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) und eine wirksame ZV erreichen. Die Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (S. 260/September 1977), „Zum Konzept einer Gesamtverteidigung“ drückte das so aus: „Zur Zeit sind jedoch aufgrund des Nebeneinanders von militärischer und ziviler Verteidigung und der Unausgewogenheit beider (Verhältnis 60:1) die Effektivität des deutschen Streitkräftebeitrags an die NATO wie auch die Operationsfähigkeit der NATO-Streitkräfte nicht gewährleistet.“

Nachdem die im Westen übliche offene und freizügige Diskussion solcher Probleme der gegenseitigen Aufklärung manche Arbeit leichter macht, darf mit Sicherheit gefolgert werden, daß die westliche Schwachstelle ZV vom Mos-

Gesamtverteidigung

kauer Führungskollektiv lange erkannt ist. Früher oder später werden die Kremlherren bestimmt nicht versäumen, aus dieser für sie immer günstiger werdenden Lage handfeste Politik zu machen. Die Skala einer Krise ist vielfältig und bietet mancherlei Möglichkeiten. Zur erfolgreichen Krisenbeherrschung gehört nicht nur eine ausgezeichnete Aufklärung, sondern auch eine präsente ZV mit realen Mitteln und Möglichkeiten. Mit Streitkräften allein läßt sich weder mittelfristig noch auf Dauer die entstandene Kräfte-Ungleichheit OST/WEST stabil halten.

Vorliegende sorgfältige US-Untersuchungen weisen nach, daß die Sowjets ihre ZV-Maßnahmen auf eine Grundlage stellten, die manche Führungskräfte im Westen noch immer als Utopie oder Unmöglichkeit ablehnen. Dr. Leon GOURÉ, Director of Soviet Studies at the University of Miamis Center for Advanced International Studies, veröffentlichte in seinem Buch (1976) „War Survival in Sowjet Strategy“ viele erregende und als bestätigt geltende Tatsachen. Seine wesentlichste These **„Die Sowjets haben zu keiner Zeit die Auffassung geteilt, daß ein neuer Krieg, auch ein nuklearer Krieg, in wenigen Tagen vorbei wäre“**, wird durch zahlreiche Aufsätze in russischen Fachzeitschriften erhärtet. Sowjetische militärische Führungsgrundsätze, die Ausbildung in den Verbänden sowie die für die ZV inzwischen geschaffenen Tatsachen lassen keinen Zweifel an diesem Leitbild aufkommen. Das spätestens mit der Kubakrise in Gang gekommene massive russische ZV-Programm entwickelte zwischenzeitlich ein hervortretendes strategisches Gewicht. Der Aufbau der Offensivkapazität des WP läßt sich nicht nicht länger isoliert von der ZV — oder umgekehrt — betrachten.

Man mag die von GOURÉ untersuchten russischen Angaben über mögliche Verlustzahlen in der Bevölkerung im Falle einer nuklearen Auseinandersetzung anzweifeln oder ablehnen, unübersehbar aber bleibt das sowjetische Streben, die Zielvorstellung, das Verlustrisiko in einer eventuellen nuklearen Auseinandersetzung unter Bevölkerung und Industrie kalkulierbar zu machen.

Gerade dieses Streben zwingt die Verantwortlichen der freien Welt zu Konse-

quenzen, die in der eigenen ZV sichtbar werden müssen. Die in westlichen Führungskreisen verbreitete Scheu vor unpopulären Maßnahmen ist verständlich. Andererseits erwartet die Bevölkerung alle nur möglichen Maßnahmen zur Sicherung des Besitzstandes. Die Scheu erscheint leichter überwindbar, wenn zu den laufenden Informationsbemühungen zuständiger Stellen der öffentlichen Hand verstärkt die Freiwilligkeit der Staatsbürger aktiviert würde. Aus der gezielt angesetzten Tätigkeit des Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) läßt sich beispielsweise hierfür mancherlei Nutzen gewinnen.

Programme der freiwilligen Anschaffung von entsprechender Schutzkleidung, von Schutzmasken, Dosimetern u. a. m., großräumige Übungen wie in den neutralen Ländern passen gut in das vorhandene persönliche Vorsorgegedenken. Verständlich ausgedrückt und mit entsprechender Motivation deutlich gemacht, wären mit Sicherheit sehr viele Mitbürger bereit, ihren Beitrag zur präventiven Vorsorge zu leisten. Letztlich wären dadurch auch „einfache“ Katastrophenfälle abdeckbar, wie z. B. Atomreaktorunfälle oder Abstürze von Weltraumsatelliten. Auch erscheint eine sinnvolle Einordnung dieser Freiwilligkeit in das Netz sozialer Sicherung keinesfalls abwegig. Derartige persönliche Beiträge des einzelnen vermögen zum allmählichen Abbau von Schwachstellen in der so unfertigen ZV beizutragen. Bezogen auf die Wertigkeit der ZV im Verbund mit den anderen strategischen Mitteln und Möglichkeiten, helfen gutorganisierte Beiträge jener Art außerdem, die außenpolitische Erpreßbarkeit zu mindern.

Der vorhandene unbefriedigende Zustand der ZV in fast allen westlichen Ländern und die sichtbar fortschreitende Verbesserung dieses Bereichs im WP machen es zwingend, die ZV als ein unbestreitbar „vital element“ in die laufenden Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Waffen beim Abwägen und Gegeneinanderaufrechnen der vorhandenen OST/WEST-Inventarien einzuführen. Das seither vom Westen zu diesem Komplex geübte Schweigen kommt dem Verschenken einer Aufrechnungschance im strategischen Kräftespiel gleich.

Verbindungszone Atlantik vital — Versuchte Internationalisierung der 4 atlantischen Inselgruppen — UdSSR hat Übergewicht im Versorgungssektor

Nachdem „Aufklärung“ und „Zivilverteidigung“ vor allem zum wachsenden Kräfte-Ungleichgewicht OST/WEST in Beziehung gesetzt wurden, soll die Aufmerksamkeit auf den Atlantik als dem 3. Bereich gelenkt werden. Dies erscheint besonders notwendig, zumal die Versorgungswerte der freien Welt im Zahlenspiel des Kräftevergleichs der Blöcke fast stets in den Hintergrund geraten. Überlegungen zur Gesamtverteidigung — GV — erfassen nur selten diesen Bereich. Dies, obwohl jedes Konzept einer GV auf den Hauptsäulen „Streitkräfte“ und „Zivilverteidigung“ nur stehen kann, wenn die jeweilige Wirtschaft befriedigend läuft. Und die europäische, vor allem die deutsche Wirtschaft, wären ohne eine Versorgung mit Rohstoffen relativ rasch am Ende. Der Atlantik zählt daher nicht nur als Europas Verbindungszone in das „Rückwärtige Gebiet“ Nordamerika, er besitzt eine wahrhaft vitale Funktion genauso in der Süd-Nord-Richtung. Die Unterbrechung, Behinderung oder gar völlige Blockierung von Rohstoffzufuhren aus Afrika kann auch im jetzigen „Normalzustand“ zu extremen Entwicklungen in Europa führen, an deren Ende das Übergewicht der anderen Seite die Bedingungen diktiert. Das Beispiel Erdölversorgung wirkte bekanntlich auf manche Eigner anderer Rohstoffe stimulierend. Noch gelang es bisher, mit bi- oder multilateralen Lösungen drohende Gefahren zu bannen, was aber schon in Kürze ganz anders sein kann.

Die Afrikapolitik der UdSSR wird sich die ihr sich bietenden Chancen dort nicht entgehen lassen. Nachdem die UdSSR eine globale Seemacht schmiedete, deren Fähigkeit 1975 in der Übung OKEAN gleichzeitig auf fünf Weltmeeren demonstriert wurde, dazu entsprechend große Handels- und Transportflotten von beachtlicher Leistungstärke besitzt und einsetzt, sind viele Möglichkeiten offen; so z. B. um einmal „etwas gegen die atlantischen Versorgungswege“ der westlichen Industriestaaten zu unternehmen. Bereits

Gesamtverteidigung

vorliegende Erfahrungen aus dem „kleinen Kapergeschäft“ der jüngsten Gegenwart ließen sich gut verwenden für größere Aktionen. Ohne Kampfhandlungen ließen sich ganze Volkswirtschaften paralisieren. Der Vorteil, den das russische Imperium durch seine kontinentale Weite mit dem Besitz fast aller wichtigen Rohstoffe hat, wäre bei derartigen Vorhaben einmal mehr evident. Derart entstehende Krisenlagen können genauso wie ungeschminkte politisch-militärische Presionen zur Unterwerfung führen.

Das politische Ränkespiel um die vier atlantischen Inselgruppen Azoren, Madeira, Capverden und Kanarische Inseln gehört daher vor allem aus diesem Aspekt gewertet. Die sogenannten Unabhängigkeitsbewegungen jener Insel-

bewohner mit provokativer Unterstützung durch Lybien und Alger sind als nützliche „Bauern“ im Schach um die Rohstoffversorgung der demokratischen Länder brauchbar. In Lissabon und Madrid, in Funchal wie in Ponta Delgada sieht man diese Dinge sehr nüchtern und real. Die gegenwärtig laufenden Anstrengungen einiger WP-Länder, diese Vorgänge zu „internationalisieren“, d. h. in die Zuständigkeit der UNO zu manövrieren, erweisen die Ziele. In Verbindung damit sind auch die Entwicklungen in Portugal und Spanien zu sehen sowie die in jüngster Vergangenheit erwirkte Zerstörung der portugiesischen Überseebesitzungen.

Das international verwendbare Instrumentarium der UdSSR und seiner Sa-

telliten ist erheblich gewachsen. Die strategischen Möglichkeiten wurden durch global wirkende Potenzen ergänzt. Das Kräfte-Übergewicht der Russen nimmt sichtbar auch in diesem leicht zu störenden Versorgungssektor zu.

Das atlantische Dreieck Portugal-Azoren-Madeira — unter Einbeziehung der spanischen Kanarischen Inseln, das Viereck —, besitzt also nicht nur für militärischen Material- und Personalschub — z. B. in Gestalt der Reforger-Übungen — erhebliche Bedeutung für die freie Welt. Den Inselgruppen kommt vielmehr ganz besondere Bedeutung zum Aufhalten der Rohstoffversorgung Europas aus Übersee zu.

Schlußbemerkung

Alle Erwägungen zur Formulierung von nationalen Konzepten zur Gesamtverteidigung — GV — müssen diese entstandenen Gegebenheiten berücksichtigen. Erst wenn die großen „Rahmenbedingungen“ in ihrer neuen Bedeutung eindeutig fixiert sind und gemäß NATO-Richtlinien ihren richtigen Stellenwert erhalten haben, läßt sich dann nach „innen“, d. h. im Raum des einzelnen NATO-Partners, der im Falle der BR Deutschland mit Recht als Torso beklagte gegenwärtige Zustand der GV beseitigen. Schon von der übergreifenden Verzahnung her der hier behandelten Gegebenheiten der drei Bereiche: Aufklärung, Zivilverteidigung und atlantische Versorgung dürfte klar sein, daß eine gründliche zusammenfassende Bearbeitung in einer zentralen Stelle erfolgen müßte. Eine permanente Beschäftigung mit diesen Problemen ist unerlässlich, eine etwa von Fall zu Fall aus Mitgliedern verschiedener Staatsressorts und Institutionen gebildete „interministerielle Einrichtung“ wäre den Dingen nicht gewachsen. Ein derartiges Arbeitsinstrument in der Hand des Leiters der Politik, des Bundeskanzlers, vermag dann auch eher die jetzt vorhandenen Lücken in den Gesamtverteidigungsmaßnahmen sachbezogen und durchschlagend zu korrigieren. Vor dem Hintergrund allein dieser hier beschriebenen und neu zu bewertenden Fakten wäre das beklagenswerte Mißverhältnis zwischen militärischen und zivilen Verteidigungsmaßnahmen, im Falle der Bundesrepublik 60:1, leichter abzubauen.

Helft Kranke heilen Lepra besiegen



Entwicklung fördern

DEUTSCHES
AUSSÄTZIGEN-HILFSWERK E.V. 
Städtische Sparkasse Würzburg 5009

Moskaus Ziel: Ein intaktes Hinterland in der Hinterhand



Die UdSSR forciert erneut den Ausbau der zivilen Verteidigung

Von Dr. Michael Csizmas

Die sowjetische Militärdoktrin geht bei der Analyse der militärstrategischen Lage von der Annahme aus, daß der zukünftige Weltkrieg vor allem ein Raketen- und Kernwaffenkrieg sein wird. Grundlage der Kriegführung wird der Masseneinsatz von nuklearen Raketen durch alle Teilstreitkräfte sein, in erster Linie jedoch durch die strategischen Raketenruppen.

In diesem Krieg ist damit zu rechnen, daß der Angreifer zusammen mit Kernwaffen auch chemische und biologische Kampfmittel anwenden wird. Der Einsatz von neuen Kampfmitteln im zukünftigen weltweiten Raketen- und Kernwaffenkrieg wird die strategische Zielsetzung der Kriegführenden wesentlich zur Folge haben. Der Weltkrieg kann durch einen überraschenden atomaren Angriff des Gegners unmittelbar auf die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten ausgelöst werden. Er kann sich aber ebenso durch die Aus-

Beobachtungsposten der MPVO in Moskau während des Zweiten Weltkriegs.

ZV in der Sowjetunion



Die Kommandeure der Zivilverteidigungsorgane der Warschauer Pakt-Staaten posieren für ein Gruppenfoto. Links: Oberst István Lesták, Generalstabschef der ungarischen Zivilverteidigung. Mitte: Armeegeneral A. T. Altunin, Oberkommandierender der Zivilverteidigung der UdSSR. Daneben: Generaloberst Tadeusz Tucapsky, Kommandeur der polnischen Zivilverteidigung, Admiral Bronimir Ormanov, Kommandeur der bulgarischen Zivilverteidigung. Im Hintergrund, rechts von Altunin: Oberst Dr. Rolf Fischer, stellvertretender Kommandeur der Zivilverteidigung der DDR. Ferner auf diesem Bild: hohe Militärs, Leiter der Zivilverteidigung von Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Kuba und der Mongolei.

weitung eines lokalen militärischen Konflikts entwickeln.

In allen vergangenen Kriegen waren die Zerschlagung der feindlichen Streitkräfte und die Besetzung des feindlichen Territoriums des Gegners das strategische Hauptziel.

In einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen beiden Weltsystemen müssen nach Marschall W. D. Sokolowski diese beiden Ziele gleichzeitig erreicht werden. Die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte sowie die Zerstörung von Objekten im Hinterland und dessen Desorganisation werden in diesem Kriege einen einheitlichen, nicht aufteilbaren Prozeß darstellen. Diese These Sokolowskis erfuhr in den letzten Jahren eine wesentliche Änderung und Verschärfung.

Bis in die Mitte der fünfziger Jahre waren Kernwaffenschläge mit strategischen Mitteln gegen Objekte auf dem Territorium des Gegners wegen der damaligen Quantität und Qualität der dafür vorhandenen Mittel nur im begrenzten Umfang möglich. Erst nachdem einsatzfähige interkontinentale Raketen massenweise produziert werden konnten, die Wirksamkeit der strategischen Luftstreitkräfte wesentlich verbessert wurde und Atom-U-Boote mit Raketenbewaffnung entstanden,

war es denkbar, eine solche Art strategischer Handlungen als eine selbständige Form der Kriegführung herauszuarbeiten.

Die sowjetischen Militärtheoretiker sind der Ansicht, daß Kernwaffenschläge mit strategischen Mitteln eine erstrangige Bedeutung für den Beginn, den Verlauf und den Ausgang des Krieges haben. Ein solcher massierter Schlag, gleich zu Beginn des Krieges kann den Ausgang eines bewaffneten Konflikts zwischen beiden Weltsystemen entscheiden. Er ermöglicht es, die gestellten militärischen und politischen Ziele in kürzester Frist zu erreichen. Deshalb betrachtet die sowjetische Militärwissenschaft strategische Kernwaffenschläge als die wichtigste Art von strategischen Handlungen in der Gegenwart.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die sowjetische Militärdoktrin dem ersten strategischen Kernwaffenschlag. Darunter ist der massierte Einsatz von Kernwaffen gegen die wichtigsten militärischen, wirtschaftlichen und politischen Objekte des Gegners zu Kriegsbeginn zu verstehen. Er wird nach einem einheitlichen, rechtzeitig vorbereiteten Plan unter unmittelbarer Führung des Oberkommandos der Streitkräfte der UdSSR durch verschiedene

Teilstreitkräfte, in erster Linie aber durch die Strategischen Raketentruppen, durchgeführt.

Die wesentlichen Ziele des ersten sowjetischen strategischen Kernwaffenschlages in einem möglichen Weltkrieg würden darin bestehen, das militärische und ökonomische Potential des Feindes maximal zu schwächen, sofort bei Kriegsbeginn die strategische Initiative zu erringen, einzelne Länder oder Staatengruppen der gegnerischen Koalitionen, insbesondere der NATO, aus dem Krieg auszuschalten und damit günstige Bedingungen für erfolgreiche strategische Operationen auf den Kriegsschauplätzen zu schaffen und die politischen Kriegsziele in möglichst kurzer Frist zu erreichen.

In einem möglichen Raketenkernwaffenkrieg wird sich nach sowjetischer Auffassung das Verhältnis zwischen Front und Hinterland grundlegend verändern. Der Kampf gegen das Hinterland mit dem Ziel, das ökonomische Potential des Gegners zu zerschlagen, das moralische Potential zu lähmen und damit sein militärisches Potential zu untergraben, ist eine der wichtigsten Methoden moderner Kriegführung. Die schwersten Schläge würden gegen Objekte in der Tiefe des Territoriums der kriegführenden Länder geführt werden. Räume, die nicht durch Luftangriffsmittel bzw. durch kosmische Mittel erreicht werden können, gibt es nicht mehr.

Die noch im Zweiten Weltkrieg deutlich sichtbare Grenze zwischen Front und Hinterland wird damit aufgehoben, und das Hinterland im herkömmlichen Sinne hat aufgehört zu existieren. Der bewaffnete Kampf wird das gesamte Territorium aller kriegführenden Staaten erfassen.

Aufgrund dieser Sachlage stellte der polnische Militärexperte Henryk Michalski drei Thesen auf, die seines Erachtens „unanfechtbar“ seien:

1. Der Atomkrieg kann mit dem Versuch einer Weltmacht anfangen, um alles zu vernichten, was zum militärischen Potential des Gegners gehört. Die Angriffstätigkeit des Aggressors wird von den ersten Minuten des Atomkrieges an darauf konzentriert, durch Schläge auf dem gesamten Territorium des Gegners den Widerstandswillen des Volkes zu lähmen. Die Vernichtung der Städte, Verwaltungs- und Wirtschaftszentren, der politischen und militärischen Kommandozentren, des

ZV in der Sowjetunion

Verkehrsnetzes, der Versorgungszentren usw. wird schon in der ersten Phase ein grundlegendes Ziel des eventuellen Weltkrieges.

2. Die Reihenfolge der atomaren Raketenanschläge wird sich — im Vergleich zum Zweiten Weltkrieg — ändern: zuerst wird das militärische und ökonomische Potential des Feindes im Hinterland vernichtet, und danach beginnt der Kampf der Streitkräfte. Durch diesen Umstand verlagert sich das Schwergewicht der Kampfhandlungen von der Frontzone in die Tiefe des Territoriums der kriegführenden Staaten. Durch die Raketenkernwaffenanschläge, Luftlandeaktionen des Feindes und durch den Einsatz von Partisanen sowie Diversanten entsteht im Hinterland eine selbständige innere Front.

3. Die gegen das Hinterland geführten Raketenkernwaffenanschläge können sich als der schnellste Weg zum Sieg erweisen, wenn sie durch eine zuverlässige Luftverteidigung, aktive, gut organisierte und technisch hochwertig ausgerüstete territoriale Verteidigung sowie Zivilverteidigung nicht abgewehrt werden. Wichtige Teile der Streitkräfte — darunter als entscheidende Waffengattung die Strategischen Raketenruppen — sind samt ihren rückwärtigen Diensten in der Tiefe des Landes disloziert. Auch Fronttruppen können keine Erfolge erzielen, wenn sie vom Hinterland nicht mit Reserven und Nachschub versorgt werden. Da im Hinterland mit gefährlichen Schlägen des Feindes gerechnet werden kann, müssen die Truppen der territorialen Verteidigung viel größere und schwierigere Aufgaben übernehmen als manche andere Waffengattungen.

In gewissen Situationen müsse nach Marschall S. S. Birjuzow damit gerechnet werden, daß die folgenschwersten und entscheidendsten Ereignisse eines möglichen Krieges gerade in der Tiefe des Territoriums der kämpfenden Parteien stattfinden. Der Schutz des Hinterlandes und der Kräftegruppierungen vor feindlichen Kernwaffenanschlägen bezweckt die Erhaltung der Kampfkraft der Armee, die Sicherstellung der Lebensfunktionen des Staates und das reibungslose Funktionieren der Volkswirtschaft.

Die Hauptmittel zum Schutz des Hinterlandes vor feindlichen Kernwaffen-

schlägen sind die Truppen der Luftverteidigung und die Kräfte und Mittel der Zivilverteidigung. Zum Bestand der Truppen der sowjetischen Luftverteidigung gehören Fla-Raketentruppen, Jagdfliegerkräfte, funktechnische und Spezialdienste unterschiedlicher Zweckbestimmung. Die Truppen der Luftverteidigung und die Kräfte der Zivilverteidigung haben die Aufgabe, ein unüberwindliches Verteidigungssystem für das gesamte Territorium der UdSSR zu schaffen und Maßnahmen für eine schnelle Beseitigung der Folgen von feindlichen Kernwaffenanschlägen vorzubereiten. Dieses System muß nach sowjetischer Auffassung rechtzeitig, schon im Frieden, vorbereitet und in ständiger Gefechtsbereitschaft gehalten werden.

Der Schutz des Hinterlandes

Der Schutz des Hinterlandes spielte im sowjetischen strategischen Denken schon immer eine hervorragende Rolle. Stalin hob die Bedeutung des Hinterlandes 1918 hervor, als er sagte: „Eine Armee kann nicht ohne ein starkes Hinterland existieren. Zur Aufrechterhaltung einer stabilen Front braucht die Armee aus dem Hinterland regelmäßig Proviant, Munition und Nachschub.“

Später wies er wiederholt auf die Wichtigkeit dieser Erkenntnis hin, und 1941 hob er sie als den ersten unter fünf ständig wirkenden Faktoren hervor, die „den Verlauf und den Ausgang des Krieges bestimmen“:

1. Stabilität des Hinterlandes;
2. die Moral der Armee;
3. die Qualität und Quantität der Divisionen;
4. die Bewaffnung der Armee;
5. die organisatorischen Fähigkeiten des Kommandopersonals.

Eine nähere Definition des Hinterlandes gemäß sowjetischer Militärdoktrin findet sich bei Marschall Woroschilow:

„In der Idee der Stabilität des Hinterlandes ist alles eingeschlossen, was das Leben und die Tätigkeit des ganzen staatsgesellschaftlichen Systems, die Politik, die Wirtschaft, den Produktionsapparat, das Ausmaß der Organisation des arbeitenden Volkes, die Ideologie, die Wissenschaft, die Kunst, die Moral des Volkes und andere Dinge ausmacht.“ Diese Konzeption umfasse daher das gesamte Land, „das auf militärischer Basis reorganisiert und auf die

Dienstleistungen für die Front vorbereitet ist“.

Auch die gegenwärtige Partei- und Staatsführung der Sowjetunion mißt unter den Gegebenheiten eines Raketen-Kernwaffenkrieges der Vorbereitung des Schutzes des Hinterlandes große Bedeutung bei. Seine Verteidigung muß zuverlässig vorbereitet werden, und es muß alles getan werden, was der Festigung des Hinterlandes dient. Das Ziel des Schutzes des Hinterlandes ist es, zur Gewährleistung der Bedingungen der staatlichen Tätigkeit und der Produktion der Volkswirtschaft beizutragen, die Verluste der Zivilbevölkerung und der Streitkräfte im Hinterland zu vermindern und dadurch den erfolgreichen Ausgang des Krieges zu garantieren.

Unter dem Schutz des Hinterlandes wird in der Sowjetunion die Gesamtheit von aktiven und passiven, militärischen, zivilen und wirtschaftlichen Maßnahmen verstanden, die dazu geeignet sind, die feindlichen Schläge gegen die UdSSR abzuwehren, die Folgen der Schläge zu vermindern oder zu liquidieren, das organisierte Staatsleben zu gewährleisten, das Leben der Bürger und die Güter des Landes zu schützen. Die Organisation des Schutzes des Hinterlandes ist nach sowjetischer Auffassung eine der Hauptaufgaben der Friedensjahre. Aus diesem Grunde wurde in den letzten Jahren der Aufbau der Zivilverteidigung energisch vorangetrieben.

Zum Schutz des sowjetischen Hinterlandes wurden die Hauptaufgaben wie folgt bezeichnet:

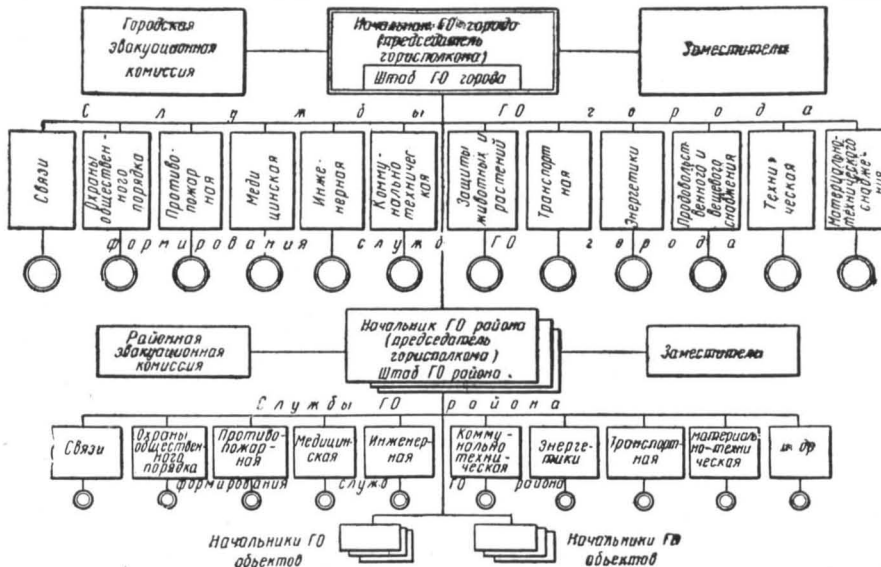
- Errichtung und Organisation der Leitungsmethode der Organe der Staatsmacht, Staatsverwaltung und Volkswirtschaft für Kriegszeiten;

- Errichtung und Vorbereitung von bewaffneten Kräften für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, für Wachdienste und für den Kampf gegen Luftlandetruppen sowie Diversanten;

- Vorbereitung der Volkswirtschaft für die Produktion und Landesversorgung unter den Bedingungen und Anforderungen des Krieges;

- Realisierung von prophylaktischen Abwehrmaßnahmen auf allen Gebieten der Volkswirtschaft zur Verminderung der Auswirkungen der feindlichen Schläge;

ZV in der Sowjetunion



Organisationsschema einer städtischen Zivilverteidigungsorganisation.

- Schaffung und Ausbildung von Organen und Fachdiensten, Fachdienst-Einheiten und Selbstschutzorganisationen in Friedenszeiten, die in der Lage sind, die Folgen eines feindlichen Angriffs im Hinterland zu beseitigen;
- Erarbeitung von Schutzmaßnahmen, die auch im Kriegszustand die Produktionstätigkeit der gesamten Volkswirtschaft ermöglichen;
- Schutz der materiellen Güter des Landes gegen Massenvernichtungsmittel des Feindes;
- Vorbereitung der Organe der Staatsverwaltung und der Volkswirtschaft auf die Führung ihrer Aufgaben unter den Verhältnissen eines Krieges, Erarbeitung der notwendigen Pläne in Übereinstimmung mit den Präventivplänen der Volkswirtschaft, Schaffung aller personellen, materiellen und technischen Bedingungen zur Tätigkeit dieser Organe während des Krieges;
- Mobilisierung von Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Nachrichtenübermittlung;
- Bau und Instandstellung von neuen Betrieben für die Rüstungsindustrie, Evakuierung von gefährdeten Rüstungsbetrieben aus den großen Städten;
- Entwicklung und Wiederherstellung des Straßennetzes;
- Verteilung und Einsatz der Arbeitskräfte, Ersatz von Wehrdienstpflichtigen in den Betrieben, Ausbildung und

● Maßnahmen

- zum Bau von individuellen und kollektiven Schutzräumen für die Bevölkerung,
- zur Vorbereitung der Evakuierung,
- zur Ausbildung der Bevölkerung an und mit individuellen Schutzmitteln;

- Organisation von militärischen und zivilen Einheiten für Rettungs- und Wiederherstellungsarbeiten; Vorbereitung und Verpflichtung von breiten Massen der Bevölkerung für diese Aufgaben.

Zur Lösung und Bewältigung dieser Hauptaufgaben sieht man militärische, verwaltungstechnische und wirtschaftliche Vorkehrungen vor:

Militärische Vorkehrungen

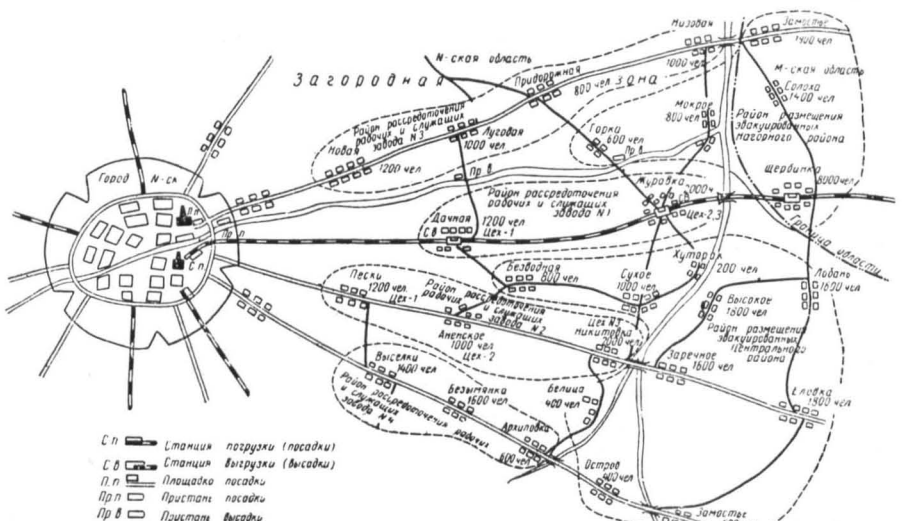
- Verteidigung der Landesgrenzen und des Luftraumes des Landes gegen Angriffe des Feindes;
- Gewährleistung des personellen und materiellen Nachschubs der kämpfenden Truppen;
- Vernichtung der feindlichen Aufklärungstruppen, Diversanten, Luftlandetruppen und konterrevolutionären Gruppen im Hinterland;
- Sicherstellung der ungestörten Tätigkeit der Nachrichtentruppen;
- Vorbereitung der Tätigkeit des militärischen Landes-Strahlenbeobachtungs- und Alarmdienstes;

Grundschema für die Aussiedlung und Evakuierung der Bevölkerung einer Stadt.

Organisation und Planung des Rettungsdienstes.

Die **Staatsverwaltung** und die **Volkswirtschaft** treffen folgende Vorkehrungen:

- Vorbereitung der Bevölkerung des Landes zum Schutz gegen die ABC-Waffen;
- Schaffung eines zuverlässigen und schnellen Landes-Alarmdienstes sowie der Bedingungen des individuellen und kollektiven Schutzes;
- Vorbereitung der Evakuierung der gefährdeten Landesteile und der Gebiete, die einen schweren Schlag erlitten haben;



ZV in der Sowjetunion

Entaktivierung und Entgiftung zur Bekämpfung der Wirkungen von Kernwaffen und chemischen Kampfstoffen.

Umschulung von Fachleuten für die Fortsetzung der Produktion;

- Mobilisierung aller Lebensmittel- bzw. materiellen Vorräte des Landes, Festsetzung der Lebensmittelnormen sowie die Regelung der Versorgung;

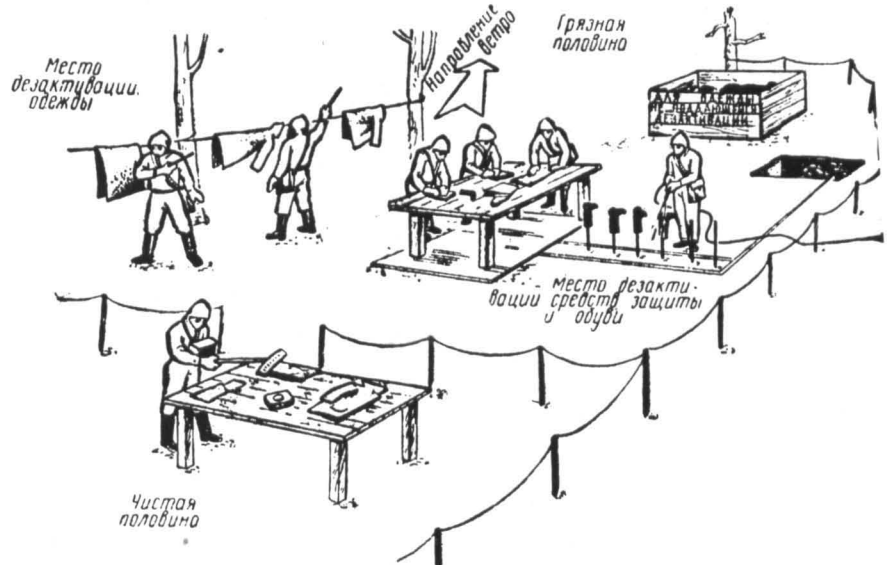
- Vorbereitung zur Durchführung von Geldbeschaffungsaktionen/Einführung von neuen Steuern, Ausgabe von Staatsanleihen usw.;

- Umstellung des Außenhandels (Export, Import) und der Leitung der Volkswirtschaft.

Diese Maßnahmen müssen so gestaltet werden, daß sie die Lebensfähigkeit des Landes, die ungestörte Produktion auch im Falle von feindlichen Raketenkernwaffenschlägen sicherstellen können. Die gesamte Volkswirtschaft muß sich auf die Kriegsproduktion umstellen können. Dies kann schlagartig und ohne entsprechende Organisation nicht realisiert werden. Die Umstellung wird durch Maßnahmen in Friedenszeiten vorbereitet, die die Kriegsbedürfnisse des Landes berücksichtigen und die Struktur der einzelnen Landesteile entsprechend gestalten.

Entwicklung der sowjetischen Zivilverteidigung

Die ersten Anfänge der sowjetischen Zivilverteidigung gehen auf die Zeiten der Oktoberrevolution zurück. Im Februar 1918 begannen die deutschen Truppen ihren Angriff auf Petersburg. Für die Organisation des Luftschutzes der Stadt wurde im Smolnij-Palast ein Stab gebildet. Der Stab sorgte in der Stadt und ihrer Umgebung für die Errichtung eines Beobachternetzes. Dieses hatte die Aufgabe, dem Luftschutzstab rechtzeitig Informationen über die Luftkampftätigkeit des Feindes zu liefern. Die ganze Bevölkerung wurde zur Mitarbeit aufgefordert und um Mitteilung von Beobachtungen gebeten. Man versorgte die Bevölkerung von Petersburg nach Möglichkeit mit Gasmasken, Schutzausrüstungen und auch mit Informationsmaterial über die Arten der Giftgase und Modalitäten der ersten Hilfeleistung. Auch Erste-Hilfe-Schnellkurse wurden veranstaltet. Die Lösung von gewissen Luft- und chemischen Schutzaufgaben wurde vom Revolu-



tionskomitee zur Verteidigung von Petersburg den Einwohnern und den Hauskommissionen auferlegt. Die Hauskommissionen mußten die Anwohner im Falle von Angriffen der deutschen Luftwaffe alarmieren und Schutzmittel auf Vorrat halten.

Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und des Bürgerkrieges machten deutlich, daß die feindlichen Luftangriffe vor allem gegen Verkehrswege, Eisenbahn-Knotenpunkte und Großstädte mit Industrie gerichtet waren. Dieser Erkenntnis wurde Rechnung getragen, als im August 1926 der Rat für Arbeit und Verteidigung beschlossen hatte,

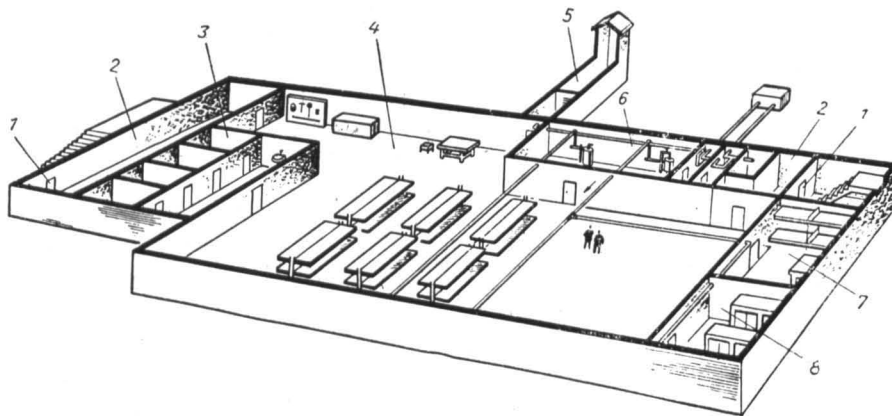
den Schutz der Verkehrswege der Sowjetunion vor Luft- und chemischen Angriffen zu organisieren. Die ersten Maßnahmen beschränkten sich auf den Schutz von wichtigen Objekten in der bedrohten Grenzzone. Zur besseren Gewährleistung der Luftverteidigung schlug Borodačev 1929 vor, diese Zone in Abschnitte zu unterteilen und das gesamte Organisations- und Führungssystem bereits im Frieden für den Krieg aufzubauen.

Mit Beschluß des Rates der Volkskommissare vom 5. April 1932 hat man das Volkskommissariat für Militär- und Marineangelegenheiten mit Organisation



Sowjetische Gasmasken.

ZV in der Sowjetunion



Schema eines Luftschutzraums.

Luftschutzes. Die Leitung der örtlichen Luftschutzorganisationen des Landes wurde an das Volkskommissariat für Inneres, Hauptverwaltung Luftschutz, übertragen.

Bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der Sowjetunion wurden zur Verstärkung des örtlichen Luftschutzes in den gefährdeten Zonen gewaltige Anstrengungen unternommen. Etwa 40 Millionen Bürger nahmen an Luftschutz-Kursen teil, und 30 Millionen Gasmasken hat man bereitgestellt. Mehr als 25000 Luftschutzformationen standen einsatzbereit.

Die Organisation der sowjetischen Luftverteidigung wurde 1940/41 weiterentwickelt, als man Schritte einleitete, die den Übergang von der dezentralisierten Objekt- zur zentralisierten Raumverteidigung ermöglichten. Für die weitere Stärkung des Luftschutzes im Landesmaßstab sorgte der Beschluß Nr. 1812 des Rates der Volkskommissare vom 2. Juli 1941. Er verpflichtete alle Bürger von 16 bis 60 Jahren für den örtlichen Luftschutz. Darüber hinaus mußten die Frauen von 18 bis 50 Jahren, die Männer von 16 bis 60 Jahren im Rahmen der Selbstschutzgruppen mitwirken. Durch diese Maßnahme konnte der Personalbestand der Luftschutzeinheiten im Jahre 1942 auf 6 Millionen erhöht werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Luftschutz erst im Jahre 1949 reorganisiert. Die Landesleitung blieb weiterhin

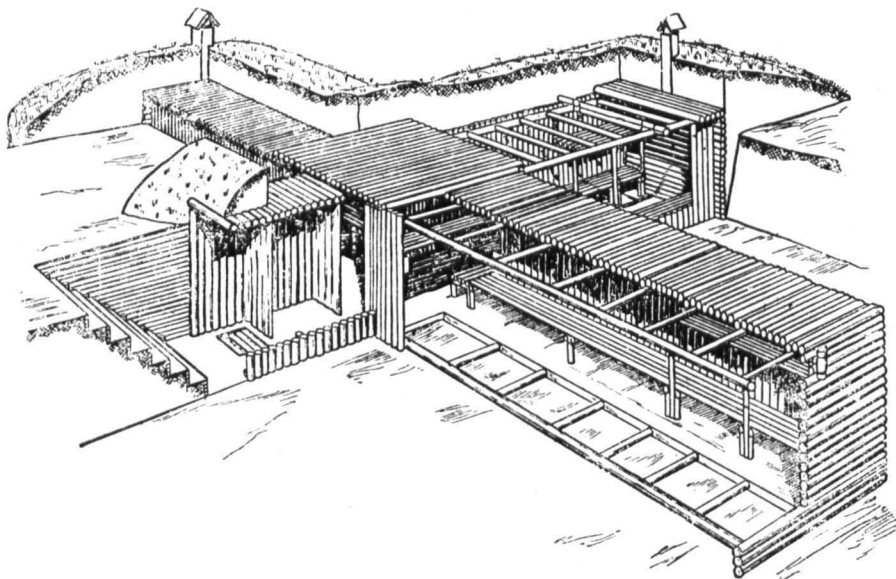
der Luftverteidigung beauftragt. Die 6. Abteilung des Stabes der Roten Arbeiter- und Bauernarmee wurde mit der Führung der Luftverteidigung beauftragt. Die Organisation der Luftverteidigung basierte auf sogenannten Punkten, denen ein vom Volkskommissar für Verteidigung eingesetzter Offizier vorstand, der die Tätigkeit sämtlicher ziviler und militärischer Organe, die für die Luftverteidigung eingesetzt werden konnten, koordinieren sollte. Am 4. Oktober 1932 hat der Rat der Volkskommissare die neuen Grundsätze der Luftverteidigung gutgeheißen. Nach diesen Grundsätzen war die wichtigste Aufgabe der Luftverteidigung, den Schutz der Bevölkerung und des Hinterlandes vor Luftangriffen zu gewährleisten. Der örtliche Luftschutz wurde innerhalb der Luftverteidigung zu einem selbständigen Dienst ausgebaut. Aus diesem Grunde wird heute der 4. Oktober 1932 als Geburtstag des Luftschutzes bzw. der Zivilverteidigung bezeichnet.

Der Luftschutz befaßte sich mit dem Bau von Schutzräumen und Beobachtungsposten, mit dem Ausbau des chemischen Schutzes, mit der Feuerwehr, dem Medizinischen Dienst, Veterinär-dienst, Ordnungs- und Sicherheitsdienst, Warn-, Alarm- und Nachrichtendienst und mit Wiederherstellungsarbeiten. Die Durchführung der vorsorglichen Luftschutzmaßnahmen war nur in den gefährdeten Zonen, bis zur Reichweite der damaligen Flugzeuge des möglichen Feindes, und bloß in den größeren Städten und in jenen Rayons vorgesehen, wo wichtige Objekte untergebracht waren.

Die Tiefe der gefährdeten Zone wurde von Zeit zu Zeit neu festgelegt. Zur Verteidigung von Moskau, Leningrad und Baku wurden besondere Maßnahmen ergriffen. Im Hinterland beschränkte man sich auf die Vorbereitung der Bevölkerung auf den Luft- bzw. chemischen Schutz. Mit der Leitung dieser Arbeit wurde die Staatsverwaltung beauftragt.

In der Ausbildung der Bevölkerung haben die Organisationen des Roten Kreuzes, Roten Halbmondes und der AVIACHIM die wichtigste Rolle gespielt. Die Ausbildung der leitenden Kader erfolgte auf den Schulen der OSSOAVIACHIM.

Der Rat der Volkskommissare übertrug mit seinem Beschluß vom 20. Juli 1937 die gesamte Verantwortung für den örtlichen Luftschutz an die Stadtsovjets. Der Präsident des Stadtsovjets war gleichzeitig Chef des städtischen



Befestigter Luftschutzraum für vierzig Personen.

ZV in der Sowjetunion

Fahrbare Duschanlage zur vollständigen sanitären Behandlung, bestehend aus einem Aggregatfahrzeug, einem Duschanhänger, zwei Zelten zum Aus- und Ankleiden und einem fahrbaren Elektroaggregat.

bei dem Ministerium für Inneres. Der Oberkommandeur des Luftschutzes war der Innenminister, und die örtliche Leitung lag bei den Präsidenten der verschiedenen Sowjetorgane.

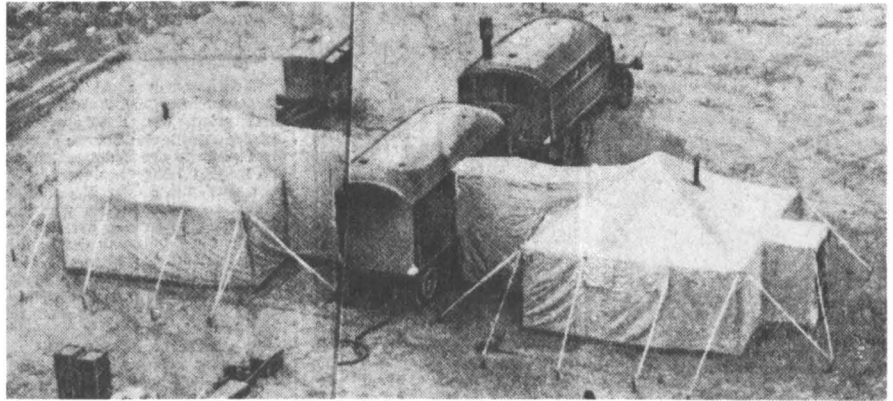
Eine wesentliche Modifizierung der Luftschutzkonzeption der UdSSR erfolgte im Jahre 1956. Der Luftschutz wurde zum ersten Male zum System von „gesamtstaatlichen Maßnahmen“ erklärt, die im Interesse des Schutzes der Bevölkerung vor modernen Angriffsmitteln erlassen werden müssen. Die Errichtung von Luftschutzorganisationen auf dem gesamten Territorium des Landes wurde angeordnet. Die Maßnahmen hatten das Ziel, die Bevölkerung gegen atomare und andere Massenvernichtungsmittel zu schützen und sie auf solche Eventualitäten vorzubereiten. Gleichzeitig hat man die Methoden zum Schutz der Bevölkerung und der Volkswirtschaft überarbeitet.

Organisation der sowjetischen Zivilverteidigung

Ende der fünfziger Jahre beschließen das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung, eine neue Teilstreitkraft zu schaffen – die Strategischen Rakentruppen. In diesem Zusammenhang wurden sowohl die Luftverteidigung als auch der Luftschutz völlig neu organisiert, der letztere wurde 1961 in die Zivilverteidigung (Graždanskaja oborona – GO) umgewandelt. Die neugeschaffene Zivilverteidigung ist zum organischen Bestandteil der gesamtstaatlichen Verteidigungsmaßnahmen erklärt worden. Zum Kommandeur der sowjetischen Zivilverteidigung wurde 1966 Marschall W. I. Tschuikow ernannt. Ihm wurden ein Stab, eine Reihe von Hauptverwaltungen und Abteilungen zur Verfügung gestellt. Nach Errichtung des neuen Führungsorgans wurden auch die örtlichen Organisationen wesentlich umgestaltet.

Das System der Zivilverteidigung erstreckt sich über das gesamte Staats-

Tornisterentgiftungsgerät für die Entaktivierung und Entgiftung von vertikalen und horizontalen Flächen sowie von Geräten und Ausrüstungsgegenständen.



gebiet der Sowjetunion. Die heutige Organisation vereinigt das territoriale Prinzip mit dem Produktionsprinzip. Das territoriale Prinzip richtet sich nach der Struktur der Organe der örtlichen Sowjets (Staatsverwaltung) von oben nach unten, das Produktionsprinzip nach der Leitungsorganisation der Wirtschaft – Ministerien, Trusts, Firmen, Anstalten, Sowchosen und Kolchosen.

Die Grundorganisationen der Zivilverteidigung sind heute die Gemeinde und der Betrieb. Die allgemeine Leitung der Zivilverteidigung liegt in den Gemeinden in den Händen des Exekutivkomitees der Sowjets (Gemeinderat), und die direkte Verantwortung und Befehlsgewalt hat der Vorsitzende dieses Organs. Das grundlegende Leitungsorgan ist der Stab der Zivilverteidigung. Er übt seine Funktion aufgrund der Anwei-

sungen der Partei- und Sowjetorgane, des Leiters der örtlichen Zivilverteidigung und des höheren Stabes aus. Die Stäbe für Zivilverteidigung bestehen vor allem aus Offizieren, aber an ihrer Arbeit nehmen auch Vertreter der KPdSU, der Sowjets, der Gewerkschaften, des Komsomol und anderer Organisationen teil.

Die Zivilverteidigungsorganisationen der örtlichen Sowjets sorgen auch für den Schutz von kleineren Betrieben bzw. Institutionen. Größere Kolchosen, Sowchosen, Betriebe, Institutionen haben eigene Zivilschutzorganisationen. In den Städten und Rayons sind in der Regel folgende Dienststellen der Zivilverteidigung organisiert worden: Nachrichten-, Warn- und Alarmdienst, Sanitätsdienst, Chemischer Schutz, Ordnungs- und Sicherheitsdienst, Brand-



ZV in der Sowjetunion



Fotos links: Bilder von einer sowjetischen Zivilverteidigungsübung.

Ausbildungsarbeit und Ausbildungsprogramm

Die Ausbildungsarbeit der Zivilverteidigung wird nach wie vor in den Organisationen der DOSAAF, des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes geleistet. Diese Organisationen sorgen für die Ausbildung der Bevölkerung und für die Vorbereitung der nichtmilitärischen Einheiten der Zivilverteidigung.

Nach zahlreichen Experimenten wurde 1966 ein neues Programm für die Ausbildung der Bevölkerung eingeführt, das ein allgemeines Minimum an Kenntnissen und Fertigkeiten in der Zivilverteidigung für die ganze Bevölkerung vorschreibt. Das Programm umfaßt eine 21-Stunden-Ausbildung, die aus sieben Themenkreisen aufgebaut ist, wobei zusätzlich zwölf praktische Handgriffe eingeübt werden müssen. Mit der Durchführung des neuen Programms hat man 1967 angefangen.

Die Zivilverteidigungs-Ausbildung erfolgt im Rahmen von verschiedenen obligatorischen Kursen:

1. Kurse für die Ausbildung von Kommandeuren und Leitern der Zivilverteidigung;
2. Weiterbildungskurse für die leitenden Kader;
3. Zivilverteidigungskurse für Arbeiter, Angestellte sowie Kolchos- und Sowchosbauern werden in den betreffenden Fabriken, Betrieben, Instituten, Kolchosen und Sowchosen durchgeführt;
4. Zivilverteidigungsausbildung erhalten die Schüler und Hörer von allen allgemeinen und Fachschulen, Technika und Hochschulen;
5. Zivilverteidigung ist organischer Teil der vormilitärischen Ausbildung aller Jugendlichen.

Im neuen Konzept der Zivilverteidigungsausbildung hat die Schulung der Jugend ein besonderes Gewicht erhalten. Man wies darauf hin, daß Millionen von Jugendlichen die verschiedensten Lehranstalten des Landes besuchen und hier organisatorisch wohl am leichtesten erfassbar sind. Im Studienjahr 1968/69 hat man in den 9., 10. und 11. Klassen im Rahmen der „Wehrkunde“ auch das Fach „Grundlagen der Zivil-



schutz, Technischer Dienst, Chemischer Dienst, Energieversorgungsdienst. An der Spitze eines jeden Fachdienstes steht schon in Friedenszeiten ein Kommandeur, der für die Durchführung der Befehle der höheren Zivilverteidigungsorgane die volle Verantwortung trägt. Die Fachdienste verfügen wiederum über eigene Stäbe, die dem Kommandeur in der Leitung des Fachdienstes mit Rat und Tat beistehen.

An der Spitze der sowjetischen Zivilverteidigung steht das Oberkommando für die Zivilverteidigung. Das Oberkommando wird seit 1972 von Armeegeneral A. T. Altunin (geb. 1921), Stellvertretender Verteidigungsminister, befehligt. Ihm steht ein „Allunionsstab für die Zivilverteidigung der UdSSR“ zur Seite. Darunter gibt es in jedem Wehrkreis entsprechende Dienststellen und Einheiten. In jeder der 15 Unionsrepubliken leitet ein hoher Offizier die Arbeit der Zivilverteidigungsstäbe.

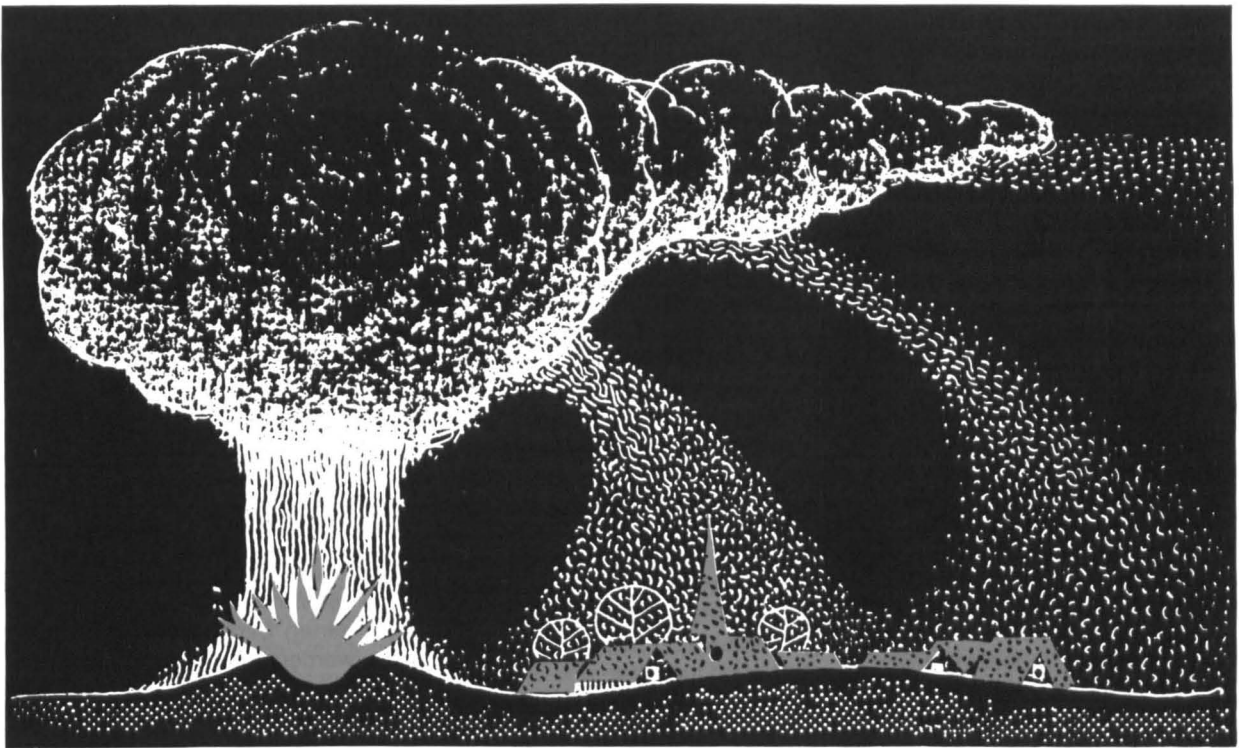
Alle unterstellten Stäbe und Einheiten der Zivilverteidigung haben eng mit den Regions-, Gebiets-, Rayons- und anderen örtlichen Organen der Partei und des Staates zusammenzuarbeiten. Die maßgeblichen Kommandostellen und Stäbe sind durch zuverlässige hohe Militärs besetzt. Stolz wird sowjetischerseits darauf hingewiesen, daß 150 „Helden der Sowjetunion“ der Zivilverteidigung dienen.

Die sowjetische Zivilverteidigung ist ein organischer Teil der Gesamtverteidigung und gehört in den Bereich des Verteidigungsministeriums.



Fortsetzung auf Seite 72.

Die Kunst, nach einem A-Angriff



das Überleben in den Griff zu bekommen

Aus einer Studie der Amerikaner
Haarland, Chester und Wigner ➡

ZV in den USA

Carsten M. Haarland, Conrad V. Chester und Eugene P. Wigner sind im Auftrag der amerikanischen Zivilschutzverwaltung der Frage auf den Grund gegangen, wie nach einem gegen Militär- und Industrieziele sowie gegen Ortschaften gerichteten Nuklearangriff die vorsorglich evakuierte Bevölkerung gegen radioaktive Niederschläge geschützt und mit Lebensmitteln, Wasser und anderen lebenswichtigen Gütern versorgt werden kann. Der Bericht der drei US-Wissenschaftler hat einen Umfang von mehr als zweihundert Seiten. Nachfolgend seien Auszüge aus dem Schlußkapitel wiedergegeben, deren Übersetzung zuerst im Mitteilungsblatt Nr. 268/77 der Internationalen Organisation für Zivilverteidigung, Genf, erschienen ist.

Der Bericht untersucht die Überlebensmöglichkeiten nach einem hypothetischen Atomangriff für Menschen, die während der dem Angriff vorausgehenden Krisenperiode aus den stark gefährdeten Zonen evakuiert wurden. Bei einem Angriff gelangen Bomben mit insgesamt 6559 MT zum Einsatz, wobei 5951 MT am Boden explodieren und militärische, industrielle und städtische Ziele treffen. Es wird angenommen, daß die evakuierte Bevölkerung dank verschiedenartiger Schutzräume genügend gegen radioaktive Niederschläge geschützt sei.

Hauptprobleme nach dem Angriff sind die Kontrolle der Strahlenexponierung und die zureichende Lebensmittelversorgung für mehrere zehn Millionen Menschen. Es wird empfohlen, mehrere Millionen zusätzliche Dosimeter an Lager zu halten, um die Strahlenüberwachung zu gewährleisten. Jedem Dosimeter sollte eine schriftliche Gebrauchsanweisung zur Bewertung der gemessenen Strahlendosen beiliegen.

In den Vereinigten Staaten sind genügend Nahrungsmittelvorräte in Form von Getreidelagern vorhanden; indessen müßte zwei oder drei Wochen nach dem Angriff ein straff organisiertes Transportprogramm anlaufen, um eine allgemeine Hungersnot in gewissen Gebieten zu vermeiden. Sollte der Angriff im Juni stattfinden, wenn das Getreide durch radioaktive Niederschläge am meisten geschädigt wird, könnte der Getreideertrag um rund ein Drittel bis zur Hälfte verringert werden, und weitere Schäden durch eine möglicherweise

erhöhte Ultraviolettstrahlung, die auf die durch die Atomexplosion verursachte Verarmung der Ozonschicht zurückzuführen ist, könnten die Ernteverluste noch zusätzlich vergrößern.

Rund 80 Prozent der Rohöl-Raffinerien der Vereinigten Staaten und fast alle Erdölleitungen würden entweder zerstört oder wären während der ersten Wochen nach einem Angriff nicht funktionstüchtig. Indessen wären auch dann mehrere Milliarden Liter Dieselöl und Benzin in den im ganzen Land verteilten Treibstofflagern vorhanden, was mehr als genügen würde, um die für das Überleben der Bevölkerung notwendigen Getreidetransporte durchzuführen. Die Ergebnisse eines EDV-Programmes, gemäß welchem die Tonnen-Kilometer für Getreidetransporte zwischen den Wirtschaftstätigkeitsgebieten auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden sollen, zeigen, daß weniger als zwei Prozent der Bahntransportkapazität (1970) und weniger als sechs Prozent der Lastwagentransportkapazität (1970) für die Durchführung der notwendigen Getreidetransporte genügen würden. Wesentlich ist, daß während und nach dem Angriff eine starke Bundesregierung die Koordinierung der Überlebensaktionen großen Ausmaßes zwischen den einzelnen Teilstaaten übernimmt.

Nehmen wir an, daß in nicht allzu ferner Zukunft bei einem 6559 MT-Nuklearangriff 5951 MT Bomben am Boden explodieren und Industrie- und Siedlungsgebiete der Vereinigten Staaten treffen. Wird die Bevölkerung der stark gefährdeten Gebiete während der ersten Wochen nach dem Angriff bis zum Einsetzen der Wiederherstellungsoperationen überleben können, wenn sie während der Krisenperiode vor dem Angriff in Schutzräume auf dem Lande verbracht wird, wo sie den direkten Auswirkungen der Kernwaffen nicht ausgesetzt und vor radioaktiven Niederschlägen geschützt ist?

Zwei Gefahren bedrohen unter diesen Umständen das Leben des einzelnen sofort nach dem Angriff:

- (1) übermäßige Strahlenexponierung wegen ungenügender Überwachung und Kontrolle der Strahlendosen;
- (2) Mangel an Lebensmitteln.

In bezug auf die erste Gefahr überprüft der Bericht die für den Fall von radio-

aktiven Niederschlägen festgelegten Exponierungskontrollrichtlinien – einschließlich der kürzlich vom Nationalen Rat für Strahlenschutz veröffentlichten Tabelle der „Strahlenschäden“ – und bewertet die Möglichkeiten, diese Richtlinien zu befolgen.

Hinsichtlich der zweiten Gefahr besteht gemäß dem derzeitigen Programm der Bevölkerungsevakuierung und den Standorten der Getreidelager die Möglichkeit, daß Millionen von Menschen an Nahrungsmittelmangel zugrunde gehen, wenn nicht Nahrungsmitteltransporte zwei oder drei Wochen nach dem Angriff einsetzen. In den Produktionsgebieten ist genügend Getreide in Lagern vorhanden, um die gesamte Bevölkerung der Vereinigten Staaten je nach Jahreszeit während mehreren Monaten bis über ein Jahr lang zu ernähren. Wenn die gelagerten Getreidemengen den Bedarf eines Jahres nicht zu decken vermögen, wächst auf den Feldern genügend Getreide, das großenteils mit nur geringfügiger Strahlengefahr für die Landarbeiter geerntet werden kann, wenn geeignete Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden. Sollte der Angriff im Juni erfolgen, wenn das Getreide im allgemeinen durch radioaktive Niederschläge am meisten geschädigt wird, könnte zwischen einem Drittel und der Hälfte der Jahresernte zerstört werden. Zusätzliche Ernteverluste könnten durch die wegen der Verarmung der Ozonschicht gestiegenen Ultraviolettstrahlung verursacht werden.

Der Transport von Getreide in Mangelgebiete erfordert höchstens zwei Prozent der Bahntransportkapazität (1970) oder höchstens sechs Prozent der Lastwagentransportkapazität (1970), und es wird genügend Treibstoff für diese Transporte übrig bleiben.

Das „Überleben“ des Übermittlungs- und Transportnetzes, der Erdölprodukte, der elektrischen Energie und der medizinischen Hilfsmittel wird nur insoweit überwacht und bewertet, als sie für das Überleben der evakuierten Bevölkerung während der ersten Wochen nach dem Nuklearangriff notwendig sind.

Voraussichtlich werden genügend Amateur-Radiostationen den Angriff überdauern, um der Zivilbevölkerung die wesentlichen Mitteilungen zukommen zu lassen. 1973 gab es in den

Vereinigten Staaten rund vier Millionen Amateur-Radiosender, und diese Zahl hat sich bis 1977 verdoppelt.

Der Transport von Nahrungsmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern wird hauptsächlich per Lastwagen und Eisenbahn erfolgen; es wird angenommen, daß mindestens sechzig Prozent dieser Transportmittel dank der während der Krisenperiode unternommenen Evakuierungsmaßnahmen den Angriff überstehen werden.

Schiffe und Lastkähne werden in den ersten Wochen nach dem Angriff wegen der eingestürzten Brücken und zerstörten Schleusen und Docks kaum nützlich sein, obwohl sie dank der während der Krisenperiode ergriffenen Maßnahmen möglicherweise unversehr geblieben sind.

Pipeline-Terminals werden beschädigt oder an strategischen Standorten zerstört sein, ebenfalls die meisten Erdölraffinerien. Indessen würden ungefähr acht Milliarden Liter Benzin in den Treibstofflagern außerhalb der am stärksten bedrohten Zonen vorhanden sein, was für die zur Durchführung der Überlebensmission während der ersten Wochen nach dem Angriff erforderlichen Eisenbahn- und Lastwagentransporte vollausreichen würde.

Flughäfen von zweitrangiger Bedeutung würden über eine Reserve von mindestens achtzig Millionen Liter Flugbenzin verfügen, wovon ein Teil für die leichten Flugzeuge der Zivilflugpatrouille verwendet werden könnte. Der Vorrang sollte der Rekognoszierung von Transportrouten, der Lokalisierung von Trümmern und eingestürzten Brücken auf Verbindungsstraßen sowie der Überwachung der Strahlungsgefahr mit Luft-Strahlungsmessern eingeräumt werden.

Es wird erwartet, daß während der ersten Wochen nach dem Angriff nur wenige im Verbund arbeitende Elektrizitätswerke in Betrieb sein werden, denn die Verbindungsleitungen werden durch Explosionen und Brände zerstört sein. Es wird angenommen, daß elektrische Energie für das Überleben während der ersten Wochen nach dem Angriff nicht unbedingt erforderlich sein und daß die Stromversorgung während der Wiederherstellungsperiode schrittweise wieder eingerichtet werden wird.

Gemäß den für dieses Forschungsprogramm erarbeiteten Hypothesen soll die Bevölkerung der stark gefährdeten Gebiete „in Übereinstimmung mit dem heute gültigen Notstandsplan“ in weniger bedrohte Gegenden evakuiert werden; nach den ADAGIO EDV-Programm werden 89,6 Millionen Menschen von dieser Evakuierungsmaßnahme betroffen. Ungefähr neunzig Prozent der Bevölkerung der USA würden demnach in die vor den Explosionen und Bränden des 6559-MT-Nuklearangriffs geschützten Gebiete verbracht werden und würden somit die Angriffsperiode überleben.

Gemäß den Hypothesen des Forschungsprogramms wäre der „Strahlenschutz während und nach dem Angriff gewährleistet und würde so praktiziert, wie er dem heutigen Konzept entspricht“. Der durch den 6559-MT-Angriff entstehende radioaktive Niederschlag wäre gefährlicher als derjenige der meisten bis jetzt untersuchten Angriffe, und eine Erhöhung des Schutzfaktors für Schutzräume könnte notwendig werden, um der größeren Gefahr zu begegnen.

Wenn wir von der Annahme ausgehen, daß das heute bestehende Konzept genügend Schutz gegen radioaktive Niederschläge bietet, dürfen wir daraus schließen, daß die meisten der in die Aufnahmegebiete Evakuierten, die den Angriff überleben, ebenfalls die erste Periode nach dem Angriff überleben werden, vorausgesetzt daß:

1. Richtlinien für die Überwachung der Strahlenexposition allgemein bekannt sind, den Schutzrauminassen die notwendige Ausrüstung zur Verfügung steht, um diese Richtlinien zu befolgen, und Kontrollmaßnahmen eingeführt werden, um die tatsächliche Beachtung dieser Richtlinien durch die Schutzrauminassen zu gewährleisten; und daß

2. zwei oder drei Wochen nach dem Angriff ein straff gestaltetes Transportprogramm für Getreide durchgeführt wird, um dem Lebensmittelmangel in den Gebieten vorzubeugen, die nicht über genügend Nahrungsreserven verfügen. Mit fast vollkommener Sicherheit kann gesagt werden, daß kurz nach dem Angriff genügend Getreidevorräte und eine bei weitem ausreichende Transportkapazität vorhanden sein werden.

Eine angemessene Ausstattung der Schutzräume umfaßt: genügend große Lebensmittel- und Wasservorräte für die voraussichtliche Dauer des Aufenthaltes im Schutzraum, angemessene Lüftung, zwei oder mehr Strahlungsmesser und/oder Dosimeter für Schutzräume mit 50 oder mehr Insassen, Gegensprechanlage entweder mittels tragbarem Radiosender-Empfänger oder mittels Telefon und mindestens einen tragbaren AM-Radioempfänger pro Schutzraum. Zur Zeit stehen nicht genügend Dosimeter oder Strahlenüberwachungsgeräte zur Verfügung, um zwei Geräte pro Schutzraum vorzusehen. Indessen gibt es mehr als genug tragbare AM-Radioempfänger, und die Sendungen der AM-Stationen sollten genügend Informationen über radioaktive Niederschläge in ihrer Umgebung enthalten, um zu vermeiden, daß Unglücks- oder Todesfälle eintreten, weil die Leute die Schutzräume zu rasch nach dem Angriff verlassen.

Dank zusätzlicher bescheidener Anstrengungen des Zivilschutzes während der kommenden Jahre könnte die Zahl der Überlebenden im Vergleich zur heutigen Lage beträchtlich gesteigert werden, indem sämtliche Möglichkeiten der derzeit bestehenden Not-Evakuierungspläne ausgeschöpft würden.

Die größere Gefahr, die sich aus den höheren Strahlungswerten der radioaktiven Niederschläge ergibt, erfordert möglicherweise ein Anheben des Schutzfaktors für Schutzräume, um die Zahl der Opfer zu verringern, und ebenfalls ist die Strahlendosis so zu überwachen, daß Strahlen in der Zeit nach dem Angriff soweit möglich nur außerhalb des Schutzraumes absorbiert werden. Wenn der heutige Strahlenschutz genügt, wie wir es für diese Untersuchung annehmen, wird aufgrund der größeren Gefahr als zusätzliche Erfordernis eine größere Anzahl Dosimeter an Lager gehalten werden müssen.

Während des Aufenthaltes im Schutzraum kann es notwendig werden, daß ein oder mehrere Freiwillige eine dringende Mission in die Außenwelt unternehmen müssen, und im Laufe eines verlängerten Aufenthaltes werden immer mehr Leute den Schutzraum verlassen müssen, um verschiedene Aufgaben wahrzunehmen. Wenn ein Schutzraum durchschnittlich hundert Menschen faßt, sollten mindestens drei

ZV in den USA

Dosimeter vorhanden sein, um einen relativ genauen Hinweis auf die absorbierte Gesamtdosis derjenigen zu erhalten, die den Schutzraum während der Spätperiode nach dem Angriff arbeitshalber verlassen, das heißt, während der Zeit, wo die Schutzräume schrittweise geräumt werden. Ein weiterer Dosimeter sollte im Schutzraum verbleiben, um die von den Insassen akkumulierte Strahlendosis festzustellen.

Wenn 180 Millionen Menschen in die Aufnahmegebiete evakuiert und durchschnittlich hundert Personen in einem Schutzraum untergebracht werden, für den drei Dosimeter vorgesehen sind, werden für die Schutzräume 5,4 Millionen Dosimeter notwendig sein. Im übrigen wird eine Anzahl Menschen in kleinen Schutzräumen mit einem Fassungsvermögen von 5 bis 10 Personen Unterkunft finden. Diese Schutzräume sollten über mindestens ein Dosimeter verfügen, das für die nachfolgenden Personen unerlässlich ist.

Falls in den Schutzräumen keine Dosimeter verfügbar sind, könnten sich gewisse Leute weigern, den Raum zu verlassen, obwohl ihnen in den Lokalsendungen der AM-Radiostationen mitgeteilt wird, daß die Radioaktivität auf ungefährliche Werte abgesunken ist.

Die Arbeitnehmer der Schlüsselindustrien sollten ebenfalls mit Dosimeter ausgerüstet werden, da sie aufgefordert werden könnten, freiwillig an ihre Arbeitsplätze in radioaktiv verseuchten Gebieten zurückzukehren.

Jede Person, die ein solches Gebiet allein betreten muß, sollte über ein Dosimeter und jede kleine Gruppe von zwei bis fünf Personen, die in einem verseuchten Gebiet arbeitet, über mindestens zwei Dosimeter verfügen. Wenn eine in einem solchen Gebiet arbeitende Gruppe nur ein Dosimeter hat und dieses während der Arbeitszeit beschädigt wird, kann die absorbierte Dosis nicht aufgezeichnet werden, und es muß angenommen werden, daß die Gruppe den in dieser Zone von den Strahlungsüberwachungsgeräten gemessenen Höchstwerten ausgesetzt war.

Dieses Verfahren, das demjenigen der Strahlungsüberwachungseinheiten ähnlich ist, bringt im allgemeinen für

eine solche Personengruppe die Einstellung der Arbeit während einer gewissen Zeit mit sich; die Dauer hängt von der bisher akkumulierten Strahlendosis und der Strahlungsintensität der am stärksten exponierten Stellen der Arbeitszone ab. Wenn wir annehmen, daß zwanzig Prozent der nicht in der Landwirtschaft beschäftigten Industriearbeiter in Schlüsselindustrien tätig sind, und daß durchschnittlich für jede zweite Person ein Dosimeter benötigt wird, werden für diese Arbeitnehmer 7,2 Millionen Dosimeter erforderlich sein. Rund die Hälfte der für die Schutzräume vorgesehenen Dosimeter könnte möglicherweise für diese Arbeitskräfte der Schlüsselindustrien verwendet werden. Dadurch würde sich die Zahl der für diese Arbeitnehmer benötigten Dosimeter auf 4,5 Millionen verringern, wenn 5,4 Millionen für die Schutzräume zur Verfügung gestellt werden (obwohl für die Schutzräume mehr Dosimeter notwendig sind, wenn die nicht voll belegten Räume ebenfalls miteingerechnet werden).

Zusätzliche Dosimeter könnten für die Landwirte erforderlich sein für den Fall, daß ihre Felder während der Aussaat- oder Erntezeit mit radioaktiven Niederschlägen verseucht werden. Wegen der spezifischen Gegebenheiten der Feldarbeit sollte für jeden Landarbeiter ein Dosimeter vorgesehen werden. Das bedeutet, daß rund 2,3 Millionen Dosimeter für die Landwirtschaft bereitgestellt werden müßten.

Aufgrund dieser ungefähren Schätzungen wären rund 12,2 Millionen Dosimeter erforderlich verglichen mit 2,7 Millionen heute verfügbaren Geräten. Eine gründlichere Untersuchung sollte angestellt werden, um die Zahl der zusätzlichen Dosimeter genauer festzulegen, die angesichts der größeren Bedrohung durch die heutigen, stärkeren Nuklearkraftwerke notwendig sind. Aus unserer groben Schätzung ergibt sich klar, daß eine große Anzahl zusätzlicher Dosimeter gebraucht würde. Wenn diese nicht geliefert werden können, sollten in einer breit angelegten Informationskampagne Anweisungen zum Bau von improvisierten Radioaktivitätsmessern gegeben werden.

Weitere Evakuierungspläne sollten erarbeitet werden, die nicht nur die Bestrahlung durch radioaktive Niederschläge auf ein Mindestmaß reduzie-

ren, sondern auch das Ausmaß der nach dem Angriff erforderlichen Getreidetransporte verringern würden. Zum Beispiel entsteht bei einer Massenevakuierung der Bewohner von New York und Boston nach den Staaten Neu-England eine schwierige Lebensmittelversorgungslage, während die Getreidetransporte stark reduziert werden könnten, wenn ein Teil dieser Bevölkerung während der Evakuierung beispielsweise bis nach Ohio oder Virginia vordringen würde. Weitere Forschungsarbeiten im Nährpflanzenbereich sind notwendig, um die Auswirkungen der radioaktiven Niederschläge in Kombination mit der zusätzlichen ultravioletten Strahlung, die sich aus der Verarmung der Ozonschicht ergeben könnte, zu untersuchen. Es muß hervorgehoben werden, daß die Gamma- und Betastrahlungsfelder, denen die Pflanzen ausgesetzt werden, die sich abschwächende Intensität der radioaktiven Niederschläge während der der Explosion folgenden Periode simulieren müssen. In der Vergangenheit wurde ein Gammastrahlungsfeld von gleichbleibender Intensität verwendet; die Extrapolation dieser Ergebnisse auf den Fall eines Strahlungsfeldes mit abnehmender Intensität kann wegen des in den Pflanzen auftretenden Selbsterholungsmechanismus kaum als gültig erachtet werden.

Es sollten zusätzliche Landkarten der USA vorbereitet werden, welche die Umrisse der Gebiete mit radioaktiven Niederschlägen bezogen auf die Dosismaten pro Zeiteinheit und unter Berücksichtigung verschiedener Windverhältnisse aufzeigen würden. Diese Karten wären für die Planung und Schadeneinschätzung von allgemeinem Nutzen.

Für jede Region sollten detaillierte Schätzungen über die Mengen und den Zustand der nach dem Angriff verfügbaren Lebensmittel (außer Getreide) vorgenommen werden, und es sollte festgestellt werden, inwieweit die Nahrungsmittelverarbeitende Industrie die den Angriff überlebende Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgen könnte.

Eine Liste der für die Unterbringung von Menschen geeigneten Höhlen und Bergwerke sollte aufgestellt werden, wobei das Auftreten der Darlingschen Krankheit (Histoplasmosis) an solchen Orten besonders zu berücksichtigen sein wird.

ZV in den USA

Wie in der Einführung erwähnt wurde, stellt sich durch die Evakuierung der Stadtgebiete auch das Problem der Versorgung einer großen Anzahl von in den Aufnahmezonen verstreuten Personen, die durchgeführt werden muß, ohne daß dadurch das nationale und lokale Lebensmittelversorgungssystem lahmgelegt wird.

Deshalb wurde aufgrund von in den

Vereinigten Staaten unternommenen Forschungsarbeiten ein Schema für den Fall einer internationalen Krise aufgestellt, das der evakuierten Bevölkerung Zugang zu den normalen Handelsquellen gewährt und ihr erlaubt, sich mit Nahrungsmitteln zu versorgen, die von den lokalen Großhändlern und Verteilern an Lager gehalten werden. Dieses Versorgungsschema, das so-

wohl die Bevölkerung in der Gefahrenzone als auch im Aufnahmegebiet erfaßt und bei der Notevakuierung zur Anwendung käme, kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

(Vorbemerkung: Die Redaktion der ZIVILVERTEIDIGUNG hat aus Platzgründen, in dem US-Schema einige, die Gesamtaussage nicht beeinträchtigende Kürzungen vorgenommen.)

	Tätigkeiten in der Gefahrenzone	Tätigkeiten im Aufnahmegebiet
Produzenten	Weiterführung sämtlicher landwirtschaftlicher Tätigkeiten von nationaler, regionaler und lokaler Bedeutung.	Weiterführung sämtlicher landwirtschaftlicher Tätigkeiten.
Verarbeitende Industrie	Weiterführung der Tätigkeiten ausschließlich in den Bereichen der verarbeitenden Industrie, die die im Notplan aufgeführten Güter herstellen und die national oder regional von Bedeutung sind oder auf lokaler Ebene über einen bedeutenden Marktanteil verfügen. Ermutigung der Arbeitnehmer der stillgelegten Verarbeitungsstätten, ihre Kenntnisse in den Dienst ähnlicher Verarbeitungsbetriebe im Aufnahmegebiet zu stellen.	Weiterführung sämtlicher Tätigkeiten in der nahrungsmittelverarbeitenden Industrie; wenn möglich Steigerung der Produktion dank der evakuierten Arbeitnehmer und des brachliegenden Potentials.
Großhändler	Weiterführung sämtlicher Großhandelstätigkeiten zur Belieferung von Filial- und unabhängigen Betrieben, die über einen bedeutenden Anteil (über zehn Prozent) am lokalen Markt verfügen, gemäß den auf staatlicher und regionaler Ebene festgelegten revidierten Verteilungsplänen.	Weiterführung sämtlicher Lager- und Verteilertätigkeiten, womöglich Ausdehnung der Operationen unter Benutzung von beschlagnahmten Räumlichkeiten, Einführung von Überstunden und Einsatz von evakuierten Arbeitnehmern.
Transportgewerbe	Möglichst rasches Leeren der kleineren Lagerhäuser und Transport der Güter zu den Versorgungsstellen und Lagerhäusern des Versorgungsgebietes. Ermutigung der Arbeiter aus stillgelegten Betrieben zur Arbeitsaufnahme in den Lagerhäusern des Aufnahmegebietes. Ausbau des Wagenparkes und Einsatz einer größeren Zahl von Fahrern, je nach Bedürfnissen und gemäß dem von der National Defence Transportation Association festgelegten Richtlinien und Verfahren zur Übernahme von Personal und Ausrüstungen aus anderen Sektoren.	Ausbau des Wagenparkes und Einsatz einer größeren Zahl von Fahrern, je nach den Bedürfnissen und gemäß dem von der National Defence Transportation Association festgelegten Richtlinien und Verfahren zur Übernahme von Personal und Ausrüstungen aus anderen Sektoren. Leistungssteigerung bei Fahrzeugen und Fahrern dank der Aufhebung von Fahrervorschriften und Gewichtsbeschränkungen; kürzere Stillstandzeiten; gelockerte Wartungsanforderungen; volle Auslastung der Paletten; und schließlich Transport von notwendigen Gütern.

ZV in den USA

	Tätigkeiten in der Gefahrenzone	Tätigkeiten im Aufnahmegebiet
Einzelhändler	Beachtung der Preisregelung und der Beschränkung auf einen Einkauf pro Person — Maßnahmen, die in der der Krisenperiode vorangehenden Zeit und während der Evakuierungsperiode für das ganze Land gültig sind. Offenhalten der Geschäfte während der Evakuierungsperiode, soweit es die Vorräte und der Personalstand zulassen. Schließung während der Krisen- und Notevakuierungsperiode und Berichterstattung über die noch vorhandenen Vorräte.	Beachtung der Preisregelung, der Beschränkung auf einen Einkauf pro Person, der Rationierungspläne und des Couponsystems — Maßnahmen, die in der der Krisenperiode vorangehenden Zeit und während der Evakuierungsperiode für das ganze Land gültig sind. Weiterführung des Verkaufs von Nahrungsmitteln in Einzelhandelsgeschäften, je nach Bedarf erweiterte Tätigkeit unter Einsatz von zusätzlichem Personal aus den evakuierten Gefahrenzonen; verlängerte Öffnungszeiten; Bewilligung von Überstunden; Auffüllen der Lager während der Nacht; Nutzung der in der Nähe gelegenen, geeigneten Lagerräumlichkeiten.
Verpflegungsbetriebe	Kettenrestaurants mit Ablagen im Aufnahmegebiet sollten ihre Vorräte in diese Ablagen verbringen und dort Personal einsetzen. Gemeinschaftsverpflegungsbetriebe sollten während der Evakuierungsperiode möglichst viele Mahlzeiten vorbereiten und sie der Bevölkerung im Evakuierungsgebiet zur Verfügung stellen. Cateringbetriebe sollten ihre gesamte mobile Ausrüstung und den größtmöglichen Teil ihrer Vorräte in das Aufnahmegebiet verlagern. Institutionen und Geschäfte mit Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen sollten ihre Vorräte und Ausrüstungen in die Aufnahmegebiete transportieren.	Restaurants und mit Kantinen ausgestattete Institutionen sollten ihre Tätigkeit ausweiten, indem sie zusätzliches Personal aus den evakuierten Gefahrenzonen einstellen; Erhöhen der Sitzkapazitäten; Nutzung der in der Nähe gelegenen, geeigneten Lagerräumlichkeiten (Garagen usw.). Die Massenverpflegung in den mit Kantinen ausgestatteten Institutionen wird durch spezialisierte Dienststellen überwacht. Verteilung von Kücheneinheiten und eintreffenden Vorräten nach Bedarf an Institutionen, Restaurants, Pflegeeinrichtungen und Privathäuser mit Beherbergungsmöglichkeiten.
Verbraucher	Vermeiden von Hamsterkäufen in der der Krisenperiode vorangehenden Zeit. Transport von möglichst großen Mengen an unverderblichen Nahrungsmitteln ins Aufnahmegebiet nach Maßgabe der Eigenvorräte und der Transportmittelkapazität. Ein ein- bis zweiwöchiger Vorrat sollte genügen.	Vermeiden von Hamsterkäufen in der der Krisenperiode vorangehenden Zeit. Aufforderung an die Bewohner der Aufnahmegebiete, die Evakuierten zu beherbergen und zu speisen.
Überwachung	Preisregelung und liberale Auslegung der Vorschrift: ein Einkauf pro Person in Einzelhandelsgeschäften in der der Krisenperiode vorangehenden Zeit und während der Evakuierungsperiode.	Preisregulierung und Rationierungscoupons in Einzelhandelsgeschäften, Restaurants und Massenverpflegungsstätten während der Krisen- und Evakuierungsperiode.

Wolfram Such/Wilfried Hampel

Druck. luft. hebung

**Ein neues Förderverfahren
für Trinkwassernotbrunnen**



Wassersicherstellung

1. Einleitung

Im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Trinkwasser-Notversorgung aus Brunnen und Quelfassungen“ sind seit 1968 als Vorsorgemaßnahmen nach dem Wassersicherstellungsgesetz [1] sowie den dazu erlassenen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften [2] mehr als 2400 netzunabhängige Einzelbrunnen, in geringem Umfang auch kurze Verbundleitungen, mit Mitteln des Bundes in Höhe von bisher rd. 107 Millionen DM errichtet worden.

Mit diesen nach Dringlichkeitsstufen und dem mit den Bundesländern abgestimmten Prioritätenprogramm vornehmlich in Ballungsgebieten (Verdichtungsräumen) und Großstädten hergestellten Anlagen können unter Ein-schluß der insbesondere in Berlin-West bereits vor 1968 vorhandenen ca. 900 Einzelbrunnen bei Ausfall der zentralen Wasserversorgung zur Zeit etwa 14 Millionen Einwohner, das sind rd. 23 Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik, mit dem lebensnotwendigen Bedarf an Trinkwasser von 15 Liter je Person und Tag (gemäß § 2 der 1. WasSV) versorgt werden.

Das im Jahr 1977 angelaufene Ergänzungsprogramm „Trinkwasser-Notversorgung und großräumiger Ausgleich“ — wichtiger Teil des Programmes der Bundesregierung für Zukunftsinvestitionen — sieht zusätzliche Ausgaben in Höhe von insgesamt 100 Millionen DM für Anlagen zur lebensnotwendigen Versorgung der Bevölkerung mit Trink-, Betriebs- und Löschwasser vor.

Nach diesem Programm werden neben erstmalig in größerem Umfang zu verwirklichenden Maßnahmen zur Herstellung eines großräumigen Versorgungsausgleiches durch Verbundleitungen zwischen verschiedenen Städten und Gemeinden bzw. den Wasserverteilungsnetzen benachbarter Versorgungsunternehmen weitere Trinkwassernotbrunnen errichtet, womit zusätzlich rd. sechs Millionen Einwohner in Not- und Katastrophenfällen zu versorgen sind.

2. Anlaß

Die Planung, Ausführung und Ausstattung der Trinkwassernotbrunnen erfolgt nach Regelentwürfen, über deren mit Rundschreiben Nr. 40 vom 23. 4. 1976

an die für die Wasserwirtschaft zuständigen obersten Landesbehörden durch den Bundesminister des Innern eingeführte Neufassung (Arbeitsblatt 1 — 3. Auflage [3]) in Heft III/1976 von ZIVILVERTEIDIGUNG berichtet worden ist [4]. Danach werden die Notbrunnen bei einem Wasserbedarf bis 3 m³/h mit eingebauten oder transportablen Handpumpen (Druck- und Saugpumpen) sowie bei größeren Fördermengen und tieferer Lage des Grundwasserspiegels mit eingebauten oder transportablen Motorpumpen, insbesondere mit elektrischen Unterwassermotorpumpen, ausgerüstet.

Die erforderliche Elektroenergie ist dabei entweder dem öffentlichen Netz zu entnehmen oder muß von netzunabhängigen Stromerzeugern geliefert werden.

Die laufende Unterhaltung und Wartung der für seltene Einsatzfälle und Ausnahmesituationen sowie relativ kurze Einsatzdauer vorzuhaltenden Trinkwassernotbrunnen erfordern einen nicht unerheblichen Aufwand, vor allem für die elektrischen Fördereinrichtungen und Installationen. Nach § 9 Wassersicherstellungsgesetz obliegt es dem Leistungspflichtigen, die Anlagen für die Trinkwassernotversorgung, zu deren Bau, Umbau oder Erhaltung er verpflichtet worden ist, ordnungsgemäß zu warten und betriebsfähig zu halten. Hierzu sind vom Bundesministerium des Innern Richtlinien erlassen worden [5].

Schwierigkeiten bei der Instandhaltung und erhebliche Beeinträchtigungen in der Lebensdauer der Einrichtungen von Trinkwassernotbrunnen sind insbesondere bei Grundwasservorkommen mit aggressiven Eigenschaften sowie Inhaltsstoffen in erhöhten Konzentrationen, die zur Ausscheidung neigen, also erhöhte Gefahr von Korrosion und Verockerung bieten, zu erwarten. Diese Gesichtspunkte haben bereits vor längerer Zeit im Auftrag vom für die Durchführung des Wassersicherstellungsgesetzes zuständigen Referat beim Bundesministerium des Innern zu gemeinsamen Untersuchungen von Dienststellen des Katastrophenschutzes sowie wasserwirtschaftlichen und wissenschaftlichen Dienststellen über geeignete alternative Fördereinrichtungen mit folgenden Eigenschaften geführt:

- möglichst keine beweglichen Teile im Brunnen unterhalb des Wasserspiegels;
- sofortige Gebrauchsfähigkeit auch nach längerer Betriebsruhe;
- möglichst unterhaltungs- und wartungsfrei;
- einfache und gefahrlose Bedienung auch durch nicht speziell ausgebildetes Personal, z. B. von Katastrophenschutzorganisationen;
- möglichst lange Lebensdauer und Betriebsfähigkeit;
- Möglichkeit zur Regelung der geförderten Wassermenge in Abhängigkeit vom schwankenden Bedarf;
- möglichst geringe Baukosten;
- eine robuste und insbesondere in Notstandszeiten narrensichere Fördereinrichtung sowie schließlich
- Antrieb der Fördereinrichtung unabhängig von der öffentlichen Energieversorgung und durch möglichst weitverbreitete, universell einsetzbare sowie einfach zu bedienende Aggregate.

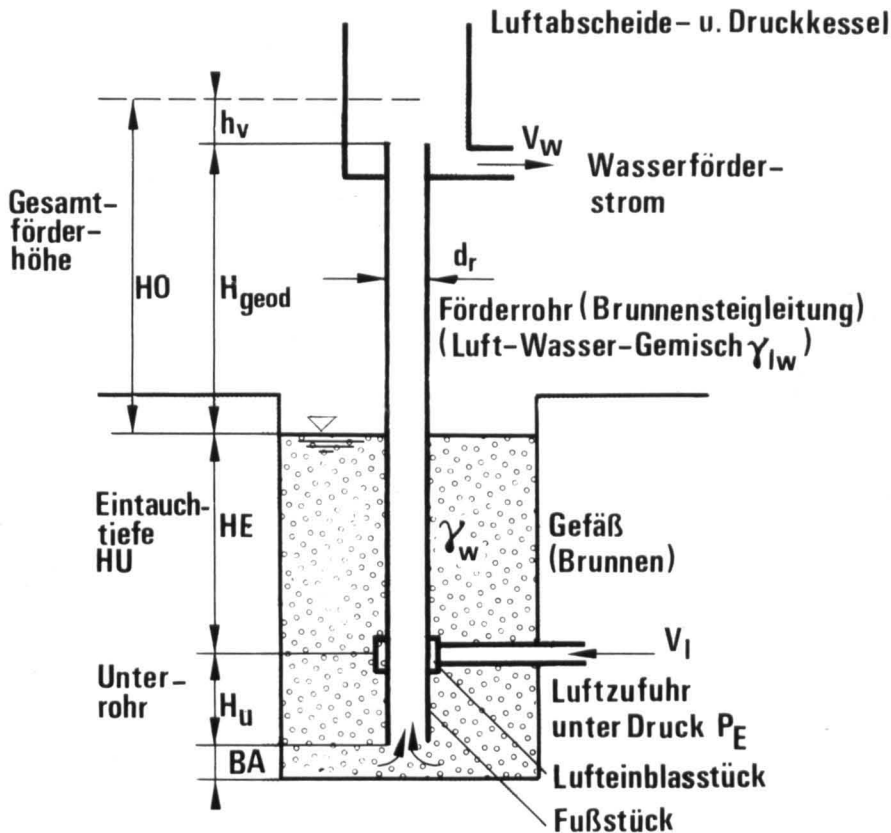
Aufgrund dieser Bedingungen ist das sogenannte Lufthebeverfahren bis zur praktischen Anwendung weiterentwickelt, sein Einsatz abschließend in wirtschaftlicher Hinsicht untersucht und mit Rundschreiben Nr. 47 des Bundesministeriums des Innern vom 20. 2. 1978 an die für die Wasserwirtschaft zuständigen obersten Landesbehörden bei Planungen von Trinkwassernotbrunnen eingeführt worden.

Die hierbei durchzuführenden technisch-wirtschaftlichen Vergleichsuntersuchungen, anzuwendenden Bemessungsregeln, zugrunde zu legenden Konstruktionszeichnungen, das Musterleistungsverzeichnis und die Betriebsanleitung wurden in einem Arbeitsblatt zusammengefaßt [6], das eine Ergänzung des Arbeitsblattes 1 für den Bau der Bohrbrunnen und die Lieferung und Montage der Brunnen-ausrüstung im Hinblick auf die neue Fördereinrichtung darstellt [3].

3. Drucklufthebung

Das Drucklufthebeverfahren, auch als Mischlufthwasserheber, Loescher- oder Mammutpumpe, in letzter Zeit ferner als Airlift bezeichnet, ist seit etwa Ende des 18. Jahrhunderts bekannt. Unter Ver-

Wassersicherstellung



$$(H_O + H_E) \gamma_{lw} = H_E \cdot \gamma_w$$

$$H_O = H_{geod} + h_v$$

wendung von Druckluft als Energieträger dient es zur Förderung von reinem, verschmutztem und besonders mit Feststoffen beladenem Wasser in senkrechter Rohrleitung.

Das Prinzip der Lufthebung findet auch Anwendung in der Bohrtechnik beim Einsatz von Lufthebebohrgeräten, bei der Entsandung und Regenerierung von Brunnen und beginnt in der Meerestechnik bei der Förderung von am Seeboden lagernden Mineralien, wie z. B. Manganknollen, aus größeren Tiefen Bedeutung zu erlangen.

Bei den Trinkwassernotbrunnen wird die Druckluft in der Regel von fahrbaren Kompressoren üblicher Bauart geliefert, wie sie vor allem in der Bauindustrie und Versorgungswirtschaft für vielfältige Einsatzzwecke zur Verfügung stehen.

Bild 2: Abhängigkeit von Luft- und Wasservolumenstrom bei der Drucklufthebung.

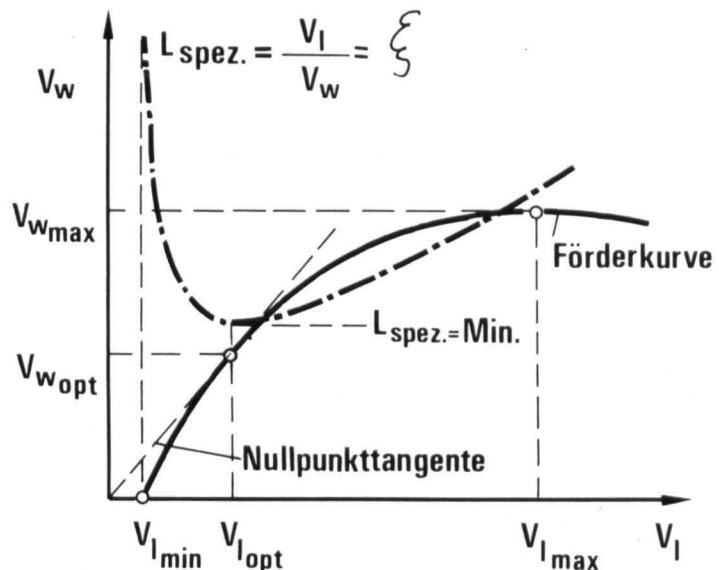
Das Drucklufthebeverfahren beruht auf dem Prinzip der kommunizierenden Röhren. Hiernach stellt sich — wie Bild

Bild 1: Prinzip einer Drucklufthebeanlage.

1 verdeutlicht — in einem beiderseitig offenen Rohr, das in ein wassergefülltes Gefäß eintaucht, der gleiche Wasserspiegel ein. Bläst man im Bereich des unteren Rohrendes Druckluft ein, steigt diese in Blasenform im Rohrrinnen auf, und es bildet sich innerhalb des Förderrohres ein im Vergleich zum Wasser im Gefäß spezifisch leichteres Luft-Wasser-Gemisch. Bei laufendem Nachschub von Druckluft in das Förderrohr wird das Luft-Wasser-Gemisch durch das im Gefäß befindliche reine Wasser über den bisherigen Wasserspiegel hinaus gefördert. Dabei bildet sich ein Gleichgewicht zwischen der reinen Wassersäule im Gefäß (z. B. Brunnen), der inneren reinen Wassersäule im Unterrohr HU vor der Mischung, der Gemischsäule im Förderrohr und den hierin bei der Förderung entstehenden Druckverlusten (Bild 1).

4. Bestimmende Faktoren

In experimentellen Untersuchungen im Laboratorium sowie an in Notbrunnen installierten Lufthebeanlagen sind die Zusammenhänge zwischen geförderter Wassermenge und hierzu notwendigem Druckluftbedarf, Durchmesser, Länge und Eintauchtiefe des Förderrohres u. a. m. ermittelt worden. Sie dienen zugleich der Ermittlung der Betriebsbereiche und -daten, wo die für die Lufthebung charakteristische pul-



Wassersicherstellung

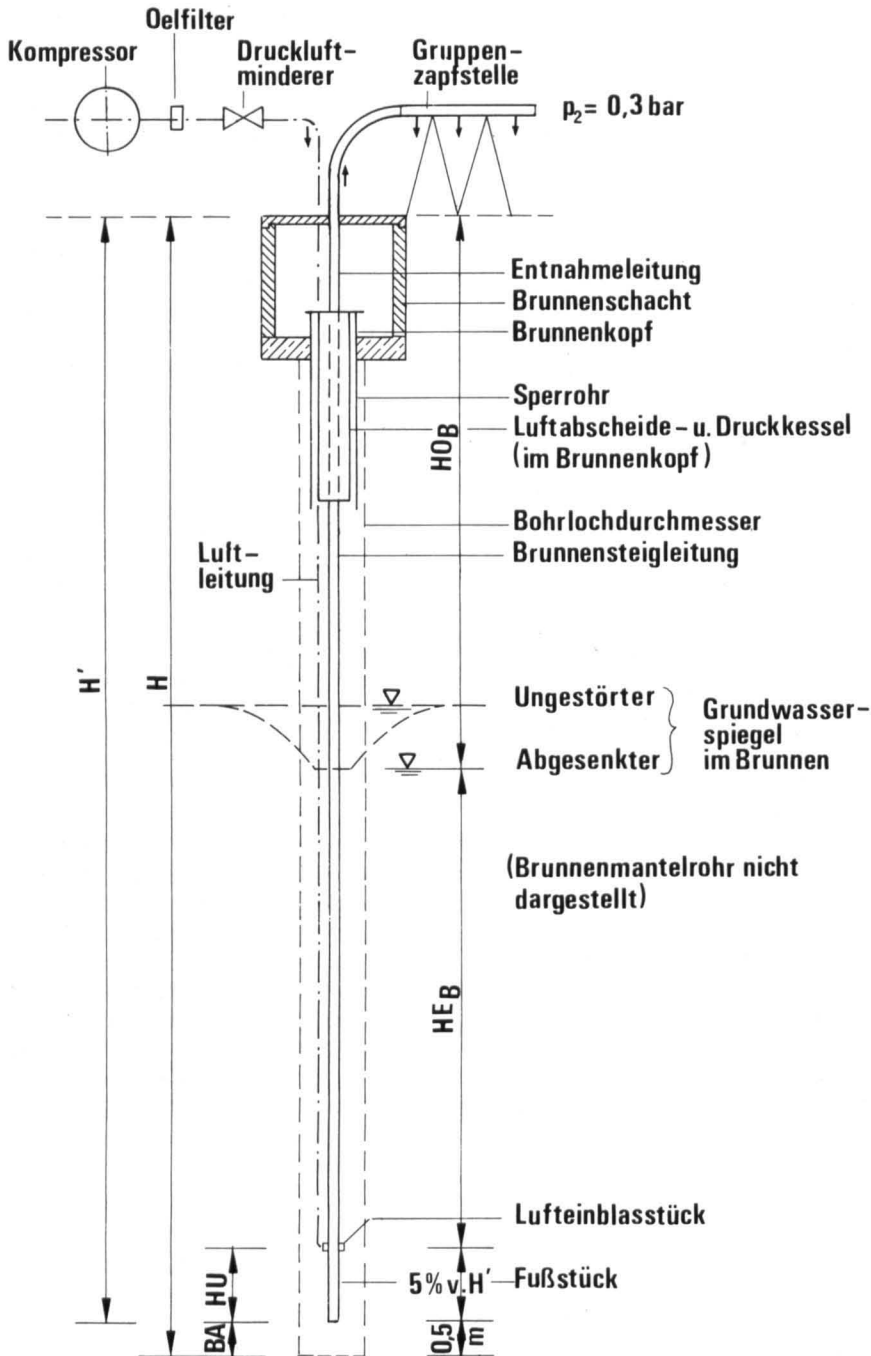


Bild 3: Schema eines Brunnens mit Drucklufthebeanlage.

zum bzw. die Lufthebeanlage ihren besten Wirkungsgrad. Dieser optimale Betriebspunkt ($V_{w, \text{opt}}$, $V_{l, \text{opt}}$) bildet zugleich ziemlich genau die Grenze zwischen pulsierender und gleichmäßiger Förderung. Der Wasserförderstrom erreicht einen Maximalwert $V_{w, \text{max}}$, der auch bei weiterer Steigerung der Luftzufuhr nicht überschritten wird.

Über einen weiten Bereich bleibt die geförderte Wassermenge, unabhängig von erhöhter Luftzufuhr, praktisch gleich. Bei sehr großen Luftvolumenströmen, die allerdings beim Betrieb von Notbrunnen kaum erreicht werden, läßt sich sogar ein deutliches Abfallen des geförderten Wasservolumenstromes feststellen. In diesen Förderbereichen nehmen die annähernd quadratisch mit dem Gemischstrom wachsenden Strömungsverluste schneller zu als die zugeführte Leistung.

Von ausschlaggebender Bedeutung für den wirtschaftlichen Einsatz der Drucklufthebung und eine gleichmäßige Förderung ist das Eintauchverhältnis φ . Diese dimensionslose Größe drückt das Verhältnis zwischen dem Abstand vom abgesenkten Grundwasserspiegel im Brunnen bis zur Lufteintrittsöffnung (Eintauchtiefe der Förderleitung im Betrieb HE_B) und dem Abstand des abgesenkten Grundwasserspiegels von der Geländeoberfläche (geodätische Förderhöhe bis Oberkante Gelände HO_B — siehe Bild 3) aus:

$$\varphi = \frac{HE_B}{HO_B}$$

Die Tendenz zu stoßfreier Förderung wächst mit zunehmender Größe des Eintauchverhältnisses φ bei abnehmender Länge der Brunnensteigleitung. Da demnach die Förderung um so günstiger erfolgt, je flacher ein Brunnen und je geringer der Flurabstand des im Betrieb abgesenkten Grundwasserspiegels ist, kommt der Wahl des Eintauchverhältnisses zugleich entscheidende wirtschaftliche Bedeutung zu. Die Kosten für den Bau eines Brunnens sind nämlich um so niedriger, je kleiner das Eintauchverhältnis ist.

Bei den Trinkwassernotbrunnen, die in der Regel für die Förderung des lebensnotwendigen Trinkwasserbedarfes ge-

sierende, stoßweise Förderung von Luft-Wasser-Gemisch in einen möglichst gleichmäßigen Förderstrom übergeht.

In Bild 2 ist die Abhängigkeit zwischen gefördertem Wasservolumenstrom V_w und zugeführtem Luftvolumen V_l mit der für eine Lufthebeanlage typischen

Förderkurve aufgezeichnet. Von besonderer Bedeutung ist der Berührungspunkt der vom Nullpunkt aus an die Förderkurve gelegten Tangente. Hier erreicht der als strichpunktierter Linienzug dargestellte spezifische Wasserverbrauch ($L_{spez.}$), also das Verhältnis von aufgewendeter Luft zu gefördertem Wasser V_l/V_w , sein Mini-

Wassersicherstellung

maß § 2 der Ersten Wassersicherstellungsverordnung [2] von 15 Liter je Person und Tag für jeweils 6000 Einwohner innerhalb von 15 Stunden am Tag, demnach also für mindestens 1,7 l/s, das sind 6 m³/h, bemessen werden, hat sich ein unterer Grenzwert für das Eintauchverhältnis = 0,4 als von der Art der Förderung noch anwendbar bzw. aus wirtschaftlichen Gründen noch vertretbar ergeben.

Da man zur Abgabe des geförderten Wassers an die Bevölkerung in unmittelbarer Brunnennähe über eine zusammenlegbare Gruppenzapfstelle einen Mindestüberdruck von 0,3 bar benötigt, sind Eintauchverhältnis und Eintauchtiefe der Brunnensteigleitung entsprechend zu korrigieren. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte beträgt die beim Einsatz des Lufthebeverfahrens gegenüber der Förderung mit elektrischer Unterwasserpumpe notwendige Mehrtiefe bei üblichen Bohrdurchmessern DN 500 und 600 und im Bereich von Gesamtförderhöhen zwischen 20 und 80 m immerhin 50 bis 60 Prozent.

5. Bauteile der Drucklufthebeanlage

Die Ausführungsart der Notbrunnen, wie Niederbringen und Ausbau der Bohrung, Herstellung und Ausrüstung des Brunnenschachtes sowie der Einrichtungen für die Zuleitung und Verteilung des Wassers an die Bevölkerung über transportable Gruppenzapfstellen, sind vom gewählten Fördersystem grundsätzlich unabhängig. Planung und Bau der Notbrunnen sowie Lieferung und Montage der Brunnen-ausrüstung erfolgen nach den Regelentwürfen des in der 3. Auflage vorliegenden Arbeitsblattes 1 [3]. Anstelle der Brunnensteigleitung mit angeflanschter Unterwassermotorpumpe, dazugehörigem elektrischem Stromanschluß und Steuerungseinrichtung treten bei der Installation einer Drucklufthebeanlage in einem Trinkwassernotbrunnen folgende Bauteile

- **im Brunnen** (siehe Bild 4)

Brunnensteigleitung mit Lufteinblas- und Fußstück oberhalb vom Wassereintrittsquerschnitt sowie dem als oberer Abschluß im Bereich des Brunnenkopfes angeflanschten Luftabscheide- und Druckkessel.

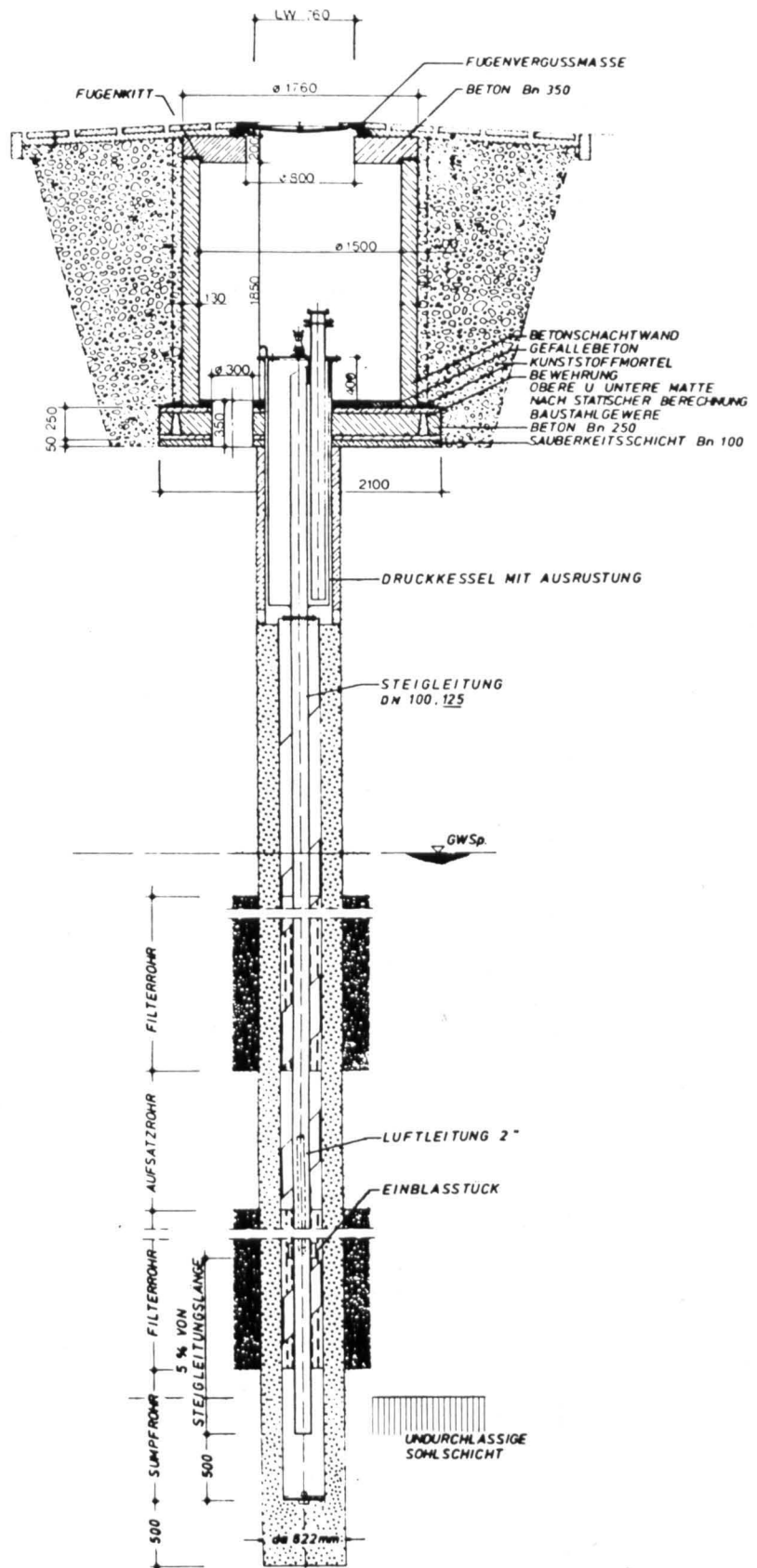
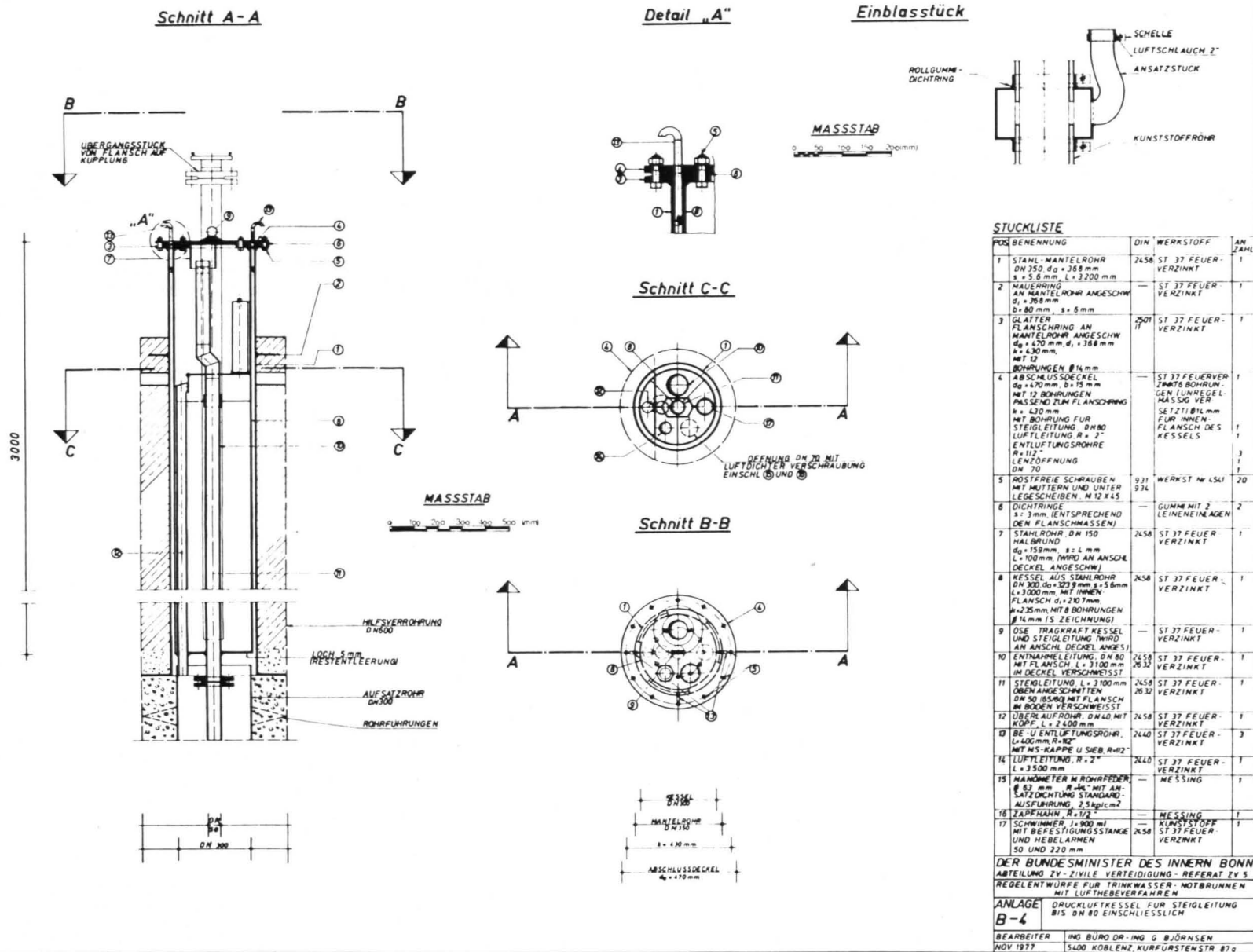


Bild 4: Entwurfszeichnung eines Trinkwassernotbrunnens mit Drucklufthebeanlage.

Bild 5: Entwurfszeichnung eines Luftabscheide- und Druckluftkessels innerhalb der Brunnenbohrung, Lufteinblasstück.



Wassersicherstellung

Luftleitung zwischen dem Lufteinblasstück im Bereich der Brunnensohle bis zum Anschluß an den

• außerhalb vom Brunnen

einzusetzenden transportablen Druckluftherzeuger (Kompressor üblicher Bauart).

5.1 Brunnensteig- und Luftleitung

Bei der Drucklufthebung wird die Brunnensteigleitung nicht durch die angehängte Unterwassermotorpumpe belastet, sondern hat nur ihr um den Auftrieb vermindertes Eigengewicht einschließlich Wasserfüllung zu tragen. Aus korrosionsschutztechnischen und wirtschaftlichen Gründen bieten sich Kunststoffrohre mit Nennweiten DN 50 bis 150 mm in Druckstufe PN 10 aus Polyäthylen (PE) oder Polyvinylchlorid (PVC) mit Flansch- bzw. Schweißmuffenverbindung in Einzellängen von 6 bis zu 20 m an. Die Brunnensteigleitung endet mit dem Bodenabstand BA = 0,50 m über der Sohle des Sumpfrohrs der Bohrung (Bild 3).

Die vom Kompressor gelieferte Druckluft wird über die Luftleitung in Form eines flexiblen Schlauches mit Querschnitt von $\frac{3}{4}$ " bis maximal 2" bis zum Lufteinblasstück geführt (siehe Detail in Bild 5). Es umschließt die Brunnensteigleitung ringförmig und dient einer möglichst innigen Vermischung sowie weitgehend homogenen Verteilung der eingeblassenen Luft.

Der Abschnitt der Brunnensteigleitung zwischen dem Lufteinblasstück und der Wassereintrittsöffnung wird als Fußstück bezeichnet (Strecke HU in Bild 3) und ist etwa 5 Prozent von der Gesamtförderrohrlänge H' auszubilden. Hierdurch wird gewährleistet, daß die Druckluft nicht aus dem unteren Eintrittsquerschnitt der Brunnensteigleitung entweicht, sondern vollständig mit dem Gemischstrom aufsteigt.

In den Luftschlauch wird hinter dem über Gelände aufgestellten Kompressor ein Ölfilter eingeschaltet, der eventuell in die Druckluft gelangte Reste des zur Schmierung der Zylinderkolben und Ventileführungen sowie zur Ableitung der bei der Luftverdichtung entstehenden Wärme verwendeten Diesel-HD-Öls vom Wasser zurückhalten soll.

Bei Reihenuntersuchungen an Kompressoren von unterschiedlichem Einsatzalter, Verschleiß- und Wartungszustand waren, besonders bei älteren und

ungenügend gewarteten Aggregaten in der Druckluft Ölverunreinigungen in Form von Nebel, Tröpfchen oder als Film nachgewiesen worden. Nach Einbau des kontrollierbaren Ölfilters traten keine Verunreinigungen mehr auf, und die entnommenen Wasserproben waren hinsichtlich Geruch und Geschmack einwandfrei.

Der gleichfalls in die Luftleitung eingeschaltete Druckminderer mit einem Regelbereich von 4 bis 10 bar Überdruck sorgt für gleichmäßige Luftmenge und -druck und dient zugleich der Sicherheit der Anlage.

5.2 Luftabscheide- und Druckkessel

Der am oberen Ende der Brunnensteigleitung einzubauende Luftabscheide- und Druckkessel soll das Fördermittel Luft vom geförderten Wasser trennen, damit für eine gleichmäßige Beschickung der Gruppenzapfstelle Sorge tragen und den hier für die Wasserabgabe notwendigen Mindestdruck sicherstellen. Bei seiner Entwicklung und Konstruktion wurde besonderes Augenmerk darauf gelegt, am und im Kessel so wenig wie möglich bewegliche oder betriebsempfindliche Teile anzuordnen, damit die Lufthebeanlage im Einsatzfall ohne Schwierigkeiten auch von wenig oder nicht geschultem Personal, wie z. B. Helfern der Katastrophenschutzorganisationen, bedient werden kann.

Für die bei Trinkwassernotbrunnen in Frage kommenden Fördermengen, die sich hieraus ergebenden Bohrdurchmesser und Querschnitte der Brunnensteigleitung wurden drei Typen von Luftabscheidekesseln aus feuerverzinktem Stahlrohr mit unterschiedlichem Querschnitt und Länge gewählt. Bis zu einem Querschnitt DN 450 lassen sich die Luftabscheidekessel in der Brunnenbohrung unterbringen und bilden den oberen Abschluß vom Brunnenkopf (Bild 5). Der für höhere Wassermengen erforderliche Luftabscheidekessel mit größerem Durchmesser muß im Brunnenschacht untergebracht werden (Bild 6).

Um einen gleichmäßigen Förderstrom und den Mindestdruck zur Abgabe an die Bevölkerung zu gewährleisten, zugleich den Höchstdruck im Kessel zu begrenzen, sind einfach wirkende Regel-, Überlauf- und Drosseleinrichtungen

gen vorgesehen. Sollten diese im Betrieb einmal nicht funktionieren, ist dieses ungefährlich, da lediglich die Wasserversorgung unterbrochen wird und es zum Austritt von Luft-Wasser-Gemisch an der Gruppenzapfstelle kommt. Die Beseitigung eventueller Störungen erfolgt nach Öffnen des Abschlußdeckels vom Druckkessel, was durch zweckentsprechende Vorkehrungen erleichtert wird.

5.3 Kompressor

Zur Druckluftherzeugung wird im Einsatzfall auf fahrbare Kompressoren aus der gewerblichen oder öffentlichen Wirtschaft zurückgegriffen. Lediglich die entsprechend den jeweiligen Betriebsverhältnissen zu bemessenden Zubehörteile, wie Ölfilter, Ventile, Kupplungen und Schläuche mit geschätzten Gesamtkosten bis ca. 2000 DM, sind vorzuhalten.

Nach angestellten Erhebungen ist der weitaus größte Teil der in der Bau- und Versorgungswirtschaft eingesetzten fahrbaren Kompressoren für einen Luftvolumenstrom $V_l = 2,5 \text{ Nm}^3/\text{min}$ und mehr im Druckbereich zwischen 4,0 bar (Einschaltdruck) bis 10,0 bar (Auschaltdruck) ausgelegt.

Ein Luftvolumenstrom $V_l = 2,5 \text{ Nm}^3/\text{min}$ reicht zur Förderung eines Wasservolumenstromes $V_w = 4,7 \text{ l/s} = \text{rd. } 17 \text{ m}^3/\text{h}$ aus, während zur Förderung der Wassermenge beim Regelnotbrunnen in Höhe von $1,7 \text{ l/s} = 6 \text{ m}^3/\text{h}$ je nach Länge der Brunnensteigleitung ein Luftvolumenstrom $V_l = 0,9$ bis $1,3 \text{ Nm}^3/\text{min}$ benötigt wird.

Die Leistung der meisten bereitgestellten fahrbaren Kompressoren ist demnach zum Betrieb von Lufthebeanlagen für Trinkwassernotbrunnen geeignet, deren Lufteinblasstück zwischen 80 und 90 m unter dem höchsten ungestörten Grundwasserspiegel liegt. Hierbei sind die Druckverluste infolge Undichtigkeiten in Rohr- und Schlauchleitungen sowie sonstige Verlustquellen je nach Betriebsdauer und Unterhaltungszustand der einzusetzenden Aggregate berücksichtigt.

6. Einsatz der Drucklufthebung

Vom Drucklufthebeverfahren werden die in Abschnitt 3 erhobenen Forderungen an eine in Katastrophen- und Notfällen einzusetzende Fördereinrichtung

Wassersicherstellung

Schnitt A-A

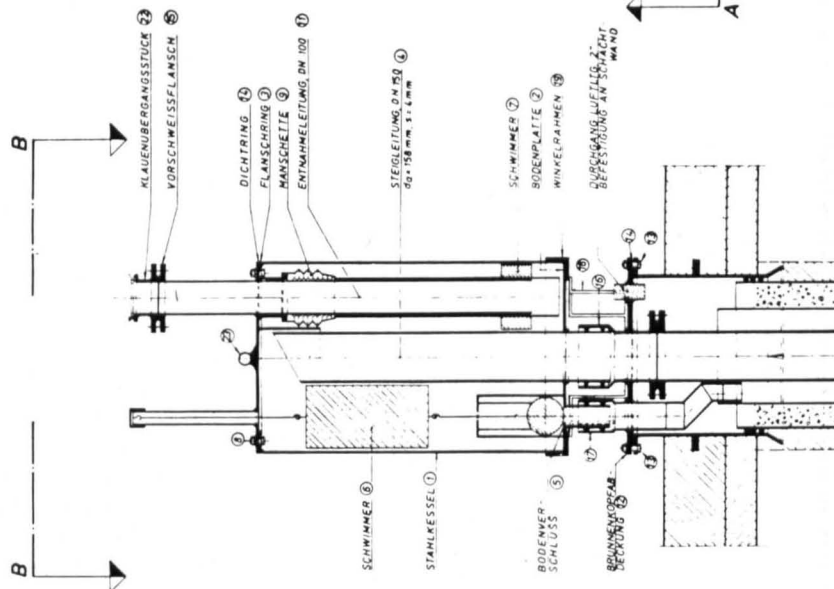
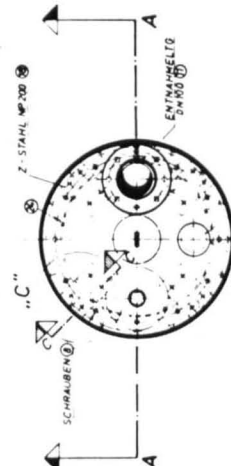


Bild 6: Luftabscheide- und Druckkessel für größere Wassermengen innerhalb vom Brunnenschacht.

Draufsicht B-B



ÖFFNUNG MIT LUFTDICHTEN
ABSCHLUSSFLANSCH
ZAPFHAIN 100 mm DN KESSELDECKEL

MASSSTAB



STÜCKLISTE

POS.	BENENNUNG	DIN	WERKSTOFF	AN- ZAHL
1	STAHLKESSEL DN 200 L x 1000 mm DN 200 x 1000 mm s. 6.3 mm	2458	ST 37 FEUER- VERZINKT	1
2	BODENVERSCHLUSSE DN 200 x 1000 mm s. 115 mm EINSCHEIDUNG DN 200 x 1000 mm s. 115 mm UND LÖTLÖT DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	ST 37 FEUER- VERZINKT	1
3	FLANSCHUNG DN 200 x 1000 mm s. 115 mm UND LÖTLÖT DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	ST 37 FEUER- VERZINKT	1
4	STIEGLEITUNG DN 200 s. 115 mm	2458	ST 37 FEUER- VERZINKT	1
5	BODENVERSCHLUSSE DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	MESSING	1
6	SCHWIMMER DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
7	SCHWIMMER DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
8	SCHWIMMER DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
9	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
10	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
11	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
12	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
13	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
14	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
15	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
16	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
17	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
18	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
19	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1
20	MANSCHE MIT KUNSTSTOFF DN 200 x 1000 mm s. 115 mm	2458	KUNSTSTOFF	1

DER BUNDESMINISTER DES INNEREN
ABTEILUNG ZIVILE VERTEIDIGUNG - REFERAT ZIVIS
RECHENUNGSWESEN
ANLAGE
B-6
BRUNNENSCHACHT
UND BODEN- UND BODEN-
BEARBEITUNG
UND BODEN- UND BODEN-
BEARBEITUNG

Wassersicherstellung

bei Trinkwassernotbrunnen im wesentlichen erfüllt. Die Entscheidung über eine Anwendung ist zunächst nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu treffen. Das vom Bundesministerium des Innern herausgegebene Arbeitsblatt enthält in Form von Graphiken (Kurvenbilder), Tabellen und Berechnungsvordrucken die notwendigen Unterlagen für die Durchführung eines Kostenvergleiches zwischen den Aufwendungen für den Einbau einer Unterwassermotorpumpe (Ausgaben für Pumpe und Brunnensteigleitung, Stromanschluß, erhöhter Aufwand für Wartung und Unterhaltung) sowie alternativ bei Installierung einer Drucklufthebeanlage (Mehrkosten für notwendige Vertiefung des Bohrbrunnens je nach Art und Schwierigkeit von zu durchteufenden Bodenschichten, Luftabscheidekessel, Brunnensteigleitung und Zubehör für Kompressor) [6].

Die übrigen Aufwendungen sind bei beiden Förderarten gleich. Die Verfügbarkeit eines geeigneten Kompressors wird vorausgesetzt. Generell ergeben sich wirtschaftliche Vorteile beim Einsatz der Drucklufthebung gegenüber Installierung einer Unterwassermotorpumpe um so eindeutiger, je

- höher die Kosten für die Stromversorgung werden, d. h. je weiter der Anschlußpunkt an die Energieversorgung vom Brunnen entfernt liegt,
- kleiner die Förderhöhe, d. h. je geringer der Flurabstand des

Grundwasserspiegels im Brunnen ist,

- günstiger das zu durchteufende Gebirge angetroffen wird, also z. B. je geringer die Mächtigkeit von zu durchbohrenden Felsschichten ist,
- höher die Fördermenge unter Berücksichtigung des speziellen Einsatzbereiches der Drucklufthebung bei Notbrunnen ist.

Die genannten Gesichtspunkte gelten in erster Linie für den bei Trinkwassernotbrunnen charakteristischen sporadischen und verhältnismäßig kurzzeitigen Betrieb. Eine Dauerförderung von Wasser mit Druckluft ist in der Regel unwirtschaftlich. Dieser Gesichtspunkt kann auch bei Trinkwassernotbrunnen bedeutsam werden, wenn eine zusätzliche oder anderweitige längerzeitige Nutzung, wie etwa zur Bewässerung städtischer Grünflächen in der Brunnenumgebung oder Zusatzversorgung in Trockenperioden, in Betracht kommt.

Die Entscheidung kann zugunsten eines anderen Förderverfahrens auch z. B. dann fallen, wenn aus dem Trinkwassernotbrunnen nicht nur über eine Gruppenzapfstelle, sondern auch an weitere Großabnehmer abzugeben, also mit anderen Druckverhältnissen zu rechnen ist.

In jedem Einzelfall sind also Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Drucklufthebung zu prüfen, wobei für die endgültige Entscheidung durchaus bestimmte örtliche Gegebenheiten und

zivilschutztaktische Erwägungen, wie sie in den Bedingungen Betriebsbereitschaft, -sicherheit und den übrigen in Abschnitt 3 zusammengefaßten Forderungen ihren Ausdruck finden, von wesentlicher Bedeutung sein können.

Die parallel entwickelte Kombination von in Trinkwassernotbrunnen eingebauter Drucklufthebeeinrichtung mit elektrisch betriebener Unterwassermotorpumpe, die wahlweise beide Förderarten zuläßt, wird zunächst aus wirtschaftlichen Gründen nicht weiter verfolgt.

Literatur

- [1] Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung (Wassersicherstellungsgesetz) vom 24. 8. 1965. Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 1225, ber. 1817.
- [2] Erste Wassersicherstellungsverordnung (1. WasSV) vom 31. 3. 1970. Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 357
Zweite Wassersicherstellungsverordnung (2. WasSV) vom 11. 9. 1973. Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 1313
- [3] Regelentwürfe für Trinkwasser-Notbrunnen (Vorsorgemaßnahmen zur Notversorgung). Arbeitsblatt 1, Teil I und II (3. Auflage) für den Bau der Bohrbrunnen und die Lieferung und Montage der Brunnen-ausrüstung
abgedruckt in: Roeber, H. u. Such, W.: Wassersicherstellungsgesetz, Band 2: Leitfaden für den Praktiker — Erläuterung der Durchführungsmaßnahmen. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, 8000 München 80
- [4] Hampel, W.: Neue Regelentwürfe zum Bau von Trinkwasser-Notbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz. ZIVILVERTEIDIGUNG, Heft III/1976, Seite 61 bis 66
- [5] Arbeitsblatt Nr. 3: Merkblatt für die Wartung von netzunabhängigen Einzelbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz
abgedruckt in: siehe [3]
- [6] Der Bundesminister des Innern, Abt. ZV — Zivile Verteidigung, Referat ZV 5: Regelentwürfe für Trinkwasser-Notbrunnen — Arbeitsblatt 4: Planung und Anwendung des Lufthebeverfahrens beim Bau von Trinkwasser-Notbrunnen im Rahmen des Wassersicherstellungsgesetzes. Bonn, Februar 1978

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Bundesverband für den Selbstschutz — BVS —, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

einen Dienststellenleiter

für die BVS-Dienststelle Hof (BVS-Landesstelle Bayern).

Bewerber sollten sich dynamische Persönlichkeiten mit möglichst langjähriger Mitarbeit und Erfahrung im BVS oder in anderen Zivilschutzorganisationen.

Kenntnisse auf dem Gebiet der allgemeinen und inneren Verwaltung sind erwünscht.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt.

Geboten werden Vergütung bis Vergütungsgruppe IV b BAT, zusätzliche Altersversorgung, Beihilfe in Krankheits- und Unterstützung in Notfällen, Zuschuß zum Mittagessen; Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum 31. August 1978 zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz

— Bundeshauptstelle —

Eupener Str. 74 — 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anfrage übersandt.

Bei hauptamtlich beim Bundesverband für den Selbstschutz beschäftigten Bewerbern genügt formlose Bewerbung.

Zivilschutz- Forschung

Schriftenreihe der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern.
Herausgegeben vom Bundesamt für Zivilschutz ISSN 0343-5164

Neuerscheinungen

Band 5:

Otfried Messerschmidt
**Kombinationsschäden nach
nuklearen Explosionen**

64 Seiten, zahlr. Abb., Broschur
16 DM.

ISBN 3-7894-0055-6

Band 6:

A. Kindt/E. L. Sattler
**Literaturübersicht
zur Frage der Erholung nach
Ganzkörperbestrahlung**

64 Seiten, zahlr. Abb., Broschur,
16 DM.

ISBN 3-7894-0058-0

Band 7:

J. Steinert

**Bestimmung der Wasserdurch-
lässigkeit von Kiesbeton aus
dem Wassereindringverhalten**

64 Seiten, zahlr. Abb., Broschur,
16 DM.

In Vorbereitung

Band 8:

J. Dirr

**Funktionsänderungen bei
bestimmten zirkadianen
Rhythmusverschiebungen**

64 Seiten, zahlr. Abb., Broschur,
16 DM.

Adreßbuch für Zivilverteidigung

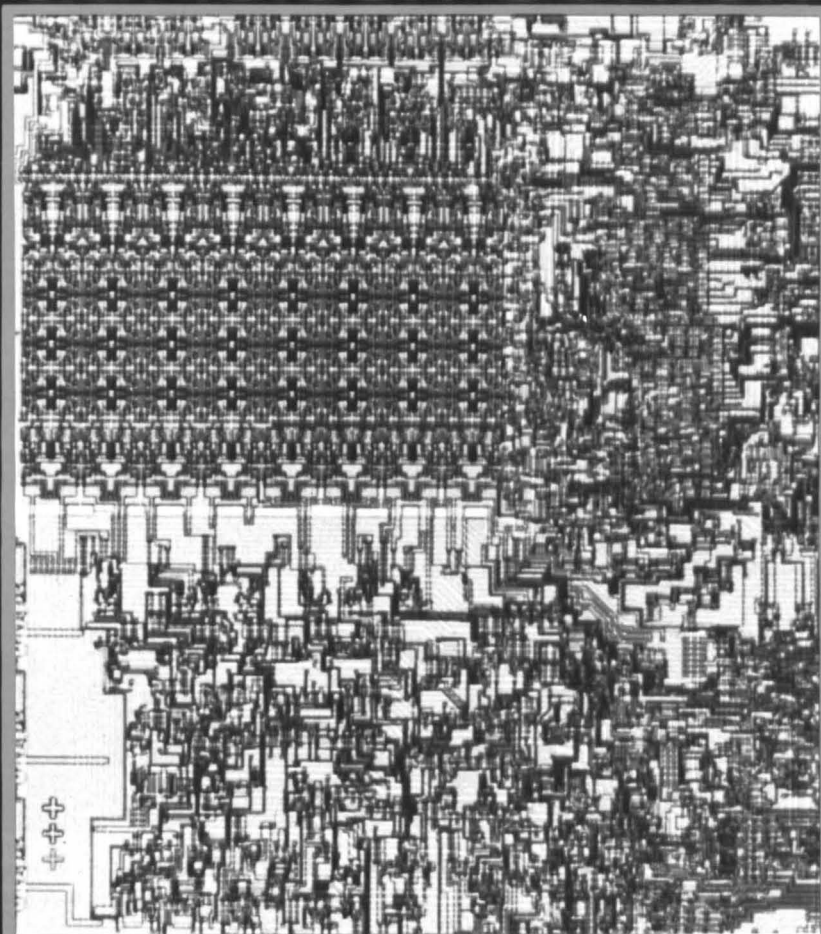
Zum vierten Mal ist jetzt das „Adreßbuch für Zivilverteidigung“ erschienen. An Umfang dreimal so dick wie die bisherigen Ausgaben, bietet es eine überraschende Vielfalt und Ausführlichkeit. Herausgeber Rainer Schwierczinski vom Bundesamt für Zivilschutz hat sämtliche für den Gesamtbereich der zivilen Verteidigung wichtigen Anschriften zusammengetragen, aufge-

schlüsselt und detailliert gegliedert. Der Benutzer findet auf Anhieb jede gesuchte Adresse von Behörden, Katastrophenschutzorganisationen, Verbänden, Rettungseinrichtungen sowie der Hersteller und Lieferanten von Gerät und Material für Selbstschutz, Schutzraumbau und Katastrophenhilfe. Als einziges Nachschlagewerk seiner Art nimmt das „Adreßbuch für Zivilverteidigung“ im einschlägigen Fachschrifttum einen bedeutsamen Platz ein.

Broschur, 304 Seiten, 46 DM.
ISBN 3-7894-0057-2.

telex

auf leisen Sohlen

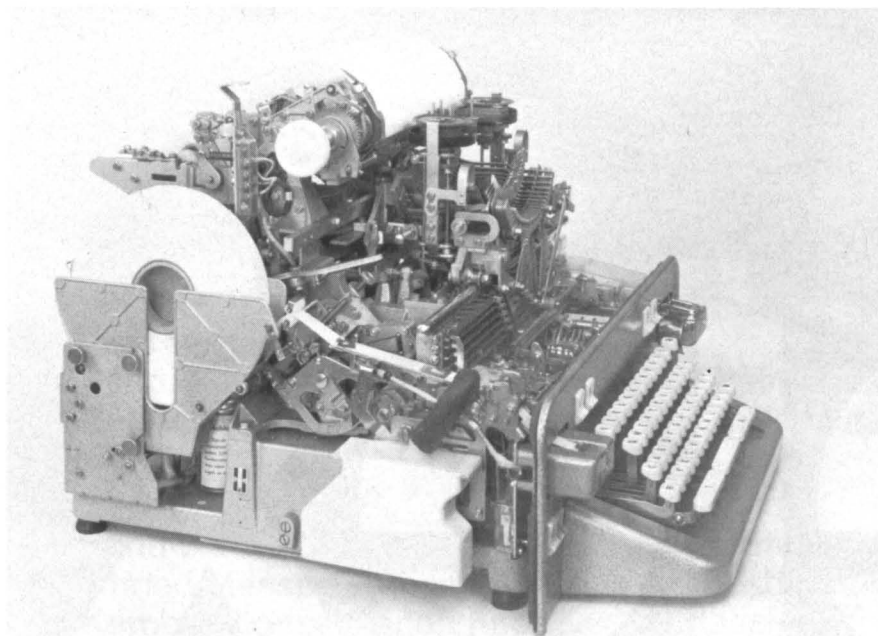


**Elektronisch
in die
Fernschreib-
Zukunft**

**Bericht von
Andreas
Armbrust**



Datenverarbeitung



Der Fernschreiber, wie er in unzähligen Betrieben heute noch Dienst tut. Im Verlauf von Jahrzehnten wurde er derart verbessert und verfeinert, daß mit mechanischen Grundprinzipien ein entscheidender Durchbruch zu völlig neuen Leistungsklassen nicht mehr zu erreichen war. Bild: SEL

Fernschreibtechnik bringen, der mit den früheren graduellen Verbesserungen nicht vergleichbar ist. Sie haben mit den bisherigen mechanischen Geräten nur noch eines gemein: Sie können fernschreiben. Ansonsten würden die neuen Fernschreiber konsequent auf Elektronik umgestellt. Damit sind sie nicht nur zeitgemäßer, sondern auch kleiner, leichter, einfacher bedienbar und vor allem leiser geworden. Eigenschaften, die den „Marsch“ des Fernschreibers von der zentralen Fernschreibstelle weg direkt in die Büros mit Sicherheit noch beschleunigen werden.

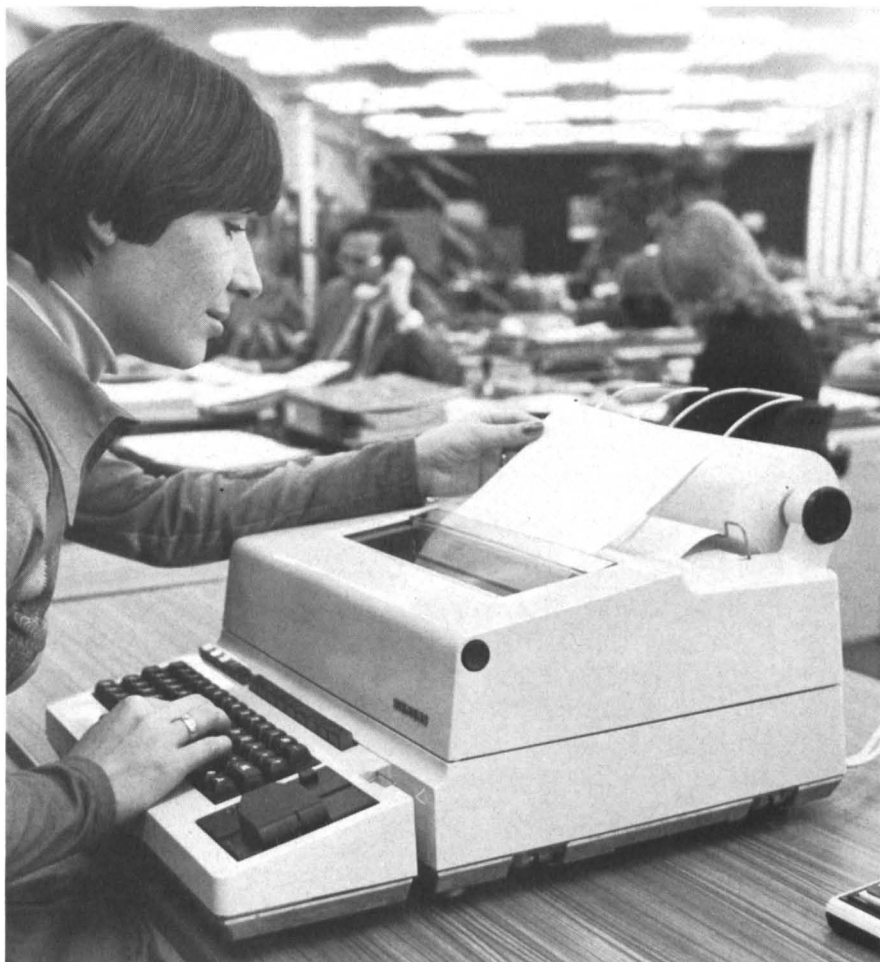
Das Wirtschaftswachstum und der Ausbau internationaler Beziehungen verlangen schnellere, sichere und wirtschaftliche Möglichkeiten der Nachrichtenübertragung. So ist es nicht verwunderlich, daß man sich bei dem schnell wachsenden Bedarf nach Textübermittlung darauf einstellt, daß schon in nächster Zukunft erheblich mehr Anschlüsse auch für das Fernschreiben genutzt werden, als das bislang der Fall ist. Gegenwärtig weist das Telexnetz in der Bundesrepublik rund 120 000 Anschlüsse auf. Als Mittel, schriftliche Informationen schnell und wirtschaftlich an die „richtige Adresse“ zu bringen, gehört das Fernschreiben heute so selbstverständlich zum alltäglichen Informationsaustausch wie das Telefon.

Und doch scheint es so, als sei in der technischen Entwicklung der Geräte ein Endpunkt erreicht.

Jahrzehntelang hat man sie verbessert und verfeinert – doch am mechanischen Grundprinzip hat sich dabei nur wenig verändert. Eine Neuentwicklung, die wie auf vielen anderen Gebieten auch hier einen Generationswechsel einleiten könnte, der seinen Namen wirklich verdient, schien bei der Vollkommenheit der Geräte fast undenkbar. Aber er wurde vollzogen – dank der vielfältigen Möglichkeiten, die das Elektronik-Zeitalter bietet.

Elektronik ersetzt Mechanik

Die neuen Fernschreibgeräte mußten in der Tat einen völligen Umbruch in der



Durch modernste Elektronik ist der Fernschreiber 1000 wesentlich kleiner, leichter und leiser geworden. Das Arbeitsgeräusch beträgt gegenüber mechanischen Fernschreibmaschinen weniger als ein Viertel. Damit ist er leiser als jede Büroschreibmaschine. Bild: Siemens

Die mechanischen Baugruppen, die bisher die internen Zeichenverarbeitungsschritte durchführten – wie zum Beispiel Codieren, Speichern, Umwandeln der Impulsfolgen – wurden in den neuen Geräten durch elektronische Schaltungen ersetzt. Alle Steuer- und Überwachungsfunktionen sind jetzt Aufgabe der Elektronik. Die Baugruppen mit mechanischen Funktionen, zum Beispiel Tastatur, Drucker und Lochstreifengeräte, wurden neu konzipiert.

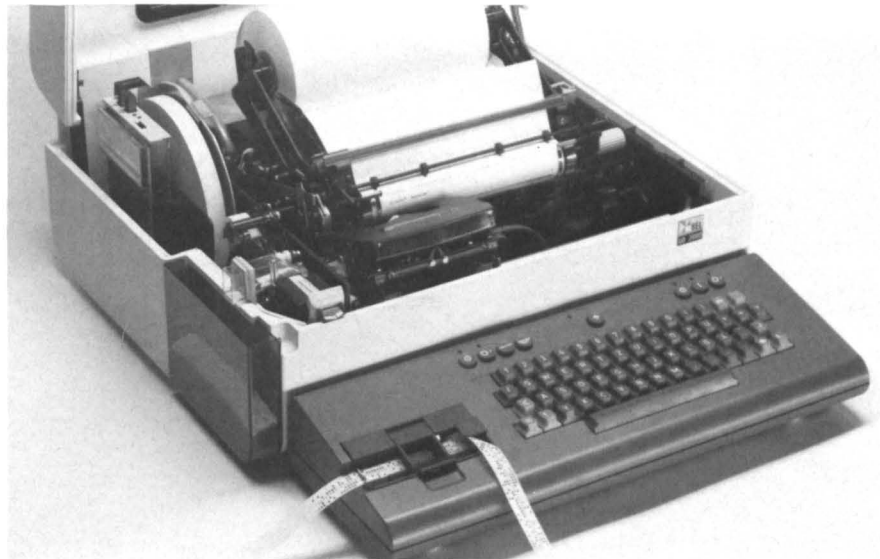
Abgesehen von der Formgebung sind wohl die auffälligste äußere Änderung die Schreibwerke. Wo früher lange Typenhebel recht geräuschvoll aufs Papier schlugen, drehen sich jetzt lautlos Typenscheiben.

Beim Fernschreiber 1000 von Siemens ist es eine Scheibe aus Kunststoff, die auf 56 Speichen die einzelnen Buchstaben und Zeichen trägt. Hat sie ein Schrittmotor in die richtige Position gebracht, drückt ein Hämmerchen die Buchstaben auf das Farbband und damit aufs Papier. Ein weiterer Schrittmotor besorgt den Vorschub des Scheibenwagens und ein dritter den Zeilentransport der Schreibwalze. Der ständig laufende Antriebsmotor, der beim bisherigen Fernschreiber für eine zusätzliche Geräuschkulisse gesorgt hat, ist also auch verschwunden.

Im Druckwerk des SEL-Fernschreibers LO 2000 sind die Typenhebel in einer Kunststoffscheibe gelagert, die um eine etwa senkrechte Achse rotiert. Zur Auslösung des Anschlages bedarf es nur einer geringen Ansteuerungsenergie. Ein magnetischer Impuls hebt den benötigten Hebel auf den Anfang einer Umlenkkurve, die ihn im Verlauf der Drehbewegung nach oben in die Abdruckposition schwenkt. Die weitgehend stoßfreien Bewegungsvorgänge des Druckwerks sind der Grund für das geringe Druckgeräusch.

Durch diese neuen Techniken konnte das Arbeitsgeräusch in der Tat drastisch gesenkt werden. Mit einem Geräuschpegel zwischen 48 und 51 dB beträgt es gegenüber mechanischen Fernschreibmaschinen weniger als ein Viertel. Es ist damit auch beträchtlich leiser als bei jeder Büroschreibmaschine.

Auch der Tastatur ist, wie die optoelektronische Baugruppe des LO 2000 beweist, nur noch sehr wenig mechanische Funktion geblieben. Den Tasten sind Codierelemente zugeordnet, deren Löcher beim Aneinanderreihen Lichtkanäle durch die gesamte Breite



Alles für den Telex-Verkehr Nötige ist beim LO 2000 in einem Gehäuse untergebracht: Empfänger- und Senderelektronik, Fernschalt-Elektronik, Kennungsgeber, Zählwerk, Lochstreifengeräte mit Lochstreifenvorrat und Druckwerk mit Papiervorrat. Sender- und Empfängerteil lassen sich trennen, um einen Arbeitsplatz optimal zu gestalten. Das Gerät gibt es jetzt auch mit Sendespeicher.
Bild: SEL

der Tastatur bilden. Durch die Kanäle senden Leuchtdioden ihr Licht zu Fototransistoren. Beim Betätigen der Taste erfolgt im zugehörigen Codierelement ein kurzzeitiger Verschluss entsprechend der zu erzeugenden Codekombination. Diese wird von den Lichtempfängern erkannt und an die Senderelektronik weitergeleitet. Ein Eingabespeicher und ein Prüfrechner ermöglichen Eintastgeschwindigkeiten, die höher liegen, als der Bediener sie erreichen kann. Umschaltzeichen und zum Bei-

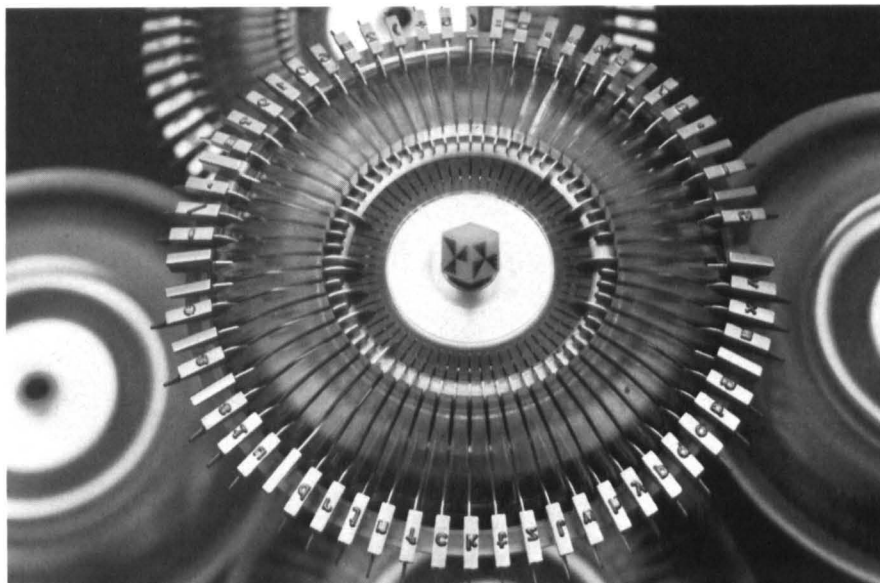
spiel die Umlaute ä, ö und ü werden von der Elektronik mit der beim Fernschreiben üblichen Zeichenfolge ae, oe und ue eingefügt.

Auch die altbekannte Wählscheibe zum Aufbau der Telexverbindungen gibt es bei den elektronischen Fernschreibern längst nicht mehr. Die Funktion des herkömmlichen Nummernschalters bei der Teilnehmerwahl übernimmt ebenfalls die Tastatur. Die Wählinformation wird über die Zifferntasten eingegeben



Der Typenhebelkorb der mechanischen Fernschreibmaschinen ist verschwunden. Beim Fernschreiber 1000 ist an seine Stelle eine Kunststoffscheibe getreten, die auf 56 Speichen die einzelnen Buchstaben und Zeichen trägt. Den Transport übernehmen Schrittmotoren.
Bild: Siemens

Datenverarbeitung



Beim Fernschreiber LO 2000 liegen die Typenhebel in den radialen Schlitzen einer Polyamid-Scheibe, die während des Betriebs um eine nahezu senkrechte Achse rotiert. Ein Magnetimpuls hebt den gewünschten Hebel auf eine Umlenkkurve und zum Anschlag gegen das Papier. Bild: SEL

und elektronisch in die genormten Nummernschalter-Impulse umgesetzt. Eine Besonderheit beim Fernschreiber 1000 ist die sogenannte Variantenbaugruppe. Durch Einfügen von Drahtbrücken oder Dioden können damit mehr als 50 vorprogrammierte Varianten oder Zusatzfunktionen wie die Abdruckunterbindung bestimmter Zeichen, Papierüberwachung, Auswertung von Zeichenfolgen usw. ausgewählt werden. Die Fernschreiber brauchen auch keine vorbeugende Wartung oder Grund-

überholung mehr. Sie besitzen keinerlei Schmierstellen. Die wenigen Verschleißteile wie Farbband oder Typenscheibe sind leicht auszuwechseln. Bei Störungen wird die fehlerhafte Baugruppe einfach beim Teilnehmer ausgetauscht. Sämtliche Baugruppen können ohne Abgleich oder Justierung mit wenigen Handgriffen ersetzt werden. Zur Hannover-Messe '78 wurde eine neue Variante vorgestellt: der SEL-Fernschreiber LO 2000 mit elektronischem Sendespeicher. Die ganze

Handhabung mit den Lochstreifen, der Streifenverbrauch und das – wenn auch geringe – Arbeitsgeräusch des Streifenlochers entfallen.

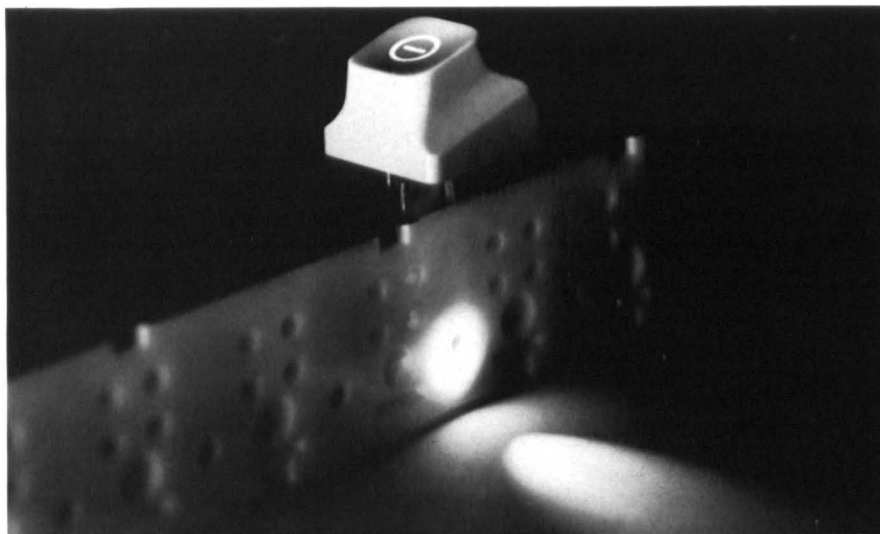
Der elektronische Sendespeicher hat eine Kapazität von 4000 Fernschreibzeichen, das entspricht einer Sendezeit von 10 Minuten. Mehrere Fernschreiben können eingespeichert und in beliebiger Reihenfolge ausgesendet werden. Beim Aussenden ersetzt ein Tastendruck („Senden“) das Einfädeln der Lochstreifen und deren Start. Besonders eindrucksvoll zeigt sich dieser Vorteil bei Mehrfachaussendungen: nach Anwählen des gewünschten Empfängers und entsprechendem Tastenkommando sendet der Fernschreiber den eingespeicherten Text jeweils automatisch aus.

Nebenstelle auch für Telex

Bis noch vor einigen Jahren fehlte dem Fernschreiben eine Einrichtung, die beim Telefon schon längst selbstverständlich war – die Nebenstelle. Tatsächlich lassen die notgedrungen zentralisierten Fernschreibstellen in Behörden und Unternehmen einen der augenfälligsten Vorteile des Fernschreibens, die Schnelligkeit, manchmal kaum noch zur Geltung kommen. Es dauert nicht selten oft Stunden, bis ein eingegangenes Telex den endgültigen Empfänger erreicht hat. Grundsätzlich verbessern läßt sich dies eigentlich nur, wenn man den Fernschreiber direkt an den jeweiligen Arbeitsplatz bringt – wie es beim Telefon ja schon längst üblich ist – oder zumindest in die einzelnen Abteilungen.

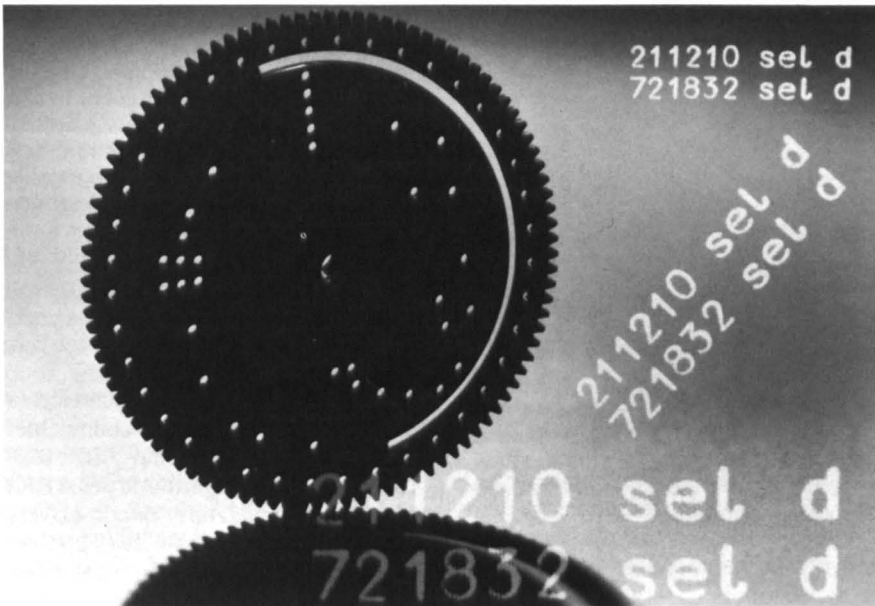
Dabei gibt es rechnergesteuerte Speichervermittlungssysteme – die Voraussetzung für den sinnvollen Einsatz von Nebenstellen – bereits seit fast 20 Jahren. Allerdings mußten sich die von SEL entwickelten ADX-Systeme, wie es ja bei Neuentwicklungen sehr oft geschieht, zunächst einmal beim Militär bewähren. Seit sechs Jahren werden sie jedoch auch auf dem zivilen Markt angeboten.

Im Speicherbetrieb kann der Nebenteilnehmer seine Nachricht einfach an die Anlage absetzen, ohne sich um die eigentliche Übermittlung und dabei um Besetztfälle, die Verteilung an mehrere Empfänger oder ähnliches kümmern zu müssen. Die Anlage speichert die eingegebenen Texte und Anweisungen und führt den Verbindungsaufbau und das Aussenden der Nachricht selbsttätig durch.



Die Tasten betätigen beim LO 2000 keine Hebel und keine Kontakte. Sie unterbrechen lediglich durch das Verschieben von Masken Lichtwege. Fototransistoren geben diese Impulse dann an die Elektronik weiter. Bild: SEL

Datenverarbeitung



Die Kennungsgeber-Scheibe des LO 2000 ist ein einfaches und preiswertes Speicherelement. Die Kennung wird durch Herausstoßen vorgeprägter Löcher „programmiert“. Es lassen sich bis zu 20 Zeichen unterbringen. Über den neuen LO 2000 mehr im Text. Bild: SEL

spiel Textentwürfe erst zwischenspeichern, gegebenenfalls zu redigieren – auch mehrmals – und erst dann auszusenden.

Den Kern des Siemens-Systems 102 bildet ein frei programmierbarer sogenannter „Kommunikations“-Rechner, der die Speicher-, Redigier- und Vermittlungsfunktionen steuert. Das System ist so ausgelegt, daß es auch spätere Änderungen oder Erweiterungen zuläßt. Es kann also mit den derzeit vorhandenen Fernschreibern und dem heutigen Telexnetz ebenso zusammenarbeiten wie mit künftigen Textsta-

Selbstverständlich beherrscht eine Speichervermittlungsanlage, wie zum Beispiel das Siemens-System 102, auch den normalen Durchschaltebetrieb, wie er für den Dialogverkehr unumgänglich ist. Dabei verhält sich die Anlage gegenüber externen Telexteilnehmern wie ein normaler Telexhauptanschluß bzw. eine konventionelle Nebenstellenvermittlung mit Durchwahl. Die Nebenstellen können also sowohl untereinander als auch mit externen Teilnehmern uneingeschränkt korrespondieren. Bei Kenntnis der entsprechenden Berechtigungsschlüssel kann der externe Teilnehmer etwa eine mit Telexanschlüssen ausgerüstete Außenstelle eines Unternehmens oder einer Behörde – ebenfalls die verschiedenen Dienste der Nebenstellenanlage in Anspruch nehmen.

Um dem Nebenstellenteilnehmer komplizierte Schreibprozeduren an seinem Fernschreiber zu ersparen, „führt“ das System den Benutzer: Jede Anweisung, jede Eingabe wird überprüft, korrekte Angaben bestätigt, falsche unter Angabe des Fehlers zurückgewiesen. Eine Ausnahme bildet der Text der Nachricht, der natürlich frei gestaltet werden kann und muß, wobei sich Schreibfehler einfach korrigieren lassen. Mit der Funktion „Redigieren“ ist es dem Teilnehmer möglich, zum Bei-

Mit dem Speichervermittlungs-System 102 läßt sich ein Nebenstellennetz mit bis zu 200 Teilnehmern aufbauen. Natürlich ist auch der normale Durchschaltebetrieb, etwa für den Dialogverkehr, möglich. Bild: Siemens



Datenverarbeitung



tionen und dem neuen Fernschreib- und Datennetz der Deutschen Bundespost. Am Nebenstellennetz können bis zu 200 Teilnehmer beteiligt werden.

Vermittlung ohne Lochstreifen

Vor etwa fünf Jahren führte SEL erstmals eine ADX-Telex-Nebenstellenanschlußanlage mit einem Datensichtgerät als Vermittlungsplatz vor. Auch das Siemens-System 102 hat ein Sichtgerät als Vermittlungsplatz. Das Sichtgerät entspricht in der Funktion dem Vermittlungsplatz einer Fernsprechanlage – mit einem ganz wesentlichen Unterschied: Ein „Besetzt“ gibt es bei der

Speichervermittlung nicht, weil die Anlage die Nachricht zwischenspeichert und das Fernschreiben absendet, sobald der Teilnehmer wieder empfangsbereit ist.

Als Sichtgerät wird das Informatik Display Terminal ITT 3230 eingesetzt. Es erleichtert und beschleunigt die Arbeit am Überwachungsplatz ganz wesentlich. Auf dem Bildschirm werden alle Nachrichten, die nicht automatisch vermittelt werden können, die unkorrekt eingegeben wurden oder bei denen der Absender die Nebenstellenummer nicht kannte, wiedergegeben. Per Tastendruck lassen sich diese Fern-

Das Sichtgerät der ADX-Telex-Nebenstellenanlage erleichtert und beschleunigt die Arbeit am Überwachungsplatz. Auf dem Bildschirm werden alle Nachrichten wiedergegeben, die nicht automatisch vermittelt werden können, die unkorrekt eingegeben wurden oder bei denen der Absender die Nebenstellenummer nicht kannte.

Bild: SEL

schreiben schnell, leise und ohne Lochstreifen zur gewünschten internen oder externen Adresse weiterleiten.

In der Reihe der SEL-Fernschreib-Nebenstellenanlagen kamen die Speichervermittlungs-Systeme ADX 6200 (32 bis 128 Leitungen) und ADX 6100 neu heraus. Letztere bringt ab drei Telexhauptanschlüssen Zeit- und Kostenvorteile gegenüber dem separaten Fernschreiberbetrieb.

Das System ADX 6100 ist modular bis auf 32 Anschlüsse (Haupt- und Nebenstellen) ausbaufähig, überträgt mit Geschwindigkeiten von 50 bis 300 Baud; zwei Anschlüsse sind für Übertragungsgeschwindigkeiten bis 2400 bit/s ausgelegt. Ein wesentliches Leistungsmerkmal der neuen ADX 6100 ist die Textbearbeitung am Arbeitsplatz: das Erstellen, Kontrollieren und Redigieren der Texte sowohl mit Fernschreibern als auch mit Bildschirmgeräten und Druckern.

Darüber hinaus bietet das System ADX 6100 die organisatorischen und kostenreduzierenden Eigenschaften, wie sie alle ADX-Systeme aufweisen, z. B. automatische Anwahl, Wiederholung bei besetzt, Kennungsprüfung des Empfängers, Ausnutzen des billigen Nachtтарifs, maximales Ausnutzen der Leitungen, automatische Durchwahl zur Nebenstelle und automatische Gebühren Datenerfassung.

Durch den modularen Aufbau sowohl der Hardware mit Mikroprozessoren, Programm- und Datenspeicher als auch der Software kann das System ADX 6100 den spezifischen Bedürfnissen des Anwenders angepaßt werden. Der Arbeitsspeicher verfügt über eine

Durch die Einführung des programmgesteuerten elektronischen Vermittlungssystems EDS – hier ein Blick auf Kernspeicher und Flachbaugruppen – sollen Aufbau Raum eingespart, der Unterhaltungsaufwand vermindert und dem Postkunden zusätzliche Dienstleistungen angeboten werden.

Bild: DBP



Datenverarbeitung

Grundkapazität von 256 KByte und läßt sich bis auf 512 KByte erweitern. Als Massenspeicher für System-Software und Nachrichten dient ein Plattenspeicher (2 MByte).

Das kompakte Speichervermittlungssystem ADX 6100 verlangt keine besonderen Umgebungsbedingungen – es kann in normalen Büroräumen aufgestellt werden.

Die Entwicklung der elektronischen Fernschreiber und der Telex-Nebenstellenanlagen bringt natürlich auch ganz wesentliche Vorteile für die betriebliche Organisation. Jetzt können Fernschreiber an allen wichtigen Sachbearbeiterplätzen installiert werden. Direkt am Entstehungsort der Nachricht kann der Sachbearbeiter sie in die Fernschreibanlage geben – ohne Zwischenwege, Zwischenträger und ohne verlorene Zwischenzeiten. Das Anwählen des Adressaten und das Aussenden der Nachricht übernimmt die Anlage.

Auch die Kostenersparnis dürfte bei einer Kommunikations-Organisation mit Telex-Nebenstellenanlagen erheblich sein. Weniger Personal kann ohne Überforderung mehr leisten, und die Fernschreibleitungen werden besser ausgenutzt. Schließlich werden auch die Kosten für Telefon und Briefbeförderung zurückgehen, weil Fernschreiben dann oft schneller und bequemer ist. Auch am Fernschreiben selbst läßt sich sparen. Mitteilungen, die erst am nächsten Morgen beim Empfänger sein müssen, speichert die Anlage und sendet sie erst nach 18 Uhr zum billigeren Nachttarif. Dann wird ein Durchschnittelex quer durch Deutschland viel weniger kosten als das billigste

Telefongespräch oder das Porto für einen normalen Brief.

Telex auf neuen Wegen

Der modernste und attraktivste Fernschreiber und das ausgefeilteste Nebenstellensystem nützen natürlich nur wenig, solange nicht die Vermittlungssysteme der Fernmeldeverwaltungen durch entsprechende Leistungsfähigkeit und Flexibilität an die steigenden Anforderungen der Kunden angepaßt werden können. Hinzu kommt, daß durch den stark steigenden Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen auf immer neuen Gebieten und die Entwicklung schnell arbeitender Datenstationen die Datenübertragung und Datenfernverarbeitung national und international zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dieser Situation müssen Vermittlungssysteme der Zukunft, die der Erweiterung bestehender und dem Ausbau neuer digitaler Netze dienen sollen, gewachsen sein.

Allein in der Bundesrepublik nutzen heute bereits fast 120 000 Teilnehmer die Vorteile des Telexverkehrs – in Europa sind es 500 000 und weltweit über 1 Million, eine Zahl, die sich in den nächsten 10 Jahren verdoppeln wird. Eine moderne Betriebsorganisation ist ohne Datenverarbeitung nicht mehr denkbar. Doch hier ist seit einiger Zeit ein Wandel von der rein zentralen zur dezentralen Ver- und Bearbeitung von Daten zu beobachten. Dieser Trend zur Dezentralisierung brachte eine starke Zunahme der Datenfernverarbeitung im Dialog Mensch – Maschine mit sich. Bislang sind am öffentlichen Fernsprechnetz, Telexnetz, Datexnetz und

über festgeschaltete Verbindungen im öffentlichen Direkttrufnetz rund 50 000 Datenstationen angeschlossen.

Marktuntersuchungen bei kleinen und großen Unternehmen, Behörden und Institutionen lassen schon jetzt erkennen, daß die Zahl der Teilnehmeranschlüsse bis 1985 auf rund 275 000 ansteigen wird.

Um den Bedarf der Unternehmen nach schneller und wirtschaftlicher Text- und Datenkommunikation zu decken und um der Marktentwicklung auch in Zukunft gerecht werden zu können, bietet die Deutsche Bundespost das ständig weiter komplettierte „Integrierte Fernschreib- und Datennetz“ (IDN) an.

Unter diesem Begriff faßt die Deutsche Bundespost alle vermittlungs- und übertragungstechnischen Netzbausteine zusammen, die auf digitaler Basis Text- und Datenübertragung ermöglichen. Zentraler Bestandteil dieses Netzes ist das von Siemens entwickelte elektronische Vermittlungssystem EDS. EDS ist ein elektronisches, programmgesteuertes Fernschreib- und Datenvermittlungssystem, das aufgrund seiner modularen Struktur und seines leistungsfähigen, universellen Betriebssystems bestehende und neu entstehende Anforderungen an moderne Datenvermittlungssysteme erfüllen kann. Es wird kurze Verbindungsaufbauzeiten mit hoher Fehlersicherheit verbinden, eine hohe Verfügbarkeit aufweisen und die international standardisierten Leistungsmerkmale für neue Datennetze – wie zum Beispiel Direkttruf, Anschlußkennung, Kurzwahl, geschlossene Teilnehmerbetriebsklassen – aufweisen.

Das integrierte Fernschreib- und Datennetz wird in zwei Stufen ausgebaut. Der Ausbau der ersten Stufe hat begonnen. Eingeleitet wurden Bauvorhaben in Mannheim, Frankfurt, Bielefeld, Düsseldorf, Nürnberg, Hamburg, Stuttgart, Berlin, Essen und Husum. Insgesamt sind an 18 Einsatzorten 24 Datenvermittlungsstellen vorgesehen. Die Datenvermittlungsstellen Mannheim und Bielefeld sind in Betrieb.

Bis 1980 soll das heute bestehende Telex- und Datexnetz bundesweit in das integrierte Fernschreib- und Datennetz überführt werden. Insgesamt wird die Bundespost in der Stufe eins für den Aufbau des Netzes einschließlich des digitalen Multiplexernetzes für die festen Verbindungen rund 1,3 Mrd. DM investieren.

Wo fehlt eine?

Bei uns alle Schreibmaschinen.
Riesenauswahl,
stets Sonderposten. - Kein
Risiko, da Umtauschrecht -
Kleine Raten. Fordern Sie
Gratiskatalog

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. G. - M. Z. H.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601



**Herausgegeben
von
Rainer
Schwierczinski
Bundesamt
für
Zivilschutz
Bonn**

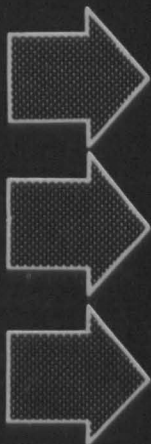
**Broschiert
304 Seiten
46 DM**

Adreßbuch für Zivilverteidigung 1978

4. AUSGABE



Osang Verlag



*Unentbehrlich für alle, die stets wissen müssen,
wer was liefert und wie er schnell zu erreichen ist.*

Die 4. Ausgabe des „Adreßbuchs für Zivilverteidigung“ übertrifft an Umfang alle bisherigen Ausgaben um rund 200 Seiten und ist damit nahezu dreimal so dick. Herausgeber Rainer Schwierczinski vom Bundesamt für Zivilschutz hat sämtliche für den Gesamtbereich der zivilen Verteidigung wichtigen Anschriften zusammengetragen, aufgeschüsselt und in detaillierter Übersichtlichkeit gegliedert. Der Be-

nutzer findet auf Anhieb jede gesuchte Adresse von Behörden, Katastrophenschutzorganisationen, Verbänden, Rettungseinrichtungen sowie von Herstellern und Lieferanten von Gerät und Material für Selbstschutz, Schutzraumbau und Katastrophenhilfe. Als einziges Nachschlagewerk seiner Art nimmt das „Adreßbuch für Zivilverteidigung“ im einschlägigen Schrifttum einen bedeutsamen Platz ein.

Osang Verlag · Postfach 1669 · 5340 Bad Honnef 1

Werner A. Fischer

CSSR 1968

So wurde der Prager Frühling auf Eis gelegt



Überraschungsangriff

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Wüst, hat kürzlich die Ansicht geäußert, die von dem belgischen General Robert Close in seinem Buch „Europa ohne Verteidigung?“ (deutsche Ausgabe im Osang Verlag) vertretene Auffassung, der Warschauer Pakt könne bei strategischer Zielsetzung einen Überraschungsangriff ohne Vorwarnung führen, sei irreführend.

Gemessen an den hinterlassenen Schriften des Generals Carl von Clausewitz, gestorben 1831, nach dessen Erkenntnissen und Ratschlägen die Deutschen – und nicht nur sie – allein in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts zwei große Kriege geführt und verloren haben, stimmt das durchaus.

Clausewitz schrieb in seinem Buch „Vom Kriege“ (18. Auflage, 1973, Dümmler, Bonn, Seite 380): „Die Vorbereitungen zum Kriege nehmen gewöhnlich mehrere Monate ein, die Versammlung der Heere in ihren großen Aufstellungspunkten erfordert meistens die Anlage von Magazinen und Depots und beträchtliche Märsche, deren Richtung sich früh genug erraten läßt. Es ist daher äußerst selten, daß ein Staat den anderen mit einem Kriege überrascht.“

Aber es kommt vor.

Vor zehn Jahren beispielsweise, in der Nacht vom 20. zum 21. August 1968, haben fünf Staaten des Warschauer Paktes, deren auf Lenins positives Urteil zurückgehendes Faible für Clausewitz bekannt ist, einen Überraschungsangriff gegen die CSSR unternommen und innerhalb weniger Stunden mit rund 650 000 Mann und ebenso bombastischen Mengen an Material das gesamte Territorium der Tschechen und Slowaken besetzt.

Dabei erlaubte es ihnen ein Coup besonderer Art, die Hauptstadt Prag blitzartig in den Griff zu bekommen und die komplette Regierungsspitze ebenso schnell außer Landes zu bringen.

Als der neue Tag heraufdämmerte, erfuhr auch die Bundeswehr, und zwar durch Meldungen der Presseagenturen, von der veränderten Situation in der CSSR. Aber da war die Blitzoffensive bereits erfolgreich beendet.

Es erhebt sich die Frage, ob der Überraschungsangriff ohne Vorwarnung erfolgt ist oder mit. Ganz augenscheinlich sind die Tschechen und Slowaken,

sofern sie keine Regierungs- oder Parteiämter bekleideten, vom Einmarsch der roten „Bruderstaaten“ UdSSR, DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien überrascht worden. Die neugewonnenen Freiheiten hatten sie zu sorglos gemacht.

Aber auch die Partei- und Staatsspitzen? In der Nacht der Intervention erklärte Dubcek, damals Generalsekretär der KPC, er habe, „bei der Ehre eines Kommunisten“, nicht „die geringste Ahnung gehabt, daß jemand einen solchen Schritt gegen uns unternehmen will“.

Es besteht kein Grund, die Ehre eines anderen, sei er nun Kommunist oder nicht, anzuzweifeln, doch stutzig macht einen die angebliche Ahnungslosigkeit eines hohen Parteiführers schon.

Dubcek, im Vaterland der Revolution aufgewachsen und ideologisch trainiert, später dann, als es darum ging, den stalinistischen Dinosaurier Novotny vom Präsidentensessel zu hieven, ein Protegé Breschnews, hätte wissen müssen, daß die Sowjetunion das Ausscheren ihres bis dahin treuesten Satelliten CSSR aus dem Kranz der Staaten, der die UdSSR gegen Westen hin wie ein Cordon sanitaire umgibt, unmöglich hinnehmen konnte. Die anderen – keineswegs immer sicheren – Kantonisten DDR, Polen und vor allem Ungarn – wären unweigerlich in den

Strudel der „Los-von-Moskau“-Bewegung geraten.

Folgerichtig kam im Westen der Verdacht auf, Dubcek sei in Wirklichkeit ein sowjetischer Agent gewesen, nämlich jener hohe Regierungsfunktionär der CSSR, der nach Bekundungen des Kremls die Warschauer Pakt-Truppen zu Hilfe gerufen hatte, als die „Konterrevolution“ drohte.

Auf den Verdacht soll später noch eingegangen werden. Schon jetzt ist aber zu sagen, daß zumindest dieser Punkt in der Geschichte der tschechoslowakischen Tragödie in Dunkel gehüllt bleiben wird.

Das erschwert auch die überzeugende Klärung der Frage, ob der Überraschungsangriff auf die CSSR mit oder ohne Vorwarnung erfolgte. Gewiß ist lediglich, daß sich alles, was auf seiten der Okkupanten vor der Blitzoffensive geäußert wurde, unterhalb der direkten Kriegserklärung hielt.

Solche, um es in der Sprache der neuen Mathematik zu sagen, eindeutigen Vorwarnungen, darf man jetzt und für die Zukunft sowieso nicht mehr erwarten. Die Zeit, die der sowjetische Botschafter für die Überbringung der Kriegserklärung an die Prager Regierung benötigt hätte, reichte 1968 schon aus, um die ganze Tschechoslowakei zu besetzen.

Überdies lief die Operation nicht nur unter dem Stichwort „Krieg“, sondern unter dem Stichwort „brüderliche Hilfe“ ab, was nicht auf Anhieb als Kain-und-Abel-Konstellation gewertet werden muß.

Im nachhinein darf aber der als Ultimatum gedachte Brief der fünf Warschauer Pakt-Staaten Sowjetunion, DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien vom 15. Juli 1968 an die, wie es wörtlich hieß, „teuren Genossen“ in Prag als – und das noch nicht einmal sonderlich beflissen – kaschierte Kriegserklärung betrachtet werden.

Das Konzil der „Roten Fünf“

Am 14. Juli 1968 trafen sich die Partei- und Staatsspitzen der UdSSR, der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens in Warschau, um darüber zu beraten, wie der bedrohlich milde Prager Frühling am schnellsten auf Eis gelegt werden konnte.

General Robert Close

EUROPA ohne Verteidigung

48 Stunden,
die das Gesicht
der Welt
verändern



OSANG VERLAG

In diesem Buch wird vor einer Blitzoffensive der Sowjets gewarnt. Close beschreibt, wie der Warschauer Pakt binnen 48 Stunden die Bundesrepublik bis zum Rhein besetzen könnte.

Überraschungsangriff

Während die ungarische Delegation unter Führung von Kadar, der über gute Kontakte zu Dubcek verfügte, signalisierte, sie sei mit jeder Lösung einverstanden, nur nicht mit einer militärischen, forderten Ulbricht und Stoph aus der DDR, die „Dubcek-Bande“ rasch zu kassieren und die alte Ordnung in der CSSR wiederherzustellen.

Als größter Scharfmacher aber erwies sich der Bulgare Schiwkoff. Nachdem ihn Breschnew-Unmut am Einschlafen gehindert hatte, verlangte er, dem CSSR-Volk jede Hilfe bei der Bekämpfung der „Konterrevolution“ zu leisten, auch, wie er betonte, „militärische Hilfe“.

Der Pole Gomulka, damals kurz vor seinem Sturz, steuerte neben heftigen Angriffen auf die CSSR-Führung die Erkenntnis bei: „Wenn man auf eine Machtposition verzichtet, entsteht dort kein Vakuum, sondern der Feind belegt sofort diesen Platz.“

Die übrigen Konferenzteilnehmer, Breschnew inklusive, zeigten sich weder von Ulbricht und Schiwkoff noch von Gomulka sonderlich beeindruckt. Es kam nicht zu dem förmlichen Beschluß, die aufmüpfigen Tschechen und Slowaken militärisch zu disziplinieren. Man einigte sich lediglich darauf, ein längeres Schreiben zu verfassen, den Prägern zuzustellen und es nach einer Schamfrist von vier Tagen in der eigenen Presse zu veröffentlichen.

Die Epistel der „Roten Fünf“ zeichnete sich durch alttestamentarische Strenge aus, und sie enthielt eine geballte Ladung von Vorwürfen. Nach Auffassung ihrer „Brüder“ hatten die Prager Frühlingmacher gegen fast alle Glaubenssätze der kommunistischen Heilslehre verstoßen. Ihnen drohte deshalb, sofern sie ihrem ketzerischen Tun nicht umgehend abschworen, der Scheiterhaufen oder, wie Lenin es nannte, „der Misthaufen der Geschichte“. Nach Ansicht des Warschauer Konzils hatte sich die Prager Reformgemeinde um den einst so geschätzten KP-Hirten Dubcek unter anderem folgendes zuschulden kommen lassen:

1. Mißachtung des Prinzips des demokratischen Zentralismus, damit
2. Liquidierung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei;
3. Unterhöhlung der sozialistischen Ordnung, damit

4. Spaltung der Arbeiterbewegung mit dem Ziel, die bürgerliche Ordnung wiederherzustellen;
5. zügellose Desorientierung der Arbeiterklasse durch Einführung der Pressefreiheit;
6. grundlose Beschuldigungen wegen einer angeblichen Verletzung der Souveränität der CSSR, damit
7. Unterminierung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der CSSR und den anderen sozialistischen Ländern.

Alles Indizien für eine Duldung der „Konterrevolution“. „Seht ihr denn diese Gefahr nicht, Genossen?“ fragte deshalb auch der „Warschauer Brief“ der eingefleischten Reformgegner. „Kann man denn in dieser Situation passiv bleiben, sich nur auf Deklarationen und Versicherungen der Treue zum Sozialismus und zu den Bündnisverpflichtungen beschränken, ohne konkrete Schritte zu unternehmen?“

Wie diese konkreten Schritte aussehen würden, stand – verklausuliert zwar, doch den Empfängern ohne weiteres verständlich – auch in dem Schreiben aus Warschau: „Wir können nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten unserer Staaten, die sich im Warschauer Vertrag vereinigt haben, um ihre Unabhängigkeit, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten, um eine unüberwindliche Schranke gegen die imperialistischen Kräfte der Aggression und der Revanche aufzurichten.“

Im Klartext bedeutete das: Wir werden etwas gegen Sie unternehmen. Ab sofort sind Sie entmündigt. Verhandlungen mit Ihnen lohnen sich nicht mehr. Deshalb werden wir Sie – notfalls auch unter Anwendung von Gewalt – zur Räson zwingen, weil es der Status quo („unüberwindbare Schranke“) so will.

Um Einwänden nach der Art „In diesem Fall gibt's auf beiden Seiten Tote“

Griephan-Briefe

Die Griephan-Briefe sind Informationsdienste für Unternehmer. In den Griephan-Briefen finden Industrie und Handel Tips zum Geschäft mit Behörden, Hinweise auf kommende Auftragsvergaben und Ratschläge für die Auftragsakquisition bei staatlichen Dienststellen. Die Griephan-Briefe sind der Schlüssel zum Behördengeschäft. Wer Umsätze und Gewinn aus dem Milliardenmarkt staatlicher Beschaffung ziehen will, muß die Griephan-Briefe abonniert haben.

INFORMATIONEN AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT: wöchentlich donnerstags Trend- und Detailinformationen zum zivilen Behördengeschäft, zur Beschaffungsplanung und Auftragsvergabe in den Bereichen Verkehr, Bau, Post, Bahn, Forschung und Technologie, zivile Verteidigung, innere Sicherheit usw. Monats-Abonnementspreis DM 27,- zuzüglich 5,5 % Umsatzsteuer.

WEHRDIENST: wöchentlich montags, Insider-Informationen zur Rüstungsbeschaffung der Bundeswehr, zum Bau militärischer Anlagen und zum deutschen Rüstungsexport. Monats-Abonnementspreis DM 28,- zuzüglich 5,5 % Umsatzsteuer.

SONDERDRUCKE FÜR DIE WIRTSCHAFT: alle 10 Tage (10., 20. und 30. des Monats) Organisationspläne von Bundesministerien, Behörden, Beschaffungsstellen, Ämtern und Instituten nach neuestem Stand, mit Tausenden von Namen und Telefonnummern eine praktische Hilfe für den Umgang mit Bundesbehörden. Monats-Abonnementspreis DM 21,- zuzüglich 5,5 % Umsatzsteuer.

Bestellcoupon

Ausfüllen, unterschreiben und absenden an: BONNKONTAKT Verlag A. M. Griephan KG, Postfach 12 02 64, 5300 Bonn 1.

Wir abonnieren ab sofort Ihre Griephan-Briefe:

- ☐ INFORMATIONEN AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT
- ☐ WEHRDIENST
- ☐ SONDERDRUCKE FÜR DIE WIRTSCHAFT

Wir bitten um ☐ halbjährliche ☐ jährliche Abrechnung (Zutreffendes bitte ankreuzen). Kündigungsmöglichkeit sechswöchentlich zum Quartalsende. Versandanschrift:

Ort, Datum:
Unterschrift:

Probeexemplare der Griephan-Briefe (3 x 3 = 9 Ausgaben) gegen Voreinsendung einer Schutzgebühr von DM 10,55 (inkl. 5,5 % USt) auf Konto 2367 06-509 beim Postscheckamt Köln.

Überraschungsangriff

zuvorzukommen, beschwor der „Warschauer Brief“ auch Schatten der Vergangenheit: „Die Völker unserer Länder haben für den Sieg über den Hitlerfaschismus, für ihre Freiheit und Unabhängigkeit, für die Möglichkeit, den Weg des Fortschritts und des Sozialismus gehen zu können, einen riesigen Blutzoll bezahlt und gewaltige Opfer gebracht.“ Übersetzt: Dieses Nachhuthgefecht überstehen wir auch noch.

Dann die klare Option: „Die Grenzen der sozialistischen Welt haben sich bis in das Herz Europas, bis zur Elbe und bis zum Böhmerwald vorgeschoben.“ Und: „Wir werden niemals zulassen, daß der Imperialismus auf friedlichem oder unfriedlichem Wege, von innen oder von außen eine Bresche in das sozialistische System schlägt und das Kräfteverhältnis in Europa zu seinen Gunsten verändert.“ Übersetzt: Der Status quo muß erhalten bleiben. Wer ihn, auch friedlich oder von innen, antastet, begeht eine Todsünde.

Die Reformer in Prag waren nahe daran. „Es ist eine für ein sozialistisches Land absolut unannehmbare Situation entstanden“, urteilten die „Roten Fünf“. Souveränität? Pah! „Nur Feinde des Sozialismus können heute mit der Losung einer ‚Verteidigung der Souveränität‘ der CSSR gegenüber den sozialistischen Ländern spekulieren.“ Und: „Deshalb meinen wir, daß die entschiedene Zurückweisung der Angriffe der antikommunistischen Kräfte und die entschlossene Verteidigung der sozialistischen Ordnung in der Tschechoslowakei nicht nur Ihre, sondern auch unsere Aufgabe ist.“ Im Klartext: Dubcek, wir kommen und räumen auf!

Es ist eher die Aufgabe professioneller Sozialismuskundler, herauszufinden, ob das, was die Prager Frühlingmacher anstrebten, nämlich die Symbiose von Kommunismus und Demokratie, jemals Wirklichkeit geworden wäre. Manche bezweifeln es. Kommunismus setzt ein Einparteiensystem voraus. Demokratie mit nur einer Partei ist nicht vorstellbar.

Trotzdem ging im Frühjahr 1968 von Prag eine Menge Hoffnung aus. Die Menschen auch in Westeuropa waren damals bereit, eine tüchtige Portion Glauben in progressive oder progressivistische Tendenzen zu investieren. Überdies garte es allenthalben. In Paris schwemmten die Mai-Unruhen de

Gaulle davon, in der Bundesrepublik erinnerten sich die Studenten zu intensiv der Worte, die der CDU-Mann und Bundesinnenminister Gerhard Schröder bereits Ende der fünfziger Jahre an sie gerichtet hatte: „Seid die Unruhe unserer Zeit!“

Obwohl die Prager Reformfans nichts vom Sozialismusgehebe der deutschen Studenten um Dutschke hielten, griff die allgemeine Stimmung des Aufbruchs zu neuen Gesellschaftsufern doch auf sie über. Und nicht nur auf sie. Von überall aus dem Ostblock kamen Meldungen über Aufsässige. Die Sowjets lernten ihren Sacharow kennen und fürchten, die Ulbrichts ihren Havemann.

Die Disziplinierung beginnt

Unruhen sind den Kommunisten immer willkommen, nur nicht im eigenen Machtbereich. Während sich Moskau im Windschatten des in den Vietnamkrieg verstrickten Westgiganten USA anschickte, im mittelmehreren und im afrikanischen Raum dunkelrote Metastasen zu bilden, konnte es im eigenen Revier keine Abweichler gebrauchen. Wären die Dinge in der CSSR nämlich ins Rutschen gekommen, hätte diese Entwicklung mit Sicherheit den gesamten Ostblock erfaßt. Deshalb war es erste Sozialistenpflicht, die Ruhe an der Moldau wieder herzustellen.

Kam noch hinzu, daß sich in der seit jeher zum Autonomismus neigenden Ukraine, die auf 98 Kilometer Breite an die CSSR grenzt, Kräfte bemerkbar machten, die am liebsten eine „Los-von-Moskau“-Bewegung ins Leben gerufen hätten. Der Parteichef dieser Sowjetrepublik, Schelest, saß deshalb oft dabei, wenn die „Roten Fünf“ die Situation in der Tschechoslowakei berieten, auch als der „Warschauer Brief“ verfaßt wurde.

Nach dem Scherbengericht von Warschau lief alles so ab, wie es augenscheinlich längst vorbereitet war. Unter einem groben Raster betrachtet, etwa so:

- Bereitstellung von Truppen in CSSR-nahen Räumen;
- Klärung der logistischen Fragen (später stellte sich heraus, daß der Nachschub an Verpflegung nicht klappte);

- Schaffung von Anlaufstationen im zu besetzenden Gebiet (die sowjetische Botschaft in Prag war eine der wichtigsten);
- Gewinnung von Kollaborateuren (darunter der Ex-Pilot des Ex-Präsidenten Novotny, abgehalfterte Funktionäre und vierzig Beamte des Prager Innenministeriums);
- Planungen zur raschen Ausschaltung der Regierungsstellen im Augenblick der Besetzung;
- Vorbereitungen zur Ausschaltung der Medien;
- Diebstahl von Unterschriftenlisten, um Verhaftungsaktionen vorzubereiten;
- Schulung von Spezialagenten, denen unter anderem die Aufgabe zufiel, die tschechoslowakischen Grenzposten zu täuschen;
- Anbringung fester Markierungen in den Gemarkungen der CSSR, und zwar während der Manöver;
- Planung von Kommandounternehmen zur Eroberung der Flugplätze;
- Abfassung eines Papiers mit einer Gutheißung der Besetzung, das führende CSSR-Persönlichkeiten unterschreiben sollten;
- Suche nach einem glaubhaften Vorwand für die Okkupation (ursprünglich sollte das NATO-Manöver „Schwarzer Löwe“ in Bayern als Vorwand herhalten; zum Kummer der Russen wurde es aber kurzfristig nach Baden-Württemberg verlegt, und so weit vom Schuß taugte es als Vorwand nicht mehr; der Vorwand wurde später per Flugblatt nachgeliefert).

Das meiste von dem, was die Moskauer Spezialisten vorbereiteten, klappte, nur eins nicht: Nach der Besetzung ließ sich keine einzige wichtige Persönlichkeit auftreiben, die die Okkupation per Unterschrift gutheißen wollte.

Wir hier im Westen mögen dem nicht viel Gewicht beimessen. Die Russen aber legen allergrößten Wert darauf, nach einer Aggression bestätigt zu bekommen, daß man sie nicht nur eingeladen, sondern sogar um Hilfe gebeten hat. Zuweilen installierten sie in Ländern, die sie okkupierten, erst willfährige Regierungen, damit sie nachher vor aller Welt den Persilschein aus der Tasche ziehen konnten.

Überraschungsangriff

Während sich die Presse der „Roten Fünf“ auf die Prager „Konterrevolutionäre“ einschob, reisten Spitzenkräfte der Sowjetunion, der DDR, Polens, Bulgariens und Ungarns wie Touropaute durch den Ostblock, um an wechselnden Orten – zuweilen auch unter Teilnahme einer CSSR-Abordnung – Konferenzen zu zelebrieren.

Zwar stand fest, daß sich der tschechoslowakische Erdrutsch in die Demokratie ebensowenig mit Worten aufhalten ließ, wie aus einem Tiger ein Singvogel wird, wenn man ihn nur reichlich mit Nachtigallen füttert, doch Staaten, die einen Verhandlungskrieg einem Schießkrieg vorziehen, können sich nun einmal nicht vorstellen, daß bereits marschiert, wer noch konferiert. Und darauf kam es an.

Unverständlich aber, daß die bedrohte CSSR-Führung nicht sah oder nicht sehen wollte, was um sie herum geschah. Die Wirtschaft ihres Landes driftete in die absolute Pleite ab. Der Demokratiebazillus untergrub die Macht der Kommunistischen Partei. Der autoritär geprägte – und nur dadurch im sozialistischen Sinne lebensfähige – Staat geriet ins Wanken. Das Ende der Diktatur war nah. Die Menschen wähten, bereits die Morgenluft der Freiheit zu atmen. Die stolzen Tschechen und Slowaken empfanden sich mehr und mehr als autorisierte Erben der Hussiten. Das mußte den roten Bannstrahl geradezu herausfordern. Aber keiner wollte es in dem Hochgefühl, endlich die demokratische Tradition des Landes fortsetzen zu können, wahrhaben.

Der tschechoslowakischen Tragödie letzter Akt begann, als in Prag, Preßburg und Umgebung noch jedermann glaubte, die Sowjets würden im eigenen Lager nach Budapest 1956 kein neues Okkupationsstück inszenieren. Dabei war, um in der Theatersprache zu bleiben, die letzte Kostümprobe schon über die Bühne gegangen. Aus standen lediglich noch die Generalprobe und die Premiere.

Unter Generalprobe wollen wir einmal Truppenansammlungen an Stellen verstehen, wo sonst bloß Postboten und Förster Uniform tragen, und Manöver zu Zeiten, wo die Bauern noch samt ihrer Ernte unter die Panzerketten geraten können.

Im schönen Mai des Jahres 1968, als die Amerikaner mit dem Vietnamkrieg und der Nachfolge für Johnson, die Deutschen mit den Querelen in der Großen Koalition und der Nachfolge für Lübke und die Franzosen mit ihren unruhigen Pariser Studenten und fast schon der Nachfolge für de Gaulle mehr als genug beschäftigt waren, von der Eskalation der außerparlamentarischen Gewalt in vielen Ländern ganz zu schweigen, in jenem denkwürdigen Mai kam ein eisiger Ostwind auf. Die Sowjets signalisierten unübersehbar, daß sie jetzt darangehen würden, Ordnung in ihren Jagdgründen zu schaffen, ehe das eigene Revier in Gefahr geriet.

Zur gleichen Zeit klaffte einer ihrer publizistischen Wachhunde, der „Deutschlandsender“ in Ost-Berlin, in den Äther hinaus, amerikanische Spezialtruppen seien als Touristen getarnt auf dem Weg in die Tschechoslowakei.

Kremlkenner blätterten in den Archiven und stießen auf eine Meldung, die Moskau 1956 verbreitet hatte, ehe es zum Sturm auf Budapest ansetzte. Damals waren angeblich „CIA-Agenten mit Tiroler Hüten“ in Ungarn gesichtet worden.

Die Tschechen und Slowaken, einst das kommunistischste aller kommunistischen Völker des Ostblocks, nun auf dem unkontrollierten Freiheitstrip, merkten die Absicht, die hinter der Radio-Ente aus der ungeliebten DDR steckte. Inständig appellierte der Prager Sender an die roten Brüder in ihrer Gesamtheit: „Um Gottes willen, laßt uns nicht die tragischen Erfahrungen von Budapest wiederholen!“

Daß letztlich Macht aus den Gewehrläufen kommt und nicht aus den Mündern, wußten nicht nur die „Roten Fünf“, die, während sie noch emsig – für manche Beobachter zu emsig – konferierten, bereits die Marschverpflegung ausgeben ließen, es ahnten auch die westlichen Geheimdienste. Sie hatten bald herausgefunden, daß sich jenseits des Eisernen Vorhangs etwas tat. Konkret: Ihnen war nach Auswertung ihrer Horch- und Guckergebisse klar geworden, daß sich Moskau und seine Bundesgenossen auf einen Einmarsch in die CSSR vorbereiteten.

Der damalige Außenminister Willy Brandt erfuhr davon und teilte dem Bundeskabinett am 22. Mai 1968 mit:

„Es liegen zuverlässige Berichte vor, denen zufolge Staaten des Warschauer Paktes bestrebt sind, nichttechnische Soldaten in der Größenordnung von 10 000 bis 12 000 Mann in der Tschechoslowakei zu stationieren.“

Um das den zu dieser Zeit ziemlich schwerhörigen Amerikanern nahezubringen, erhielt der Sprecher der Bundesregierung, Diehl, die Weisung, die Presse entsprechend zu informieren. Die CIA brummte nur: „Wenig glaubwürdig!“ Ungehaltener reagierte Llewellynn Thompson, US-Botschafter in Moskau: „Deutsche Spinnerei!“ Bonns „Haltet-den-Dieb“-Ruf sei nichts weiter als ein Störmanöver gegen die amerikanisch-sowjetische Entspannungspolitik.

Aus welchem Grund auch immer, Washington, Herr über das westliche Revier der Welt, legte Wert darauf, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was sich im Territorium des roten „Paten“ abspielte. Nach den trotz aller hochintelligenten Sicherheitspolitikanalysen noch immer archaisch-primitiven Spielregeln der Inbesitzhaltung eroberter Territorien eine durchaus systemkonforme Einstellung. Wenn der Nachbar in seinem Garten Ordnung schafft, ist das allein sein Problem. Er darf mir nur nicht seinen Unrat über den Zaun werfen oder gar meine Beete zertrampeln. Und das hatten die Sowjets auch gar nicht vor: weder im Juni 1953 in der DDR noch im November 1956 in Ungarn, noch im August 1961 beim Mauerbau in Berlin, und – so sah es jedenfalls aus – keineswegs im August 1968 in der CSSR.

Nun hat man erfahrungsgemäß überhaupt nichts davon, wenn man lediglich ahnt oder weiß, daß der Nachbar nicht bedroht ist. Die Tschechen und Slowaken jedenfalls fühlten sich unbehaglich in ihrer Haut. Einerseits konnten sie sich wohl nicht so recht vorstellen – von diesem Unvermögen sei die politische CSSR-Führung ausdrücklich ausgenommen –, daß die Sowjets sie mit Gewalt disziplinieren würden, andererseits war ihnen doch bewußt, daß es Moskau nicht lag, lediglich mit den Zähnen zu knirschen und dann einen Teil seiner Jagdgründe resignierend abzuschreiben.

Die weitere Entwicklung gab ihren Befürchtungen schließlich recht. Die Sowjets kündigten an, sie wollten in der

Überraschungsangriff

letzten Dekade des Monats Juni 1968 ein Stabskommando-Manöver der Warschauer Pakt-Staaten in der CSSR abhalten. Und als hätten sie Angst, sich zu verspäten, rückten sie bereits am 31. Mai an: Generalstäbler mit Nachrichteneinheiten und dazu – völlig unstabsgemäß – Panzer und Raketengeschütze, getreu der sowjetischen Doktrin, Angriffe seien am effektivsten mit massiven Panzerkeilen, unterstützt vom Feuerschlag schwerer Artillerie, zu führen.

Erst am 21. Juli bewegte sich der Manövertrupp wieder in Richtung Heimat – sehr zögernd übrigens und unter Zurücklassung einiger Panzer in der Prager SU-Botschaft, fester Markierungen auf dem beübten CSSR-Gelände und nützlicher Kollaborateure in spe.

Dazwischen war vom 20. bis zum 30. Juni die Stabsübung „Böhmerwald“ abgelaufen: mit 16 000 Soldaten, 4500 Fahrzeugen, 70 Panzern, 40 Verbindungsflugzeugen, einem MiG-Geschwader, einem Einsatzgeschwader und 20 Hubschraubern.

Westliche Beobachter errechneten: Das Sowjet-Detachement habe das Rückgrat für eine riesige Streitmacht gestellt: die Stäbe zweier sowjetischer Armeen, das Offizierskorps von zwei Luftwaffeneinheiten, acht Raketen- und zusätzlichen Infanterie-Einheiten.

Deutsche Experten urteilten, „Böhmerwald“ sei eine brillante Vorübung für eine spätere Intervention größerer Verbände, und die Nachrichtendienste des Westens rotierten. Sie machten Truppenübungen nördlich, östlich und südlich der CSSR-Grenzen aus, bei denen Panzer-Horden erntereife Felder zerwalzten, sie erfuhren von einer Anweisung an die DDR-Reichsbahn, 600 Tieflader-Waggons und sechzig Lokomotiven bereitzustellen, und sie ermittelten schließlich, daß ab 23. Juli in vier westlichen Sowjetrepubliken die Nachschubübung „Njemen“ mit Teilmobilsierung stattfand, der sich ab Ende Juli die Luftverteidigungsübung „Himmelschild“ anschloß.

Zur gleichen Zeit filmte die Luftaufklärung an den Grenzen zur CSSR zwanzig aufmarschierte Ostblock-Divisionen. Der BND funkte nach Bonn: „Das strategische Ziel des Manövers lautet: Durchschneiden der CSSR in zwei Kessel.“

Mitte August rückte der Ernstfall in greifbare Nähe. Polen und die DDR erklärten ihr südliches Territorium zum militärischen Sperrbezirk. Fahrzeuge wurden aufgetankt, die Munitionsbestände komplettiert, und die Truppen erhielten Eiserne Rationen.

Am 16. August traf sich die SED-Spitze an der Ostsee.

Am 18. August ereignete sich dann etwas Merkwürdiges: Plötzlich waren die so sorgsam zusammengetrommelten Divisionen wie vom Erdboden verschluckt. Keine Militärfahrzeuge, keine Soldaten mehr in den Dörfern und Städten des Aufmarschgebiets. Die Nachrichtendienste wußten, das konnte aller Erfahrung nach nur eins bedeuten: Der Angriff stand unmittelbar bevor.

Am 19. August wurde das ZK der KPdSU nach Moskau einberufen. Breschnew und Podgorny unterbrachen ihren Urlaub, um an der Parteisitzung teilzunehmen.

Am späten Abend des 20. August tauchten an tschechischen Grenzstellen zu den Ostblockländern unbekannte Zivilisten auf, die sich als Amtspersonen auswiesen und angaben, sie hätten den Auftrag, die Zuverlässigkeit der Kontrolleure zu prüfen. Interessanterweise waren an diesem Abend die Scheinwerfer auf der Gegenseite nicht aufgeflammt. Während die Tschechen und Slowaken noch auf Stromausfall tippten, fuhren jenseits der Schranken Güterzüge heran, die ihre Fahrt stoppten und von da an nur noch Signaltöne von sich gaben.

Der Vollzug der Okkupation

Der in der CSSR-Krise absolut zuverlässige BND registrierte am 20. August gegen 21 Uhr den Beginn einer totalen Funkstille im östlichen Raum. Nach dem bermudadreieckartigen Verschwinden der angeblichen Manövertruppen ein weiteres Indiz für den unmittelbar bevorstehenden Einmarsch der Warschauer Pakt-Partner in die Tschechoslowakei.

Rund zwei Stunden später näherte sich vom ungarischen Rajka her ein russischer Jeep der tschechoslowakischen Grenze. Der Schlagbaum ging hoch, der Wagen blieb darunter stehen, Sowjets kletterten aus dem Gefährt und stellten sich neben den Schlagbaum.

Was dann geschah, schildert Erich Bertleff in seinem Buch „Mit bloßen Händen“: „In diesem Augenblick flammten drüben die Scheinwerfer auf. Das Pfeifen des Zuges verstummte. Und ein metallenes, klirrendes Rollen ertönte. Die Gegend hier ist flach wie ein Tisch, baumlos, die Straße verläuft schnurgerade, man konnte die aus Ungarn nahenden Fahrzeuge schon auf Kilometer sehen. Einzelne Lichter, die sich aneinanderreihen wie Perlen an einer Kette, tauchten auf. Sie kamen schnell näher. Das Dröhnen wurde stärker. Das erste Fahrzeug war nun fast vor dem ungarischen Zollhaus. Noch ehe es in den Lichtkreis trat, wußten die Männer hinter dem tschechoslowakischen Schlagbaum, was das zu bedeuten hatte. Sie wußten es von ihrer Militärzeit her. Fahrzeuge mit einem Scheinwerfer links. Panzer.“

Die Okkupation der CSSR hatte begonnen.

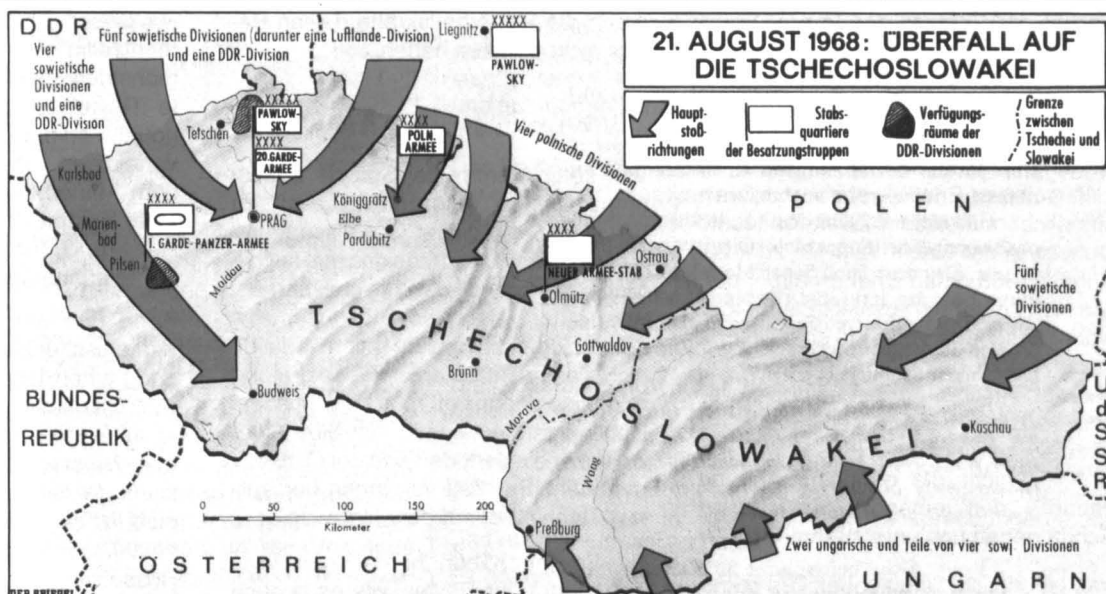
Punkt 23 Uhr 11 glitzerte es vor den Augen der Pullacher. Der BND entdeckte auf seinen Radarschirmen silberne Punkte über Prag. Flugzeuge. Und er schlug Alarm: „Die Russen rollen.“

Und wie sie rollten! Später wußte man, was sie alles überrollt hatten:

- Die erste sowjetische Garde-Panzerarmee mit vier sowjetischen Divisionen und die 11. Motorisierte Schützendivision aus Halle waren aus Karlsbad und Pilsen bis Budweis vorgestoßen.
- Die 20. sowjetische Gardearmee mit fünf sowjetischen Divisionen, darunter einer Luftlandedivision, und die 7. DDR-Panzerdivision hatten Prag besetzt.
- Eine polnische Armee mit vier Divisionen war über die Sudetenpässe ins nördliche Böhmen und Mähren eingedrungen.
- Fünf sowjetische Divisionen hatten die Slowakei besetzt.
- Von zwanzig sowjetischen Fliegerregimentern der 24. Luftarmee aus dem Süden der DDR waren alle CSSR-Flugplätze in Besitz genommen worden.
- Kamen noch Truppen aus Ungarn und Bulgarien hinzu. Ein bulgarisches Regiment hatten die Russen auf Schiffen nach Odessa ge-

Überraschungsangriff

Das nebenstehende Schaubild entnehmen wir dem SPIEGEL (Jahrgang 1968). Beim Studium einschlägiger Unterlagen schnitt Augsteins Nachrichtenmagazin als Quelle am besten ab. Der SPIEGEL sollte das, was er zur Sicherheitspolitik veröffentlicht hat, einmal als Sammelband herausbringen. Das würde einige Institute glatt erblassen lassen.



bracht, damit die Rumänen nichts davon merkten, und schließlich per Eisenbahn ins Aufmarschgebiet transportiert.

Gegen 1.15 Uhr am 21. August gab es auf den Radarschirmen der NATO nichts mehr zu sehen außer Lichtflocken. Stanniolstreifen waren abgeworfen worden und hatten die empfindsamen Augen des Luftwarnnetzes geblendet. Die Experten regten sich deswegen nicht weiter auf. Seit den Tagen des Zweiten Weltkrieges weiß man, was solche Streifen ausrichten, wenn sie zur Erde flattern. Diese Flimmer-Erscheinung und die Meldung der Funküberwachung, Flugzeuge befänden sich im Luftraum über Prag, veranlaßten die militärischen Warner zu der Schlußfolgerung, die Manöver der Warschauer Pakt-Staaten seien in eine neue Phase getreten.

Wie neu diese Phase war, erlebten als erstes die Bediensteten des Prager Zivilflughafens. Um 22 Uhr 03 fing der Tower einen Notruf auf. Drei sowjetische Transportmaschinen wünschten notzulanden. Sie hätten nicht mehr genügend Sprit in den Tanks. Nach Rücksprache mit dem Flughafendirektor verwies der Tower die Maschinen an den Militärflughafen Kbely.

Die Sowjetflugzeuge landeten trotzdem. Leute sprangen heraus und eilten dem Flughafengebäude zu. Der Direktor zeigte sich beherrscht. Er ließ „Velin“, die Nervenzentrale des Flugplatzes,

ausschalten. Im Nu war alles dunkel. Geholfen hat das nicht. Die Sowjets hatten alles mitgebracht, um die Pisten zu erhellen. Was folgte, war die Massenlandung russischer Transportmaschinen mit Menschen und Material im Überfluß.

Unter denen, die zuerst das Zimmer des Flughafendirektors betraten, war auch der tschechoslowakische Luftwaffenoberst Elias, der davongejagte Chefpilot des Ex-Präsidenten Novotny. Er hatte die Sowjetflugzeuge nach Prag gelotst.

Während die ersten Panzer auf Prag zurollten, setzten sich von der sowjetischen Botschaft in der tschechoslowakischen Hauptstadt Panzer und Limousinen in Bewegung, um die führenden CSSR-Politiker zu kassieren. Das gelang. Sie wurden außer Landes gebracht und vermutlich gezwungen, der Okkupation ihres Landes offiziell zuzustimmen.

Hätten sie sich geweigert, wäre an den geschaffenen Tatsachen auch nichts mehr geändert worden. In einem ähnlichen Fall – Ungarn 1956 – hatten die Sowjets die führenden Politiker des Landes einfach erschießen lassen, getreu der Devise, daß alles gut ist, wenn es nur dem Sozialismus dient.

Fehlt noch der Vorwand für die Okkupation. Er war in einem Flugblatt enthalten, das sowjetische Hubschrauber am 24. August über Prag abwarfen. Darin hieß es, in der CSSR habe die Gefahr

eines konterrevolutionären Umsturzes und der Losreißung dieses Staates von der sozialistischen Gemeinschaft bestanden. Aus. Basta!

So wenig Mühe sich die Sowjets mit der Suche nach dem Vorwand gaben, so eifriger fahndeten sie nach einem tschechoslowakischen Spitzenpolitiker, der bereit war, mit seiner Unterschrift zu bezeugen, er habe die roten Brudervölker zur Hilfe gerufen. Es fand sich keiner. Verständlich, daß auch im Westen darüber nachgedacht wurde, wer der Hilfsbedürftige wohl gewesen sein mochte.

Mit einer ungewöhnlichen These meldete sich Hermann Achminow vom Münchner Institut zur Erforschung der UdSSR zu Wort. Er stellte die Frage: „Ist Dubcek sowjetischer Agent?“ Ihm kam es vor allem seltsam vor, daß der Prager Reformheld nach der Okkupation nicht nur am Leben, sondern für die nächsten acht Monate auch noch Parteiführer geblieben war.

Achminows Schlußfolgerung: „Dubcek mußte den Sowjetführern Dienste erwiesen haben, die sein Unvermögen, das Land unter Kontrolle zu halten, aufwogen. Wahrscheinlich hat er selbst Moskau mitgeteilt, daß der Einmarsch fällig ist, hat er also selbst die Invasionstruppen geholt. Nur unter dieser Annahme geht die Rechnung auf.“

Auch wer Achminows Ansicht nicht unbedingt teilen möchte, kann nicht umhin, angesichts einiger Dinge, die

Überraschungsangriff

sich in der Spätzeit des Prager Frühlings ereigneten, zu stützen. Erstens war es, wie weiter vorn schon erwähnt, ungewöhnlich, daß ein geschulter Funktionär nicht begriff, was seine Gesinnungsgenossen ihm – etwa im „Warschauer Brief“ – relativ unmißverständlich mitteilten. Zweitens hatte Dubcek in der Nacht vom 19. zum 20. August 1968 einen Brief erhalten, der, wie sich später herausstellte, außergewöhnlich scharfe Vorwürfe enthielt. Erst in der Nacht des Überfalls zog er ihn aus der Tasche, um ihn seinen Kollegen vorzulesen. Dabei erklärte er, er habe – „bei der Ehre eines Kommunisten“ – nicht die geringste Ahnung gehabt, „daß jemand einen solchen Schritt gegen uns unternehmen will“.

Das ist schlicht unglaublich. Es stand nicht nur in allen Zeitungen des Westens, die schließlich auch der Prager Führung zugänglich waren. Selbst Dubceks eigener Verteidigungsminister, der schließlich geschäftet wurde, weil er vorgeschlagen hatte, aus dem Warschauer Pakt auszuscheren, hatte sich lange vorher mit einem eventuellen Überfall auf die CSSR befaßt und gewarnt: Sollten die Kreml-Kameraden Ernst machen, wäre das Land selbst bei (nicht geplantem) Widerstand der CSSR-Armee in genau zwei Stunden und 46 Minuten überrollt und besetzt.

Bleibt anzumerken, daß die Okkupationstruppen mit weniger Zeit auskamen.

Westler werden sich darüber hinaus noch fragen, weshalb die Armee der CSSR in den Kasernen geblieben ist. Dafür gibt es mehrere Erklärungen. Erstens hätte sie kaum Chancen gehabt, etwas gegen 650 000 Gegner auszurichten, zweitens war ihr von den Sowjets rechtzeitig der Zugang zu den Munitionsvorräten versperrt worden.

Drittens hatte das ZK der tschechoslowakischen Kommunisten noch in der Nacht des Überfalls erklärt, es fordere alle Bürger auf, Ruhe zu bewahren und den vordringenden Truppen keinen Widerstand zu leisten. „Deshalb haben weder unsere Truppen noch die Polizei und die Volksmilizen den Befehl erhalten, das Land zu verteidigen.“

Nun denn! Es ist heute müßig, darüber nachzudenken, was aus der CSSR und vielleicht aus Europa geworden wäre,

wenn die Sicherheitskräfte diesen Befehl nicht erhalten hätten.

Versuch einer Anmerkung

Von Lenin stammt der Spruch: „Es ist unmöglich, in einer Gesellschaft zu leben und von dieser Gesellschaft frei zu sein.“ Man übertrage das mal auf die Mafia, es kommt das gleiche heraus. Aus einer verschworenen Gemeinschaft kann sich nicht mir nichts dir nichts einer entfernen, ohne Bestrafung oder Liquidation befürchten zu müssen. Und wenn hierzulande zuweilen einer darauf spekuliert, daß sich der Ostblock in absehbarer Zeit von innen her auflöst, dann ist er auf dem Holzweg.

Die Sowjets haben ihr klar markiertes Territorium, ihr Revier, wie es ja auch der Kontrahent im Westen, die USA, besitzt. Davor dehnen sich gürtelartig – ein Cordon sanitaire – seine Jagdgründe, die Territorien der Satelliten, aus. Auch sie sind unübersehbar markiert, in Berlin sogar mit Hilfe einer Mauer.

Markierte Reviere und Jagdgründe dieser Art werden nicht nur im Tierreich, sondern auch unter Menschen seit allen Zeiten von den Nachbarn respektiert, was nicht ausschließt, daß um „freie Reviere“ Kämpfe entbrennen.

Seit altersher ist dieses Territorialverhalten eine bewährte Form des Verteilungssystems (übrigens auf allen Ebenen der Gesellschaft). Es verhindert, da klare Verhältnisse herrschen, Kämpfe eher, als daß es sie verursacht.

Insofern war auch während der Okkupation der CSSR nicht anzunehmen, daß die Sowjets ihre Jagdgründe überschreiten würden, um neue zu erobern.

Die Amerikaner, deren Territorialverhalten ebenso ausgeprägt ist, wußten das, sie wußten ebenfalls, daß sie nicht neue Karten ins bewährte Revierverteilungsspiel namens „Status quo“ mischen durften.

Vielleicht versteht man unter diesem Aspekt eher, weshalb sich die Führung der USA gegenüber Bedrohung und Besetzung der CSSR so merkwürdig reserviert zeigte. Sie entsprach damit voll und ganz ihrer Haltung in ähnlichen Fällen: etwa 1953 bei den Unruhen in der DDR, 1956 beim Volksaufstand in Ungarn, 1961 beim Mauerbau in Berlin.

Zu dieser Haltung gehört, daß man rechtzeitig seine Entschlossenheit demonstriert, das von einem beanspruchte Revier inklusive der Jagdgründe notfalls mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. So ließen die USA nach dem Mauerbau beispielsweise neben einer Kampfeinheit auch die Nr. 2 ihrer Regierung, Vizepräsident Johnson, in Berlin aufmarschieren.

Kann nun der Warschauer Pakt bei strategischer Zielsetzung ohne Vorwarnung einen Überraschungsangriff führen? Clausewitz und Wust zum Trotz, er kann. Gegen die CSSR trat er aus dem Manöverstand an, und er brauchte keine 48 Stunden bis zum Wenzelsplatz in Prag – diese Zeitspanne errechnete Close für den Fall, daß es die Russen einmal drängt, ihre Truppen am Rhein zu stationieren –, sondern lediglich zwei.

Andererseits, und hierin ist Wust zuzustimmen, wird er aus heiterem Himmel keine Blitzoffensive gegen ein Land unternehmen, das nicht zu seinem Revier gehört, also auch nicht gegen die Bundesrepublik. Das bedeutet natürlich nicht, daß Bundeswehr und Zivilverteidigung bereits morgen in Pension geschickt werden können. Reviere werden nur dann als solche respektiert, wenn der, der sie innehat, permanent seinen Anspruch auf Dominanz in seinem Bereich deutlich macht.

Das mag alles archaisch-primitiv anmuten. Es ist es auch. Mindestens in dieser Hinsicht läßt sich nicht erkennen, daß die Menschheit seit der Steinzeit wesentliche Fortschritte gemacht hat.

Andererseits gibt es derzeit noch keine ernstzunehmende Alternative zu dem uralten Machtverteilungsspiel. Der Frieden muß in den Köpfen beginnen, er muß zu einer gerechteren Güterverteilung, zu einem Abbau des konfliktträchtigen Nord-Süd-Gefälles führen und zu einer Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Hungers und der industriellen Rückständigkeit.

Die Deutschen, die in der Vergangenheit mit Blitzoffensiven unendliches Leid über Europa gebracht haben, sollten auch am 10. Jahrestag des Überfalls auf die CSSR nicht vergessen, daß die größte Chance immer noch in der Fortsetzung der Entspannungspolitik liegt.

ZIVILVERTEIDIGUNG IN DER MAUSER

Fortsetzung von Seite 16

Ich meine, daß man hier im wesentlichen eine Verbesserung bringen könnte, wenn man entsprechendes Personal den Kreisverwaltungsbehörden zur Verfügung stellen könnte. Die Hilfsorganisationen haben zwar Wehrpflichtige, die von der Wehrpflicht freigestellt sind, die werden aber dort für die laufenden Arbeiten benutzt: als Rettungssanitäter, als Wachen an Unfallschwerpunkten oder beim Einsatz bei Großveranstaltungen und was sonst im Rahmen des Roten Kreuzes oder auch des THW sich abspielt, nicht aber für die Gestaltung und den Aufbau der notwendigen Einheiten für den Katastrophenschutz bzw. für die Zivilverteidigung. Insofern wäre da sicherlich von einer hauptamtlichen Kraft an einer Kreisverwaltungsbehörde auch die Möglichkeit gegeben, in die Verbände hineinzuwirken und entsprechend die Organisation mit aufzubauen."

Dr. Heinen-Westerwaldkreis leitete seine Antwort auf den Grundsatzfragenkatalog 4 mit dem Hinweis ein, im Westerwaldkreis stünden – mit unterschiedlicher Intensität – alle Hilfsmittel zur Verfügung. „In erster Linie würde ich für unseren Bereich die Freiwilligen Feuerwehren nennen, die in unserem Kreis, wie überhaupt im Lande Rheinland-Pfalz, doch eine sehr große Bedeutung haben, und auch durchaus schlagkräftig und einsatzfähig sind. Daneben das Technische Hilfswerk; dann natürlich das Deutsche Rote Kreuz, bei dem ich auch Vorsitzender des Kreisverbandes bin; Malteser-Hilfsdienst, der bei uns nur eine sehr untergeordnete Rolle in einem sehr kleinen Teilgebiet des Kreises spielt; der Rettungsdienst, der im wesentlichen nach dem Rettungsdienstgesetz Rheinland-Pfalz vom Roten Kreuz wahrgenommen wird; als Regieeinheit ein Krankentransportzug, zwei ABC-Züge, ein Betreuungszug, zwei Betreuungslitzüge, eine ABC-Melde- und Auswertstelle beim Hauptverwaltungsbeamten, eine Beobachtungs- und ABC-Meßstelle, eine Fernmeldezentrale beim Hauptverwaltungsbeamten sowie eine technische Einsatzleitung, ein Verpflegungstrupp. Wenn man den Einsatzwert dieser Kräfte bemißt, dann ist das sicherlich sehr unterschiedlich. Im Gegensatz zu dem, was vorhin gesagt wurde, bin ich der Meinung, daß der Einsatzwert des Technischen Hilfswerks relativ gering einzuschätzen ist.

Das Technische Hilfswerk ist technisch sicherlich sehr gut ausgestattet mit Gerät, es ist aber personell unzureichend ausgestattet. Verfügungsbereitschaft ist schon deshalb sehr schlecht, weil die Helfer des Technischen Hilfswerks in einem Landkreis, wie dem meinen, ich glaube es sind 200-250 Helfer, die dem Technischen Hilfswerk zur Verfügung stehen, weit verstreut sind über den ganzen Landkreis und darüber hinaus noch außerhalb des Landkreises, so daß von einer Verfügbarkeit während der Arbeitszeit überhaupt nicht gesprochen werden kann. Das zeigt sich dann auch tatsächlich im praktischen Einsatz. Im Fall der schweren Bergung sind sie nach einer gewissen Zeit dann heranzuziehen und sind auch da. Man könnte sagen, bei den Freiwilligen Feuerwehren wäre dies ja ähnlich, denn dort handelt es sich ja auch um hauptberuflich anderswo tätige Kräfte; das ist aber nur bedingt richtig. Denn allein schon durch die größere Helferzahl bei der Freiwilligen Feuerwehr und durch die stärkere Untergliederung und die größere Dichte der Feuerwehreinheiten ist natürlich eine Verfügungsbereitschaft wesentlich größer. Ich bin im Ergebnis wohl der Meinung, wenn es darum geht, stärker

Technisches Hilfswerk oder stärker andere Kräfte auszubauen, sollte man, wenn dafür erhebliche Mittel angesetzt werden, insbesondere im Bundeshaushalt, für den ländlichen Bereich, und nur für den kann ich sprechen, die Feuerwehren, auch den Freiwilligen Feuerwehren, den Vorzug geben.

Das Verhältnis zu diesen Hilfsorganisationen ist recht gut, nicht nur soweit der Hauptverwaltungsbeamte selbst gewisse Funktionen, wie etwa Vorsitzender des DRK, innehat, sondern auch wenn das nicht ist; es gibt im Prinzip keine Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit. Die Hilfsorganisationen sind ja auch in dem Beraterstab des Hauptverwaltungsbeamten zusammengefaßt, wobei man allerdings einschränkend sagen muß, daß dieser Beraterstab an sich intensiver arbeiten könnte.

Die Zusammenarbeit mit den militärischen Stellen ist gut, könnte aber wohl vertieft und intensiviert werden. Wir haben ein Verteidigungskreiskommando, im Nachbarkreis zuständig für vier Landkreise. Wir haben entsprechenden Kontakt auch zum VBK, in unserem Falle nur 20 km von unserem Kreissitz entfernt. Es finden jährlich zwei Arbeitsbesprechungen statt. Das reicht meines Erachtens im Ergebnis nicht aus.

Es haben sich aber hinterher doch eine Reihe von Verständigungs- und Koordinierungsschwierigkeiten herausgestellt. Zwischen der zivilen und militärischen Seite einerseits, andererseits, das sei nicht verschwiegen, auch zwischen den verschiedenen Ebenen der zivilen Seite in noch stärkerem

Alle Bücher und Zeitschriften

- schnellstens
- zum Original-Ladenpreis
- Postkarte genügt
- gegen Rechnung
- kostenlose Information

Euroliber

Verlags- und Vertriebs GmbH

Gereonstraße 18-32 · 5000 Köln 1

ZV kontrovers

Maße. Es ging soweit, daß eine andere übergeordnete Behörde die vorgegebene Sprachregelung am Ende überhaupt nicht mehr verstand, wie man sich über das Koordinatensystem, das man selbst herausgegeben hat, nicht mehr verständigen konnte."

Feuchtinger-Regen gelangte bei seiner Bilanz zu folgenden Ergebnissen: „Die Hilfsmittel liegen bei uns ähnlich verstreut: Freiwillige Feuerwehren und Werksfeuerwehren, 1 Ortsverband des THW und der Kreisverband des Bayerischen Roten Kreuzes; lauter freiwillige Helfer mit Ausnahme einiger wichtiger Hauptamtlicher im Roten Kreuz. Die freiwilligen Helfer sind alle beruflich tätig, stehen also im Ernstfall nur in sehr begrenztem Umfang zur Verfügung, und die Zahl der freiwilligen Helfer ist ja auch nur auf den normalen Einsatz abgestellt, d.h. wenn irgendein örtlicher Katastrophenfall passiert. Aber auf einen großen Katastrophenfall oder auf den Fall eines militärischen Eingreifens ist weder die eine noch die andere Organisation eingerichtet. Wir haben zwar auch eine zentrale Alarmeinrichtung wie Funkalarmierung; sie bewährt sich im wesentlichen mit kleinen Pannen, die eben aufgrund der Topographie bei uns dann und wann einmal eintreten. Aber grundsätzlich darf man wohl sagen, daß die Hilfsmittel auch dieser freiwilligen Organisationen nicht in dem notwendigen Umfang vorhanden sind, in dem man sie bräuchte. Das gilt insbesondere für das THW, denn ein einziger Ortsverband mit 100 freiwilligen Helfern kann im Ernstfall nur ganz wenig ausrichten, er kann vielleicht in einem örtlich begrenztem Maße eingesetzt werden, aber überörtlich ist das schon nicht mehr möglich. Das Rote Kreuz ist zwar im Zusammenhang mit dem Rettungsdienst fahrzeugmäßig ganz gut ausgestattet; wir haben inzwischen außer den üblichen Krankentransportfahrzeugen auch drei Rettungswagen im Einsatz; aber drei Rettungswagen in einem Ernstfall sind ebenso ein Tropfen auf den heißen Stein wie alles andere.

Das Verhältnis unserer Verwaltung zu den Hilfsorganisationen ist durchaus sehr gut, kann man sagen, auch die Zusammenarbeit ist gut, insbesondere auch die Zusammenarbeit mit den militärischen Stellen, soweit sie sich mit Fragen der Territorialverteidigung befassen; mit den anderen wäre ja im Ernstfall sowieso kaum ein Kontakt vorhanden. Auch im Rahmen unserer Landkreisverwaltung hat die Zivilverteidigung natürlich schon einen ihr zukommenden Stellenrang. Wir haben einen Beamten des gehobenen Dienstes für diese Fragen, und wir haben vor allem auch eine Reihe von Mitarbeitern des THW im Amt beschäftigt, so daß hier eine sehr enge Zusammenarbeit möglich ist. Auch die Fernmeldezentrale ist bei uns mit Leuten vom THW besetzt.

Die zivil-militärische Zusammenarbeit ist, wie gesagt, auf so sporadische Gespräche beschränkt. Sonst ist auf dieser Ebene bislang eigentlich überhaupt nichts Besonderes geschehen. Man trifft sich dann und wann in unregelmäßigen Abständen; man unterhält sich mehr oder weniger verbindlich oder unverbindlich; aber eine konkrete Planung, was im Falle des Falles tatsächlich getan werden muß, ist bislang nicht besprochen worden."

Nach *Vahlhaus-Kleve* verfügt sein Kreis bei etwa 255 000 Einwohnern über 2 800 Helfer. „Davon kommen allein 2 200 aus den Feuerwehren, vorwiegend Freiwilligen Feuerwehren. Die Freiwilligen Feuerwehren sind für uns ein unverzichtbares Element. Sie sind technisch recht gut ausgerüstet, auch wenn sie sich derzeit darüber beklagen, daß die Mittel aus der Feuerschutzsteuer nicht fließen, leider nicht fließen, aber die Einsatzkraft dieser Feuerwehren ist sehr hoch, die im übrigen bei uns komplett auch den Rettungsdienst versehen mit 5 Leitwachen. Der Rettungsdienst ist seit Januar 1978 bei uns fertiggestellt. Des weiteren: THW mit 4 Zügen, 4 Bergungszügen, vom Sanitätsdienst insgesamt 7 Züge, vorwiegend DRK

und 2 Malteser-Hilfsdienste, 1 Betreuungszug DRK, 3 Fernmeldezüge als Regieeinheit des HVB und 1 Veterinärzug, auch im Dienste des HVB. Einsatzwert? Bei der Feuerwehr würde ich ihn als relativ hoch ansehen, bei allen übrigen als relativ niedrig.

Zu den zuständigen militärischen Stellen: gut, erstaunlich unbürokratisch, vor allen Dingen zum VKK, das für den Kreis Kleve und Wesel in Wesel sitzt, erstaunlich unbürokratisch und auch erprobt. Vielleicht mag es damit zusammenhängen, daß wir ohnehin durch die vielen militärischen Anlagen zu den Militärs immer einen sehr engen Kontakt gehabt haben, und daß also, wenn wir Hilfe brauchen, vor allen Dingen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes, daß uns die sehr schnell gewährt wird. Wenn's höher geht, wird's auch bei uns kritisch. Was also nach Bonn geht, sagen wir, hat keinen Zweck, kriegen wir doch nicht oder dauert zu lange, dann begnügen wir uns teilweise lieber selbst."

5. Wie beurteilen Sie den Zustand der präventiven Vorsorge: – Selbstschutz/– Schutzraumbau/– Nahrungsmittelbevorratung/– stationäres Sanitätswesen?

So arm an Worten diese Frage ist, sie hatte es, wie die Anhörung in Bonn ergab, in sich. Viele Sachverständige eröffneten ihre Antwort mit der unverblühten Feststellung „Der Zustand der präventiven Vorsorge ist quasi gleich Null.“ Über den Häuption schwebte in diesem Augenblick wohl die altbekannte Erkenntnis, daß die zivile Verteidigung nichts weiter als ein Holzbein der gesamten Verteidigung sei.

Ob sie es wirklich ist, welche Bedeutung sie für die Verteidigung eines Landes oder eines Bündnisses überhaupt besitzt, das konnte – verständlicherweise – nicht geklärt werden. Sieht man nämlich einmal davon ab, daß die Rechtsgrundlagen und die Apparate der Zivilverteidigung in der Bundesrepublik seit langer Zeit vorhanden sind und seit ebenso langer Zeit ganz im Sinne von Parkinson ausufern, gibt es doch herzlich wenig Ansätze, die zivile Verteidigung in die sicherheitspolitische Diskussion einzubeziehen. Manchem reicht es schon, wenn er hört, sie ergänze das System der Abschreckung. Daß die Bevölkerung zum – um einen Aspekt der Zivilverteidigung herauszugreifen – Zivilschutz durchaus eine eigene Meinung hat (und sie auch äußert), hat das Bundesamt für Zivilschutz mit Hilfe der Allensbacher Meinungsforscher herausgefunden. Das seit Dezember 1977 vorliegende Ergebnis der 1975 und 1976 erfolgten Befragung dürfte auch für eine breitere Öffentlichkeit interessant sein, wenn die Presse jemals Gelegenheit erhalten sollte, sich mit ihm intensiver zu befassen.

Kommen wir zu den Antworten auf die Grundsatzfrage 5.

Zustand der präventiven Vorsorge:

Meyer-Würzburg stellte fest, daß ihn sechs Punkte besonders berührten: Schutzraumbau, Alarmdienst, Katastrophenschutz, Hilfskrankenhäuser, Ernährungssicherstellung und Objektschutz.

Von Rotberg-Freiburg: Dazu könne von seiten des Landratsamtes ohne genaue Erhebung keine schlüssige Antwort gegeben werden.

Dr. Steigerwald-Kreis Rhön/Grabfeld: Der Zustand der präventiven Vorsorge könnte besser sein, wenn das Verständnis für diese elementaren Probleme unserer derzeitigen Gesellschaft in der Gesellschaft größer wäre.

Dr. Heinen-Westerwaldkreis: „Es wäre ein besseres und höheres Bewußtsein für die Aufgabe Zivilschutz in der Bevöl-

kerung gegeben, wären Politiker auf allen Ebenen eher bereit, dafür Mittel einzusetzen. Selbstverständlich würde die Verwaltung dann auch insoweit effektivere Arbeit leisten."

Feuchtinger-Regen: „Katastrophenschutz, man möchte fast sagen, ist eine Katastrophe; denn wenn sie passiert, dann ist bei uns im gesamten Landkreis kaum etwas vorhanden, um ihr begegnen zu können."

Vahlhaus-Kleve: „Der Zustand der präventiven Vorsorge ist praktisch gleich Null."

Dr. Jacobs-Siegburg: „Wir sind nicht ausreichend vorbereitet, und wir helfen uns bis auf den heutigen Tag, indem wir täglich beten, daß es keine Katastrophe gibt."

Riegel-Bonn: „Die Vorbereitung für Zivilverteidigung scheint mir in der Stadt Bonn gleich Null zu sein. Einer begrenzten Katastrophe könnte man Herr werden. Notwendig wäre eine viel stärkere Verankerung des Schutzgedankens in der Bevölkerung."

Schutzraum

Meyer-Würzburg: „Wir haben im Grunde keinen ernstzunehmenden Schutzraumbau im Regierungsbezirk. Wir haben in Schweinfurt zwei Bunker, die sind übernommen worden aus der Kriegszeit und dann mit kommunalen Mitteln mehr oder weniger zunächst instandgesetzt worden." U-Bahnen: Fehlanzeige. Tiefgaragen: nur bedingt geeignet. Hausschutzräume: Fehlanzeige, weil der Anreiz fehle. In Schulen, Krankenhäusern und Wohngebäuden sei so gut wie kein Schutzraum vorhanden.

Von Rotberg-Freiburg: „Dem Bürger eine Schutzraumpflicht aufzudrängen, erscheint uns nach den jahrelangen Versäumnissen kein sinnvolles Vorhaben. Hier sollte zunächst eine Verpflichtung der öffentlichen Hand die Lage verbessern. Schutzraumbau sollte vorwiegend nur dort gefördert werden, wo die Sicherheitsanalyse für den Verteidigungsfall eine herausgehobene Gefahr durch Waffenwirkung erwarten läßt, oder in Räumen, wo militärische und friedensmäßige Gefahrenpunkte für den Katastrophenschutz festzustellen sind."

Dr. Steigerwald-Kreis Rhön/Grabfeld: „Für unseren Landkreis besteht keine Möglichkeit, einen Schutzraum zur Verfügung zu stellen. Es fehlt an entsprechenden Einrichtungen. Großgaragen, Tiefgaragen sind bei uns nicht vorhanden."

Dr. Heinen-Westerwaldkreis: „Ausreichende Schutzräume in meinem Landkreis sind nicht bekannt, einzig schon deshalb, weil eben auch hier der Grundsatz der Freiwilligkeit besteht."

Feuchtinger-Regen: „Schutzraumbau gleich Null; Tiefgaragen oder ähnliche Einrichtungen nicht vorhanden, auch in Schulen und in Krankenhäusern kein Schutzraumbau."

Vahlhaus-Kleve: „Schutzraumbau, ich würde sagen, hier ist alles versäumt worden, was hätte getan werden müssen. In der Öffentlichkeit ist teilweise unbekannt, daß es unter Umständen steuerliche Präferenzen gibt über Abschreibungen."

Dr. Jacobs-Siegburg: „Ich bin sicher, daß in unserer Stadt die vorhandenen Einrichtungen nicht ausreichen."

Alarmdienst (wurde als Stichwort von Meyer-Würzburg eingebracht).

Meyer-Würzburg: „Ich habe noch zwei Landkreise, die Landkreise Bad Kissingen und Kitzingen, die beide noch in keiner Weise mit Sirenen ausgestattet sind. Ich kann Ihnen hier eine Zusammenstellung für Bayern geben. Da sind bisher rund 11.800 Elektrosirenen aufgestellt worden und 224 Hochleistungssirenen. Man braucht mindestens noch 5.800 Elektrosirenen und rund 300 Hochleistungssirenen sowie etwa vielleicht noch zusätzlich 1.000 Elektrosirenen zur Füllung von kleineren Beschallungslücken. Jährliche Wartungskosten: Elektrosirenen pro Stück 110,88 DM, würde z. Zt. in Bayern ausmachen 1.308.500 DM, und Hochleistungssirenen, jährliche Wartungskosten, einschließlich Mehrwertsteuer natürlich, 1.560 DM, insgesamt in einem Jahr 349.440 DM. Sollte sich das jährliche Aufbauvolumen künftig nicht vergrößern, kann der Endausbau des Sirennetzes erst in etwa 15 Jahren erwartet werden."

Dr. Heinen-Westerwaldkreis: „Das Alarmsystem für meinen Landkreis würde ich als ausreichend bezeichnen. Auch hier gibt es sicherlich noch einige Lücken. Das ist aber nicht so gravierend, daß man es als echtes Problem hinstellen könnte."

Vahlhaus-Kleve: „Der Alarmdienst ist an sich in Nordrhein-Westfalen relativ gut. Darauf können wir uns wohl ziemlich verlassen."

Katastrophenschutz (als Stichwort ebenfalls von Meyer-Würzburg eingeführt).

Meyer-Würzburg: „Wir stellen dankbar fest, daß sich vor langen Jahren der Bund dieser Sache zunächst in einer befriedigend erscheinenden Weise angenommen hat, als damals die Luftschutzhilfsdienste aufgebaut worden sind; aber die Situation wurde zunehmend unbefriedigender. Selbst wenn jetzt die hierfür zweckgebundenen Mittel etwas erhöht werden sollten, reicht dies nicht einmal aus, insbesondere bei den vorhandenen Kraftfahrzeugen, die erforderlichen Ersatzbeschaffungen durchzuführen. Von Neubeschaffungen kann für die Fahrzeuge, Funkgeräte und sonstige Aufwendungen kaum noch gesprochen werden."

Einige Zahlen nur, und zwar für Bayern: Allein auf dem Kfz-Sektor werden 70 Mio. DM benötigt, davon 8,6 Mio., um die bereits ausgesonderten Kraftfahrzeuge zu ersetzen, und der Rest von ca. 61 Mio. würde zur Ersatzbeschaffung für zur Aussonderung anstehende Fahrzeuge benötigt, also für Fahrzeuge, die älter sind als 15 Jahre; summa summarum 70 Mio., davon, wie gesagt, 8,6 Mio. brandeilig.

Zum Personalbestand: In Bayern haben wir z. Zt. rund 33.000 vom Bund zugestandene Helfer, der Bund geht ja von einer Helferquote von 1% der Bevölkerung aus, das wären aber in Bayern rund 108.000 Helfer. Der zu Lasten der Bundesmittel auszubildende und auszustattende Fehlbestand beträgt somit rund 75.000 Helfer, mehr als das Doppelte dessen, was hier vorhanden ist."

Zum gleichen Thema hatte **von Rotberg-Freiburg** schon in seiner Antwort auf die Grundsatzfrage 3 ausführlich Stellung genommen. Auch die anderen Sachverständigen behandelten dieses Thema in ihren Antworten auf die Fragen bis einschließlich Nr. 4.

Nahrungsmittelbevorratung

Meyer-Würzburg: „Wir können in unseren internen Behördenplanungen keine brauchbaren Festzahlen zugrundelegen. Wir glauben, daß in etwa wieder der Stand von 1964 angestrebt werden sollte, also eine größere Bevorratung."

Dr. Steigerwald-Kreis Rhön/Grabfeld: „Offiziell besteht keine Nahrungsmittelbevorratung. Im V-Fall wäre die Versorgung der Bevölkerung sicherlich problematisch, nachdem in unserem Landkreis keine Lebensmittelgroßhandlungen vorhanden sind und auch keine Lebensmittel-Supermärkte."

ZV kontrovers

Dr. Heinen-Westerwaldkreis: „Die Nahrungsmittelbevorratung läßt von der systematischen Planung und vom systematischen Aufbau her zu wünschen übrig. Wir gehen davon aus, daß eine Versorgung der Bevölkerung mit den verfügbaren Mitteln für 30 bis 40 Tage möglich ist.“

Feuchtinger-Regen: „Außer dem, was in den Lebensmittelgeschäften vorhanden ist, existiert nichts.“

Vahlhaus-Kleve: „Auch wir gehen davon aus, daß wir in einem Ernstfall bei weitem nicht in der Lage sind, trotz unserer jetzt gefüllten Regale uns selbst zu versorgen. Es wird also zu einer Bewirtschaftung kommen müssen.“

Stationäres Sanitätswesen

Meyer-Würzburg: „Wir sind jetzt in einer Phase, in der sehr viel abgeschnitten wird, wo die Krankenhäuser nicht etwa erweitert, sondern im Grunde kleiner gemacht werden müssen, weil sie sonst nicht mehr finanziert werden können. Das paßt mit dem Anliegen Hilfskrankenhäuser nicht mehr so recht zusammen. Auf jeden Fall sind wir davon überzeugt, daß unser Krankenhauswesen nicht in der Lage ist, in einem V-Fall die zu erwartenden Mehraufgaben erfüllen zu können.“

Dr. Steigerwald-Kreis Rhön/Grabfeld: Hilfskrankenhäuser sind nicht vorhanden.“

Dr. Heinen-Westerwaldkreis: „Absolut unbefriedigend. Außer den vorhandenen Krankenhäusern sind Hilfskrankenhäuser nicht vorhanden.“

Feuchtinger-Regen: „Die vorhandenen Einrichtungen reichen für den normalen Friedensbedarf, aber sie reichen auf gar keinen Fall für einen Einsatz, der notwendig wäre, wenn nun die Fragen der Zivilverteidigung tatsächlich zu lösen wären.“

Vahlhaus-Kleve: „Es lagert zwar eine Menge Material, aber das einzusetzen, so daß der jetzige medizinische Zustand auch in einem V-Fall erhalten werden kann, wage ich zu bezweifeln.“

Riegel-Bonn: „Wir haben bis jetzt außer den Krankenhäusern und Kliniken, die wir im Stadtgebiet zur Verfügung haben, für den Notfall noch keine Einrichtung. Allerdings werden wir mit Hilfe des Bundes instandgesetzt werden, in den nächsten zwei Jahren ein Notkrankenhaus einzurichten.“

Selbstschutz

„Der Selbstschutz“, stellte von *Rotberg-Freiburg* fest, „wird als eine Voraussetzung eines wirksamen Katastrophenschutzes angesehen. Der Selbstschutz ist im Landkreis Breisgau/Hochschwarzwald ein Grundelement für den besonderen Katastrophenschutzplan“ in der deutschen Umgebung des französischen Kernkraftwerkes Fessenheim.“

Wesentlich kritischer ging *Dr. Steigerwald-Kreis Rhön/Grabfeld* mit dem Selbstschutz ins Gericht. „Ich war jüngst in einer Bürgerversammlung in einer Gemeinde mit 1400 Einwohnern“, berichtete er, „der Bürgermeister gab am Schluß dieser Bürgerversammlung bekannt, daß ein Lehrgang des Selbstschutzes stattfindet. Er hat sich aber sofort entschuldigt. Er wisse nicht, um was es sich drehe. Ich werte das als symptomatisch für all die Einstellungen, die zu diesem Thema bestehen. Ich habe mich im vergangenen Jahr bemüht, einmal unseren Beauftragten für den Selbstschutz zu einem Referat in eine Bürgermeisterdienstbesprechung zu bitten; er hat seiner Aufgabe auch voll genügt, aber angekommen ist er trotzdem nicht, weil das Interesse für Selbstschutz bei den Gemeinden,

und die sind ja wesentliche Faktoren dabei, nicht besteht. Ich glaube, es müsste in der Bevölkerung viel mehr Verständnis dafür geweckt werden, daß diese Dinge so wichtig sind wie Naturschutz, Immissionsschutz oder andere Begriffe, die diesem Wort Selbstschutz nachgebildet werden.“

Ähnlich *Dr. Heinen-Westerwaldkreis:* „Der Selbstschutz ist in der derzeit vorhanden freiwilligen Form sicherlich sehr problematisch. Den Landkreisen obliegt nach dem Katastrophenschutzgesetz eine unterstützende Funktion für Maßnahmen der Gemeinden; aber man kann offen sagen, daß in diesen Bereichen praktisch nichts geschieht.“

Am kürzesten von den Sachverständigen, die überhaupt auf den Selbstschutz zu sprechen kamen, *Vahlhaus-Kleve:* „Selbstschutz existiert kaum.“

Ausführlicher *Dr. Jacobs-Siegburg:* „Ich möchte etwas zum Behördenselbstschutz sagen. Früher war es für uns wesentlich leichter, unsere eigenen Mitarbeiter für den Selbstschutz zu interessieren. Heute ist es recht schwierig, die Mitarbeiter zu motivieren, sich für diese Lehrgänge zur Verfügung zu stellen. Ich kann nur bestätigen, daß es meist nur mit dem Hintergedanken geschieht, daß die Leute dann nach erfolgreichem Abschluß eines solchen Lehrgangs den Erste-Hilfe-Kurs bescheinigt bekommen, den sie für die Erlangung des Führerscheins benötigen.“

Was den BVS betrifft, möchte ich meinen, daß er ein stiefmütterliches Dasein führt, völlig zu Unrecht vielleicht; aber ich muß auch hier bekennen, daß die Zusammenarbeit mit dem BVS eigentlich von den Gemeinden nur am Rande gesehen wird. Ich selbst habe vor 2 Monaten etwa versucht, einmal den Bevollmächtigten für eine Kollegenkonferenz der Hauptgemeindebeamten des Rhein-Sieg-Kreises zu gewinnen; das haben mir meine Kollegen glattweg abgelehnt. Das liegt sicherlich nicht am mangelnden guten Willen, sondern es liegt einfach daran, daß die Hauptverwaltungsbeamten mit mancherlei anderen Dingen einfach überlastet sind, und daß also dann der Selbstschutz bzw. die Zusammenarbeit mit dem BVS etwas an den Rand gedrängt wird, aus der Frage der Priorität der Aufgabenstellung heraus. Es mag aber auch daran liegen, daß der BVS in seiner Organisation nach neuestem Zuschnitt vielleicht nicht ein gleichwertiger Partner ist, und von daher sollte vielleicht einmal überlegt werden, ob nicht der BVS doch anders aufgebaut werden kann.“

Schlußbetrachtung

Es ist unmöglich, von den Stellungnahmen der Sachverständigen nicht gefesselt zu sein. Man sollte aber trotzdem nicht den voreiligen Schluß ziehen, der Katastrophenschutz sei eine einzige Katastrophe, oder die Zivilverteidigung entspreche nicht dem, was man sich darunter vorzustellen habe.

Perfektionisten sähen am liebsten ein Volk, das jederzeit in der Lage wäre, sich aller möglichen Gefahren erfolgreich zu erwehren. Wenn es nach ihnen ginge, müßte die Bundesrepublik total unterkellert sein, und alle Feuerwehrlaute hätten quasi Schlauch bei Fuß just an der Stelle zu stehen, wo eine Katastrophe passiert.

Die gleichen Perfektionisten warten auch in leidenschaftlicher Versessenheit mit Vorbildern auf. Einmal sind es die Chinesen, die angeblich bereits ein Schutzplatzüberangebot besitzen, dann wieder die Sowjets, die in puncto Zivilverteidigung eine internationale Spitzenstellung einnehmen, oder die Leute aus der DDR mit ihrem bevölkerungsschützerischen Ordnungssinn erster Güte.

Wer sich umhört, wird schnell erleben, daß er der Jubelprosa vornehmlich der kommunistischen Staaten keineswegs immer trauen kann. Zwischen den Zeilen steht, daß dort bei weitem nicht alles klappt, und daß die Bevölkerung überhaupt keine Lust verspürt, in ihrer Freizeit auch noch Zivilverteidigungslehrgänge über sich ergehen zu lassen. Und was den Schutzbau der Chinesen betrifft – naja! Austauschstudenten haben berichtet, daß das halb so perfekt sei wie angenommen.

Tatsächlich besteht in China keine Zivilverteidigungsorganisation in unserem Sinne.

Streben wir deshalb nicht die totale Lösung an, sondern die Verbesserung im Detail. Freiherr von Rotberg aus Freiburg, der wegen seiner präzisen Stellungnahmen schon der öftern im Rahmen dieser Dokumentation zu loben war, soll zum Abschluß mit den von ihm am Ende der Anhörung in Bonn gemachten Ausführungen zu Wort kommen:

„Ich darf zu einigen Fragen grundsätzlich Stellung nehmen.

Ich habe den Eindruck, bei dieser Diskussion verschwimmen die Landeszuständigkeit, die Zuständigkeit der Länder und die Zuständigkeit des Bundes. Ich bin also erstaunt, wenn plötzlich gesagt wird, bei Katastrophenschutzübungen wären keine Gelder da, man könnte das nicht machen. Für den erweiterten Katastrophenschutz, der hier zur Debatte steht, sind die Gelder da; wir sprechen ja nicht vom friedensmäßigen Katastrophenschutz. Was in die Landeszuständigkeit fällt, da würde es dann anders aussehen. Zur Verhaltensregelung für die Bevölkerung möchte ich sagen: Wir haben ein deutsches Merkblatt herausgegeben im August letzten Jahres über das Verhalten der Bevölkerung speziell bei Gefahren von Kernkraftwerken.

Dieses Merkblatt hat gleichzeitig einen großartigen Aufhänger gegeben zur Diskussion mit der Öffentlichkeit. Die Anforderungen der Gemeinden sind unerhört groß, und zwar der, die über den Katastrophenschutz und Zivilverteidigung etwas erfahren wollen weil sie hier ganz konkret eingeführt werden. Wir haben erklärt, daß es nicht nur an der Behörde ist, Aufgaben zu erfüllen, sondern daß auch der Selbstschutz das Grundelement jeder Rettung und Bergung ist.

Denn wo Selbstschutz nicht ist, brauchen wir nicht anzufangen, weil der Bürger ja eine Reihe von Stunden vielleicht allein auf sich und auf Nachbarschaftshilfe angewiesen ist. Hier möchte ich auch sagen: Wir arbeiten, nicht nur unser Landkreis, sondern auch der Landkreis Lörrach und der Stadtkreis Freiburg, aufs engste und beste mit dem Bundesverband für den Selbstschutz zusammen. Die beste Öffentlichkeitsarbeit ist einfach die materielle Ausstattung der Katastrophenschutzkräfte und Übungen, Darstellung in der Öffentlichkeit. Und wir machen das auch; diese Woche werden wir z.B. eine große Funkübung machen, wo zehn Bürgermeisterämter besetzt sind, die alle mit Funkverbindung ausgestattet sind.

Wir greifen weit über das hinaus, was wir eigentlich zur Verfügung haben im Katastrophenschutz; so viel Geräte haben wir natürlich nicht; aber wir haben eine Unzahl von Ämtern, die solche Geräte haben und in einer solchen Katastrophenschutzsituation nicht unbedingt diese Ausrüstung brauchen, ich denke da an die Straßenbauverwaltung, Straßenbauämter usw., die sogar schon eine Dislozierung dieser Geräte haben, wo es also Möglichkeiten der Aushilfe gibt.

Dann; meine ich, sollte unbedingt etwas gemacht werden bei der Abstimmung, nämlich Vereinbarung der Freistellung von Wehrpflichtigen zwischen Innen- und Verteidigungsminister.

Da sind doch sehr große Schwierigkeiten, an das Fachpersonal heranzukommen; wir haben den Eindruck, ich gebe zu aus unserer engen Sicht, daß hier die Bundeswehr großzügig

Personen einzieht, die sie dann, wie wir später feststellen, gar nicht in diesen beruflichen Funktionen verwendet. Ich denke da z.B. gerade auch an das Fernmeldegebiet; an die Ärzte, Verbandplatzzüge nützen uns wirklich nichts, wenn keine Ärzte zur Verfügung stehen, wenn sie nicht freigegeben werden von der Bundeswehr. In einer Liste sind 35 Berufe aufgeführt, die gesperrt sind für den Katastrophenschutz, also wo die Bundeswehr den Vorgriff hat, z.B. Glasoptiker, Groblederwarenhersteller, Schneider, Schuhmacher und dann Bankfachleute, Bürofachleute, Industriekaufleute, Krankenpfleger, Landmaschineninstandsetzer, Rechtsanwalt- und Notargehilfen; also ich weiß nicht, ob man von den Leuten nicht auch was freisetzen könnte für den Katastrophenschutz. Wir sind einfach der Meinung, daß es den Helfern nicht zumutbar ist, daß man solchen Berufen sagt, die Leute können gar nicht zu uns kommen, das sind auch Freiwillige und die werden in der Bundeswehr meist nicht in diesen, soweit wir die Personen kennen, nicht in diesen Berufen untergebracht oder beschäftigt oder eingesetzt. Also, ich meine, hier sollte man auch etwas tun.

Dann vorhin wurde angesprochen das Katastrophensignal, wahrscheinlich geht es um das neue Signal, was ja meines Wissens ABC-Alarm ist. Es stellt sich hier tatsächlich die Frage, ist es richtig, ein Alarmsignal des Verteidigungsfalles im Friedensbereich zu verwenden, denn der ABC-Alarm ist ja in erster Linie für den Verteidigungsfall wohl gedacht? Außerdem möchte ich hier sagen, wir haben, glaube ich, z. Zt. sechs Katastrophen-, sechs Alarmsignale; es ist sehr, sehr schwierig für die Bevölkerung, diese sechs Signale zu unterscheiden; also, ich kann sie nicht unterscheiden, ich weiß nur, daß die Sirene geht.

Dann die personelle Besetzung. In unserem Landratsamt z. B. ist sie durchgeführt, sie ist eingeübt in Seminaren, in Gegenwart des Landrats. Wir haben in dem Führungssystem, das vorhin hier angesprochen wurde, jedem einzelnen seine Funktion gegeben, und ich glaube, das Schwierige ist eben, daß in den Ausbildungsunterlagen, die einem Amt zugeleitet werden, keine genauen Tätigkeitsmerkmale und Aufgabenbeschreibungen zugewiesen werden. Wir haben das dort versucht, denn wir müssen das ja in der Praxis aufarbeiten für den besonderen Katastrophenschutzplan des Kernkraftwerks.

Wenn man konkret feststellen will, was man eigentlich auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes von der Bundeswehr erwartet, dann bleibt für sie eben doch nur der eine Sektor übrig, nämlich mit ihrem Instrumentarium und mit ihrem Können eine bestimmte Funktion auszuüben. Aber es wäre eine Überschätzung, wenn man glaubt, daß die Bundeswehr vom Katastrophenschutz, von den einzelnen Fachbereichen etwas verstehen würde. Hier haben wir hauptsächlich die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, die auch personell bei uns in unseren Planungen festgelegt ist, das sieht man auch in dem Führungssystem, da ist sie ja extra aufgeführt. Wir ordnen ihr in erster Linie, soweit es sich um Friedensbereich handelt, eine Führungsfunktion zu, denn das bringt sie perfekt mit. Sie hat allerdings dann kein Fachwissen, dafür haben wir den entsprechend eingeübten Beraterstab. Daher haben wir in diesem Führungssystem auch die gleiche Terminologie. Unser System baut auf auf dem Polizeigesetz Baden Württemberg, so daß die Terminologie hier stimmt. Ich glaube, man sollte davon ausgehen, daß die Verwaltung nie lernen wird zu führen, sie ist ja verwaltungsgeübt und nicht führungsgeübt; deshalb glaube ich, daß die Bundeswehr am meisten eigentlich nutzen kann bei größeren Katastrophen in diesem Bereich, dem Führungsbereich.“

ZV in der Sowjetunion

Fortsetzung von Seite 34.

verteidigung" für Knaben und Mädchen mit je 35 Unterrichtsstunden eingeführt. Die sowjetischen Schulen vermitteln laut offiziellem Lehrplan folgende Kenntnisse bezüglich Zivilverteidigung:

1. Die Eigentümlichkeiten der Verletzungen, die durch atomare, chemische oder biologische Waffen verursacht werden;
2. Rettungsarbeiten beim Einsatz von Massenvernichtungsmitteln;
3. Die Instrumente der Strahlen- und chemischen Aufklärung, die praktische Handhabung und Einsatz dieser Instrumente sowie die praktischen Fertigkeiten in der Strahlen- und chemischen Aufklärung.

Die Mädchen werden im Laufe der Zivilverteidigungs-Ausbildung zum Dienst in den freiwilligen Sanitätseinheiten vorbereitet und müssen dabei folgende Themen studieren:

- a) Die Organisation des Sanitätsdienstes in der ZV;
- b) die Organisation und Aufstellung von Sanitätseinheiten, ihre Vorbereitung und Ausrüstung;
- c) Erste Hilfe bei Verletzungen, Unfällen und plötzlichen Erkrankungen;
- d) Behandlung von Wunden, die durch Strahlen hervorgerufen wurden, ihre Verhütung, Strahlenschutz sowie Erste Hilfe;
- e) Verletzungen durch B- und C-Waffen und Erste Hilfe in solchen Fällen;
- f) Verhütung von Infektionskrankheiten im Angriffsgebiet;
- g) Transport von Verletzten;
- h) die Arbeit des Sanitätsdienstes beim Einsatz von Massenvernichtungsmitteln und bei massenhaften Verletzungen;
- i) Therapie und Pflege der Verletzten und Kranken.

Für die Theorie werden 16 und für die praktische Schulung 19 Unterrichtsstunden in Anspruch genommen.

Die Lektionen in der allgemeinen militärischen Ausbildung und der Zivilverteidigung werden gemeinsam für Knaben und Mädchen abgehalten.

Am Ende des Schuljahres müssen alle Schüler und Schülerinnen auch aus diesem Fach eine Prüfung bestehen. Der Allunionsstab für Zivilverteidigung der UdSSR und das Ministerium für Unterricht haben bereits im Jahre 1962

Lehrmittel für die Ausbildung der Schüler herausgegeben. Gleichzeitig hat man in den alljährlichen Pionierlagern die praktischen Übungen in Zivilverteidigung eingeführt. Diese Übungen dienen auch heute dazu, den Schulunterricht in diesem Fach zu ergänzen und zu vertiefen.

Für die praktische Ausbildung der Zivilverteidigungseinheiten und die lebensnahe Schulung der Bevölkerung wurden in den letzten Jahren Ausbildungszentren und -lager gebaut.

Oberst Sajzew stellte in seinem Bericht das Ausbildungslager der Stadt Aktjubinsk als ein beispielhaftes Modell vor. Das Lager wurde auf einer Parzelle von 200 × 150 m in 24 Tagen durch die Arbeiter einer Betonfabrik gebaut.

In diesem Lager können alle Normen der Zivilverteidigungsausbildung absolviert werden. Das Lager kostete in eigener Regie der staatlichen Unternehmen bloß 12 500 Rubel.

In Kiew hat man für das Personal einer Halbleiter- und Instrumenten-Fabrik ein Ausbildungszentrum für 60000 Rubel und in Dnepropetrowsk eins für 73000 Rubel gebaut.

Im bereits erwähnten Lager von Aktjubinsk (Kasachstan) sind u. a. folgende Mittel und Objekte vorhanden: Räume und Plätze für den Unterricht von Rettungs- und unaufschiebbaren Reparatur- und Wiederherstellungsarbeiten, Brandschutzübungen, Entstrahlung, Rettung von Verletzten aus Luftschutzräumen, Kellern und Schutzbunkern; Spezialkleidung, technische Mittel für die Entaktivierung von Menschen und Materialien.

Unterricht und Ausbildung in der Zivilverteidigung stellen keinen Selbstzweck dar. Seit 1965 sind die Sowjets dazu übergegangen, die Standhaftigkeit der Zivilverteidigungseinheiten durch große Übungen unter kriegsmäßigen Verhältnissen auf die Probe zu stellen. Da wird nichts dem Zufall überlassen.

Die Übungen eines jeden volkswirtschaftlichen Objektes unter der Leitung seines Direktors, die die ganze Belegschaft regelmäßig für 3 – 5 Tage in Anspruch nehmen, werden von vielen als „lästig“ empfunden, wie es kürzlich in einem Parteiverfahren öffentlich gerügt wurde. Aber was sollen sie machen, wenn sie ohnehin schon bei der Planerfüllung in Verzug sind?

Was die Funktionäre aber besonders beklagen, ist der ständig anwachsende Papierkrieg wegen der doppelten Unterstellung, der behördlichen und der lokalen am Arbeitsplatz.

Außerdem wird immer noch das Fehlen von technischen Spezialausbildungsfunktionären bedauert, die eigens für die Organisation der Zivilverteidigung zuständig sein sollten.

Auch Spezialliteratur und Schulungsfilme sowie didaktisch wertvolles Unterrichtsmaterial fehlen überall. Trotz solcher augenscheinlichen Mängel sollte man sich hierzulande und anderswo nicht darüber täuschen lassen, daß die Sowjets alles unternehmen, um eine ständig einsatzbereite und wirksame Zivilverteidigung aufstellen zu können.

Für die höheren Offiziere der Sowjetarmee gibt es eine eigene Militärschule für die Probleme der Zivilverteidigung, wo ein Team von erfahrenen Lehrkräften regelmäßig auch operativ-taktische Übungen durchführt. Den Offiziershöfem soll in diesen Spezialkursen u. a. das komplizierte System des Schutzes einer Großstadt gegen Kernwaffenschläge erläutert werden.

Ost-West-Polemik über Effizienz der sowjetischen Zivilverteidigung

Nach NATO-Untersuchungen gibt die UdSSR jährlich rund eine Milliarde Dollar aus, um atom sichere Bunker für die Bevölkerung einzurichten. Seit Mitte der sechziger Jahre wurden angeblich für diese Zwecke sogar etwa 65 Milliarden Rubel aufgewendet.

Ganze Wohnkomplexe erhielten unterirdische Bunkernetzsysteme, andere sind im Bau; binnen 72 Stunden können die größeren Städte evakuiert werden; in neuen Industriestädten werden Industrien in Rohstoffnähe dezentralisiert, so daß ganze Industriezentren und -zweige weniger verwundbar sind.

Mehr als 70000 Staatsbeamte und über 50 Generale bilden unter A. T. Altunin eine neben Heer, Marine, Luftwaffe und Strategischen Raketentruppen fünfte Teilstreitkraft: die Zivilverteidigung. Fachleute in den USA behaupten, daß die Moskauer Vorausplanungen auf diesem Gebiet sehr weit fortgeschritten sind, und stellten in Aussicht, daß bei einem atomaren Schlagabtausch in der UdSSR weniger Menschen als im letzten Weltkrieg, „nur“ 3 bis 5 Prozent,

ZV in der Sowjetunion

getötet würden. Als denkbar gilt, daß angesichts der Bunkerbauten und der anderen Vorkehrungen in der Sowjetunion – bei weitergehendem amerikanischen Verzicht auf Gleichwertiges – auf je 10 oder gar 30 – 40 tote Amerikaner lediglich ein toter Sowjetbürger käme.

Seit 1966 wurden in der Umgebung von Moskau etwa 80 unterirdische Kommandozentralen errichtet. Diese sind allerdings nur für den Führungsapparat vorgesehen. Gleichzeitig wurden auf das ganze Land verteilt – in der Nähe größerer Städte und Industriekomplexe – große Lebensmittel- und Getreidereserven in mehrstöckigen unterirdischen Silos angelegt.

Der ehemalige Chef des Nachrichtendienstes der US Air Force, General George Keegan, sprach Ende 1976 davon, daß die Sowjets schon Schutzräume für 60 Millionen Menschen hätten, daß sie 35000 Industrieanlagen verbunkert und alle ihre Kommandozentren in sicheren Schutzbauten untergebracht hätten. Zudem könnten sie ihre städtische Bevölkerung evakuieren. General Keegan gab im wesentlichen zu verstehen, die Sowjets hätten nicht nur ihre strategische nukleare Schlagkraft entscheidend erhöht und würden diese weiter steigern, sondern sie würden dank eines umfassenden Zivilschutzprogramms in einem amerikanischen-sowjetischen nuklearen Schlagabtausch sehr viel geringere Verluste erleiden als die USA.

Der Präsident einer von der Ford-Administration eingesetzten Expertengruppe, dem die Überprüfung der erwähnten Beurteilung der sowjetischen Ziele im strategischen Bereich aufgetragen war, Professor Richard Pipes, machte seinerseits Anfang 1977 Aussagen, die sowohl eine Relativierung als auch eine Bestätigung der pessimistischen Schlüsse Keegans bedeuteten.

Am 17. Januar 1977 zog der abtretende Verteidigungsminister Rumsfeld zur sowjetischen Zivilverteidigung folgende Schlußfolgerung: „Die sowjetischen Programme widerspiegeln kein Interesse an massiver Vergeltung allein; ihr Potential verleiht den Sowjets mehr und mehr die Fähigkeit zur Kriegführung. Während es nicht wahrscheinlich ist, daß den Sowjets die Lösung der, zugebenermaßen, komplexen, kostspieligen und schwierigen Aufgabe gelingen wird, eine sinnvolle nukleare Überlegenheit zu erlangen, ist es klar, daß sich

ihre Fähigkeiten in dieser Richtung entwickeln . . . Während Informationen immer noch einlaufen und wir noch kein sicheres Urteil über Umfang oder potentielle Wirksamkeit des sowjetischen Zivilschutzes abgeben können, lassen die verfügbaren Informationen jedenfalls auf ein starkes sowjetisches Interesse an Schadensbegrenzung schließen.“

Armeegeneral A. I. Radsijewskij antwortete am 19. Januar 1977 in der „Literaturnaja Gaseta“ auf diese Fragen im Zusammenhang „mit der westlichen Provokationskampagne“. Auf die Frage einer sowjetischen Journalistin, ob die Angaben des Präsidenten des „BOEING“, des Ministers der Luftstreitkräfte, Thomas Reed, des Experten Leon Goure oder von General Keegan über die Aktivierung der sowjetischen Zivilverteidigung seit 1972 stimmen, antwortete Radsijewskij kurz und bündig: „Sie sind völlig unbegründet. Die Zivilverteidigung der UdSSR hat noch niemanden bedroht, sie verfolgte immer humane Ziele.“ Die erwähnten Tatsachen über die sowjetische Zivilverteidigung seien für alle gutinformierten Menschen einfach „lachhaft“. Die Publikation von Keegan am 3. Januar 1977 in der „New York Times“ sei möglicherweise ein „Neujahrsscherz“. Auch den Artikel von Cay Graf Brockdorff „Moskaus ‚Zivilschutz‘ gefährdet das strategische Gleichgewicht“ (Die Welt, 23. 12. 1976) konterte der sowjetische Armeegeneral sarkastisch: „Falls man in Amerika einmal niest, berichtet ‚Die Welt‘ schon von einer Grippe.“

Radsijewskij tritt jedoch die unablässige Weiterentwicklung der sowjetischen Zivilverteidigung nicht ab: „Selbstverständlich werden die Organisation der der Zivilverteidigung, die Methoden des Bevölkerungsschutzes und des Schutzes der Volkswirtschaft gegen aggressive Angriffe sowie der Schutz gegen Naturkatastrophen ständig vervollkommen.“

Aufgaben und Tendenzen

Armeegeneral Altunin, Oberkommandierender der sowjetische Zivilverteidigung, bezeichnete im Februar 1978 in einem Artikel den Schutz der Bevölkerung vor Massenvernichtungsmitteln oder anderen modernen Angriffswaffen als die Hauptaufgabe der Zivilverteidigung. Er äußerte die Ansicht, daß die Versorgung der städtischen Bevölke-

rung mit zuverlässigen Schutzräumen, die gegen alle Auswirkungen der Atomwaffen Schutz bieten würden, in kurzer Zeit nicht möglich sei. Aus diesem Grunde wurde in der Sowjetunion anfänglich die Evakuierung der Bevölkerung aufs Land bzw. ihre Aussiedlung als die wirksamste Schutzmaßnahme angesehen. „Gegenwärtig“, betonte Armeegeneral Altunin, „sind die Anforderungen gegenüber Schutzräumen und anderen Schutzbauten unvergleichlich höher als zur Zeit des Luftschutzes.“

Als zweite Aufgabe der sowjetischen Zivilverteidigung bezeichnete Altunin die Maßnahmen zur Gewährleistung der Tätigkeit der gesamten Volkswirtschaft in Kriegszeiten. Die dritte Aufgabe sei die Liquidierung der Folgen des Einsatzes von modernen feindlichen Massenvernichtungsmitteln. Nach Altunin können in der bisherigen und weiteren Entwicklung der sowjetischen Zivilverteidigung fünf Tendenzen festgestellt werden:

Erstens: Ein kontinuierlicher Übergang vom Schutz von ausgewählten Objekten und kleineren Gruppen der Bevölkerung zur allgemeinen, gesamtstaatlichen Zivilverteidigung.

Zweitens ist die komplexe Lösung des Schutzes der Bevölkerung und der Volkswirtschaft notwendig und gebietsrisch geworden.

Drittens ist das ständige Experimentieren und Suchen nach den neuesten, wirksamsten und vollkommensten Methoden zur Lösung der Probleme der Zivilverteidigung im Zusammenhang mit der unaufhörlichen Entwicklung der Angriffsmittel des möglichen Feindes erforderlich.

Viertens ist die Harmonisierung der Aufgaben der Zivilverteidigung mit den allgemeinen Aufgaben der Volkswirtschaft unbedingt notwendig geworden.

Fünftens ist es nach Altunin unbedingt nötig, die materiell-technische Basis der Zivilverteidigung ständig zu entwickeln und unablässig zu vervollkommen.

Schließlich wies der Oberkommandierende der Zivilverteidigung der UdSSR auf die zunehmende Bedeutung des Zusammenwirkens der Zivilverteidigung mit den Streitkräften hin. Seiner Meinung nach werden die Aufgaben immer komplexer, für die Lösung der gemeinsamen Aufgaben in der Vertei-

ZV in der Sowjetunion

digung des Hinterlandes sei eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Armee und Zivilverteidigung nötig. Die hohe Gefechtsbereitschaft der Sowjetarmee muß seiner Auffassung nach durch entsprechende Maßnahmen der Zivilverteidigung ergänzt werden. Nur so könne die Standhaftigkeit der Bevölkerung und der Volkswirtschaft auch unter den Einwirkungen von feindlichen Schlägen erfolgreich geschützt werden.

Dies wurde auch von Armeegeneral Kulikow, Oberkommandierender der Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten, 1. Stellvertreter des Verteidigungsministers der Sowjetunion, bestätigt: „Die Zivilverteidigung hat eine große Bedeutung in der Gefechtsbereitschaft des Landes. Das Zusammenwirken aller Waffengattungen der sowjetischen Streitkräfte und ihre einheitliche militärische Führung gewährleisten die Bewahrung der Lebensfähigkeit des Landes unter den Verhältnissen des modernen Krieges.“

Freilich enthält die sowjetische Fachliteratur keinerlei zahlenmäßige Angaben über die tatsächlichen Anstrengungen des Landes bezüglich der Bunkerbau-, Evakuierungs- oder Dezentrierungspläne. Trotz dem bereits erwähnten Dementi von Armeegeneral Radsijewskij dürften die amerikanischen und NATO-Einschätzungen über die fieberhaften Vorkehrungen Moskaus auf dem Gebiet als zutreffend bezeichnet werden. Oberst István Lesták, Generalstabschef der ungarischen Zivilverteidigung, wies z. B. im Juni 1977 in einer Rede auf die verstärkten Bemühungen der Sowjetunion zur Realisierung des Schutzraum-Bauprogramms bei großen Investitionsobjekten hin. Tatsächlich werden insbesondere in den Großstädten wie Moskau, Leningrad, Kiew, Baku und Charkow u. a. die unterirdischen Schutzraumssysteme mit bemerkenswerter Energie ausgebaut.

1971 hat das ZK der KPdSU einen Generalplan für die Entwicklung Moskaus gutgeheißen, der bis zum Jahre 1990 verwirklicht werden soll. Nach diesem Plan wird das Moskauer Stadtgebiet um 10000 ha erweitert, und davon werden 7000 ha unterirdisch gebaut. Die sowjetischen Volkswirte A. Segedjinow und S. Kabakowa sind der Ansicht, der Bau der unterirdischen Stadt en miniature könne mit bloß 4

Milliarden Rubel Mehrkosten verwirklicht werden. Die Arbeiten, die sofort in Angriff genommen wurden, sehen unterirdische Nord-Süd- und Ost-West-Straßenverbindungen zwischen den großen Bahnhöfen der Stadt, Materiallager, Geschäfte und ganze Wohnquartiere unter der Erde vor. Es liegt auf der Hand, daß es sich hier in erster Linie um strategische Bauten handelt.

Zivilverteidigung und Zweitschlagfähigkeit

Die langfristige Planung, Vorbereitung und der stetige Ausbau der sowjetischen Zivilverteidigung können dazu führen, daß die UdSSR in einem Atomkrieg viel weniger Verluste als die USA erleidet. Nach einer sowjetischen Prognose werden die Zerstörungen (militärisches, wirtschaftliches Potential, Infrastruktur, Städte) und die Menschenverluste (Streitkräfte, zivile Bevölkerung) in einem möglichen Kernwaffen-Raketenkrieg in den Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes etwa 40 – 50 % und in den NATO-Ländern 65 – 70 % erreichen.

Freilich können sich diese Zerstörungen und Verluste an Menschenleben örtlich ungleich auswirken. Einige Länder werden nach Marschall Birjuzow völlig ausgelöscht werden. Der größte Verlust droht Staaten, die einen hohen Grad von Verstädterung und Industrialisierung aufweisen, wie Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Niederlande und Dänemark. In diesen Staaten kann das Ausmaß bei 80 % liegen.

Beispielsweise lebte 1970 ein Viertel der Bevölkerung der USA in den 10 größten städtischen Agglomerationen des Landes. Darin befanden sich 33 % der Industrie. Mit ein paar Dutzend großkalibrigen Kernwaffen, etwa den Ladungen von 18 – 25 Megatonnen, mit denen die damals etwa 250 Sowjetraketen SS-9 ausgestattet waren, hätten die Sowjets diese zehn Ziele dem Erdboden gleichmachen können, womit die USA in ihrer Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen worden wären.

Anders beurteilte es 1968 Verteidigungsminister McNamara. 400 Nuklearwaffen je 1 Megatonne Äquivalent hätten nach seiner Meinung ausgereicht, der Sowjetunion den Verlust von 74 Millionen Toten und 76 % des Industriepotentials zuzufügen.

Die strategischen Konsequenzen der Verwirklichung des ehrgeizigen sowje-

tischen Zivilschutzprogramms sind leicht zu erkennen. Der forcierte Ausbau der Zivilverteidigung trägt nicht nur zur Erhöhung der Zweitschlagfähigkeit der UdSSR bei, sondern er vermindert die Möglichkeiten der USA, den Sowjets nach Hinnahme eines allfälligen sowjetischen Überraschungsschlages unerträgliche Verluste zuzufügen.

Der amtierende US-Verteidigungsminister Brown ist nach wie vor optimistisch: „Unsere Analysen zeigen, daß die verfügbaren amerikanischen Streitkräfte einen solchen massiven sowjetischen ersten Schlag hinnehmen und mit verheerender Wirkung zurückschlagen könnten. Auch ohne neue Systeme und unter Berücksichtigung ihrer zu erwartenden aktiven Verteidigungsmaßnahmen hätten wir diese Fähigkeit.“

Auch wenn die Zweitschlagfähigkeit der USA heute und für die nächsten Jahre völlig unzweifelhaft ist, können die Warnungen des US-Experten Leon Goure vom Mai 1974 nicht in den Wind geschlagen werden. In seiner Studie, die auch namhafte Mitautoren, wie den ehemaligen US-Botschafter in Moskau, Foy Kohler, nennen kann, wies er darauf hin, daß in der UdSSR jährlich 2,5 Milliarden Dollar für den Bau von Schutzräumen, Erarbeitung von Evakuierungsmaßnahmen, Umsiedlung von Betrieben und für die strategische Entwicklung von Sibirien verwendet werden. Als Vergleich nannte er die US-Zivilverteidigungsmaßnahmen von 250 Millionen Dollar, die bloß ein Zehntel der sowjetischen Zivilverteidigungs-Investitionen erreichen.

Goure stellte fest, daß Moskau im Falle eines Atomkrieges nicht China, sondern nach wie vor den Westen als den Hauptfeind betrachte.

Die Sowjets haben zweifellos recht, wenn sie die Ansicht vertreten, daß der Ausbau der Zivilverteidigung bereits in Friedenszeiten erfolgen muß. Beim Beginn eines eventuellen Krieges, der in vieler Hinsicht unvorstellbare Zerstörungen mit sich bringen kann, gibt es weder Zeit noch Möglichkeit, aber auch kein Kräftepotential mehr, das Land auf Kriegsverhältnisse umzustellen. Aus den erwähnten mannigfachen Gründen bereiten sie die Organe des Staates, ihre gesamte Volkswirtschaft und einen jeden Bürger bereits im Frieden auf den Schutz vor gegnerischen ABC-Waffeneinwirkungen und -Schlägen vor.